

Bonn, 2. Mai 1955

*Sprecher: Adenauer, Albers, Bauknecht, Bitter, von Brentano, Cillien, Dichtel, Eplée, Fay, Fricke, von Fisenne, Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, Frau Heiler, Hellwig, Kaiser, Kiesinger, Krone, Lensing, von Lojewski, Majonica, Müllenbach, Scharnberg, Stier, Süsterhenn, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Wegmann, Wirsching, Wuermeling.*

*Bericht zur Lage: Landtagswahlen, andere Parteien, weltanschauliche Grundlage der CDU; Außenpolitik nach den Pariser Verträgen; Saarfrage. Beschußfassung über die „Leitsätze der CDU zum Elternrecht“. Parteipolitische Lage (BHE); Koalition in Niedersachsen; SPD und Wiederbewaffnung; Parteienfinanzierung. Verschiedenes.*

*Beginn: 10.00 Uhr*

*Ende: 18.00 Uhr*

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich möchte von hier aus sprechen, das wird leichter für Sie verständlich sein. Ich möchte überhaupt bitten, daß für das nächste Mal die Sitze wieder anders geregelt werden.

Meine Damen und Herren, zum technischen Ablauf für heute möchte ich folgendes vorschlagen: Wir bleiben über Mittag zusammen; es wird ein Büfett nebenan aufgestellt. Wir wollen aber keine zu große Mittagspause machen, denn wir alle haben noch andere Arbeit, und es wird doch sicher ein Teil von Ihnen rechtzeitig nach Hause fahren wollen.

Ich muß zunächst entschuldigen Herrn Pferdmenges, der mir mitgeteilt hat, daß er nicht kommen könne, Herrn Bach sehe ich einstweilen nicht, aber er kommt gewerbs- und gewohnheitsmäßig etwas später; die Herren Wackerzapp, Sieveking<sup>1</sup>, Gebhard Müller, Arnold, Grantze<sup>2</sup> (Berlin), Altmeier – wegen des Wahlkampfes –, Johnen – aus dienstlichen Gründen.

---

1 Dr. Kurt Sieveking (1897–1986), 1945–1951 Senatssyndikus und Leiter der Senatskanzlei, 1951–1953 Generalkonsul in Stockholm, 1953–1957 Erster Bürgermeister von Hamburg (CDU).

2 Fritz Grantze (1893–1966), 1945 CDU, 1949 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Berlin-Tempelhof, 1951–1963 MdA Berlin (zeitweise stv. Fraktionsvorsitzender), 1955–1957 MdB (Nachfolger von Tillmanns).

Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte doch sagen – ich will keine einzelne Persönlichkeit angreifen –, daß unsere Ministerpräsidenten es mit als ihre vornehmste Pflicht ansehen müssen, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen. Es fehlen nicht weniger als vier unserer führenden Ministerpräsidenten, nämlich die Herren Sieveking, Gebhard Müller, Arnold und Altmeier. Ich glaube nicht, daß das bei der Sozialdemokratischen Partei erlaubt sein dürfte. (*Lensing*: In Düsseldorf ist Landtag! – *Dichtel*: In Stuttgart ist Kabinettsitzung!) Was heißt denn Kabinettsitzung? Wir haben Vorstandssitzung; Kabinettsitzung ist überhaupt keine Entschuldigung.<sup>3</sup> Ich sage das etwas unterstrichen, weil ich im Laufe meiner Ausführungen noch auf das Verhältnis zwischen dem Parteivorstand und der Gesamtpartei sowie zwischen den führenden Persönlichkeiten in den Landesparteien zurückkommen möchte.

Nachdem ich das nun gesagt habe, muß ich mich bei Ihnen entschuldigen, weil diese Vorstandssitzung so lange hinausgeschoben worden ist und wir heute nur eine Vorstandssitzung und morgen keine Parteiausschußsitzung abhalten. Ich kann das eine sagen, daß ich, wenn ich das Außenministeramt nicht mehr bekleiden werde<sup>4</sup>, mich den Parteifragen mehr widmen kann als bisher. Bisher war es mir schlechterdings nicht möglich, Termine freizumachen, insbesondere, weil die letzten Tage mit außenpolitischen Fragen sehr angefüllt waren.

Ich möchte Ihnen dann einen Bericht über die gesamte innen- und außenpolitische Lage, so wie ich sie sehe, geben. Ich habe darum gebeten, meine Ausführungen mitschreiben zu lassen. Ich möchte einige persönliche Dinge darin erwähnen und mir vorbehalten, einige Streichungen in dem Stenogramm vorzunehmen und Ihnen dann dieses Stenogramm zugehen zu lassen, weil es vielleicht für Sie doch wichtig ist, die Ausführungen zu besitzen, um auch Ihren Landesparteien davon Kenntnis zu geben.

## BERICHT ZUR LAGE

Zunächst möchte ich mit der inneren Situation in der Bundesrepublik beginnen. An die Spitze stelle ich folgenden Satz: Wir haben heute den 2. Mai des Jahres 1955. Wir werden im Spätsommer des Jahres 1957 – also in zwei Jahren und einigen Monaten – die dritte Wahl zum Bundestag haben. Wenn es uns – der CDU und der CSU – gelingt, dann an der Führung zu bleiben für die nächsten vier Jahre, dann können wir unser Werk, das wir 1949 begonnen haben, so sichern, daß es Bestand haben wird. Wenn die Sozialdemokratie an die Führung kommen sollte, dann bin ich davon überzeugt, daß sie durch ihre völlig unverständliche und den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise gerecht werdende Politik in wenigen Jahren auf wirtschaftlichem und außenpolitischem Gebiet alles das verwirtschaftet haben wird, was wir in diesen Jahren im Interesse unseres Vaterlandes aufgebaut

---

3 Vgl. Nr. 5 Anm. 4.

4 Adenauer gab das Auswärtige Amt am 6. Juni 1955 ab.

haben. Daher glaube ich, daß wir unsere ganze Arbeit während der nächsten Jahre unbedingt unter dem Gesichtspunkt der Wahl des Jahres 1957 sehen müssen.

Ich möchte darum auch meine Ausführungen unter diesen Gesichtspunkt stellen und auf Mängel zu sprechen kommen, die ganz offenbar in unserer Organisation vorhanden sind, auch auf eine gewisse Teilnahmslosigkeit innerhalb wie auch außerhalb unserer Partei. Ich habe es deswegen ebenso gründlich bedauert, daß eine ganze Anzahl von Ministerpräsidenten zu einer Vorstandssitzung in einer Zeit, in der entscheidende Dinge geschehen sind und in den nächsten Tagen geschehen werden, wegen einer Kabinettsitzung oder aus sonstigen Gründen nicht anwesend sind.

Meine Damen und Herren! Zu den Wahlen in Niedersachsen möchte ich unseren Freunden aus Niedersachsen den herzlichsten Dank dafür aussprechen, daß sie sich so ausgezeichnet geschlagen und einen so großen Erfolg davongetragen haben.<sup>5</sup> Sie haben auch insofern unseren besonderen Dank verdient, als sie jetzt nicht, wie unsere verwandte Partei in Bayern, nach der Wahl nach Hause gegangen sind und sich einige Tage ausgeruht haben<sup>6</sup>, sondern daß sie sofort an die Arbeit gegangen sind, um den Versuch zu machen, eine Regierung zu bilden. Es ist wirklich sehr dankenswert und vorbildlich, daß schon am Freitag nach der Wahl die Koalitionsbesprechungen im großen und ganzen zu einem erfolgreichen Ende geführt worden sind. (*Cillien*: Bis auf die Frage, was der BHE heute tut!) Ich kann nicht beurteilen, ob das zweifelhaft ist oder nicht. Ich möchte mir über Niedersachsen noch zwei Bemerkungen erlauben. Ich bin in Niedersachsen an sechs Plätzen gewesen und habe dort gesprochen. Ich habe dort zu meiner großen Freude feststellen können, daß trotz des Falles Österreich<sup>7</sup> – Herr Kopf hatte ja proklamiert, daß die ganze Wahl in Niedersachsen auf außenpolitischem Gebiet ausgefochten werden sollte – die Teilnahme der Bevölkerung ganz außergewöhnlich groß war, und zwar hauptsächlich in vier großen Versammlungen im Freien: in Lüneburg, Lingen, Wilhelmshaven und Goslar.<sup>8</sup> Es waren Versammlungen mit einer Teilnahme bis zu 18.000 Menschen. In den ganzen Versammlungen – die Herren waren zum Teil ja anwesend – herrschte eine großartige Stimmung und ein

5 Ergebnis der Landtagswahlen vom 24. April 1955: SPD 35,2 % (59 Mandate, 1951 33,7 % und 64 Mandate), CDU 26,6 % (43, 1951 Niedersächsische Union 23,8 % und 63 Mandate), DP 12,4 % (19), GB/BHE 11 % (17), FDP 7,9 % (12), DRP 3,8 % (6), KPD 1,3 % (2), Zentrum 0,9 % (1). Heinrich Hellwege bildete eine Koalitionsregierung aus DP, CDU, FDP und GB/BHE.

6 Nach der Landtagswahl vom 28. November 1954 hatte sich trotz erheblicher Stimmengewinne der CSU (10,6 %) bis zum 10. Dezember 1954 eine Viererkoalition von SPD, BP, FDP und BHE gebildet. Zu Einzelheiten vgl. KRITZER S. 329–357; Alf MINTZEL: Geschichte der CSU. Ein Überblick. Opladen 1977 S. 53–55.

7 Am 19. April hatte die Sowjetunion eine Außenministerkonferenz der vier Mächte in Wien zum Abschluß eines Staatsvertrags vorgeschlagen, worauf die Westmächte am 22. April eine vorbereitende Botschafterkonferenz für den 2. Mai vorschlugen. Diesen Vorschlag nahm die Sowjetunion am 26. April an (AdG 1955 S. 5124, 5137).

8 Am 14. April in Lüneburg, am 15. April in Lingen, am 21. April in Wilhelmshaven und Oldenburg, am 22. April in Goslar.

gutes Verständnis für die bisherige Politik der Bundesregierung auf außenpolitischem Gebiet. Ich konnte aus den Versammlungen in Niedersachsen – Niedersachsen ist ja ein ausgesprochen merkwürdiges Land – die Überzeugung gewinnen, daß wir, wenn wir in den nächsten Monaten eine Bundestagswahl hätten, dort ähnlich abschneiden würden wie im Jahre 1953. Das darf uns natürlich nicht dazu verleiten, die Augen vor unseren Schwächen und vor den Gefahren zu schließen, die uns bis zum Jahre 1957 noch bedrohen. Vielleicht können die Herren aus Niedersachsen nachher noch das eine oder andere, was uns interessieren wird, sagen.

Die Bildung einer Regierung in Niedersachsen ohne die Sozialdemokratie ist deswegen von so großer Bedeutung, weil ja Niedersachsen das Stammquartier der Sozialdemokratie seit dem Jahre 1946 gewesen ist und Herr Kopf trotz seiner Besonderheiten – ich sage trotz, nicht wegen seiner Besonderheiten – in Niedersachsen eine volkstümliche Figur ist und weil die Sozialdemokratie in Niedersachsen, obgleich Herr Kopf genausogut in irgendeiner anderen Partei sein könnte wie in der SPD, die Wahl unter dem Zeichen des Herrn Kopf geführt hat. Die Wahl in Niedersachsen ist auch deswegen so bemerkenswert, weil wir durch den frühen Heimgang unseres Parteifreundes Ehlers leider nicht in der Lage waren, Herrn Kopf eine Persönlichkeit entgegenzusetzen, die sich in Niedersachsen in weiten Kreisen eine große Volks-tümlichkeit erworben hat. Wenn Herr Ehlers noch lebte, dann wäre die Wahl in Niedersachsen viel leichter gewesen, als sie so gewesen ist.

Ich habe aber auch den Eindruck, als ob die Vorbereitungen zur Wahl in Niedersachsen sehr gut gewesen sind, und daß alles in allem genommen es jedenfalls dort erfreulich hergegangen ist. Besonders erfreulich ist es, meine verehrten Freunde aus Niedersachsen, daß Sie, trotzdem Sie in der neuen Koalition die stärkste Partei sind, des höheren Ziels willen außerordentlich bescheiden in Ihren Ansprüchen bei der Verteilung der Regierungsplätze gewesen sind.<sup>9</sup>

Ich bin Ihnen schuldig, ein Wort darüber zu sagen, daß unsere Partei dort nicht den Posten des Kultusministers verlangt hat. Ich habe den Herren dazu aus folgendem Grunde geraten: Sie wissen, daß die Bundesregierung eine Klage gegen Niedersachsen wegen Verletzung des Reichskonkordats angestrengt hat. Die Klage schwebt. Wenn, wie die Bundesregierung annimmt, sie gegen das Land Niedersachsen entschieden wird, dann muß der Kultusminister in Niedersachsen erhebliche Änderungen vornehmen und durchzubringen versuchen, und zwar zugunsten der Konfessionsschule und des Elternrechts. Das kann ein Nichtmitglied der CDU machen, ohne daß es ein solches Risiko vor seiner Partei eingeht, wie es bei einem CDU-Mann der Fall wäre. Wird aber die Klage verloren, d.h., wird die Bundesregierung abgeschossen, dann wäre es für einen großen Teil der CDU in Niedersachsen sehr schmerzlich, wenn

---

9 Der Ministerpräsident, Heinrich Hellwege, wurde von der DP gestellt, ebenso der Justizminister; die CDU übernahm drei Ressorts (Inneres, Finanzen, Soziales), die FDP das Kultusministerium, der GB/BHE Wirtschaft und Verkehr sowie Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

ein der CDU angehöriger Kultusminister nun dieses Gesetz durchführen müßte, das in weiten Teilen von Niedersachsen auf das heftigste bekämpft worden ist.<sup>10</sup> Unter diesen Umständen, die man öffentlich nicht erklären kann, war es vielleicht klug – ich bin unseren Freunden sehr dankbar dafür, daß sie das getan haben –, diesmal die Finger von dem heißen Eisen wegzulassen. Das kann man anderen in die Hand geben; die können sehen, wie sie nachher fertig werden damit.

Nun stehen wir vor den Wahlen in Rheinland-Pfalz, die am 15. Mai stattfinden werden.<sup>11</sup> Die Aussichten sind gut, obgleich die FDP frühere Nationalsozialisten als Kandidaten aufgestellt hat unter kaltblütiger Abservierung ihrer bisherigen Abgeordneten – offenbar nach den demoskopischen Untersuchungen – und in gewissen nationalsozialistischen Kreisen einen Auftrieb bekommen hat. Es kommt noch die Saarfrage hinzu, auf die ich noch zu sprechen komme. Ich glaube, wir können jedoch davon überzeugt sein, daß die Wahl in Rheinland-Pfalz ein Ergebnis bringen wird, wie wir es wünschen, und daß dort eine Koalitionsregierung wie bisher gebildet wird. Das ist deswegen so wichtig, weil wir, wenn in Rheinland-Pfalz die bisherige Regierung bleibt, im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit haben werden, vorausgesetzt, daß der BHE heute gutheißt, was seine Unterhändler in Hannover mit den anderen Parteien, abgesehen von der SPD, besprochen haben. Wenn wir auch im Augenblick beim Wehrgesetz oder etwas Ähnlichem keinen unmittelbaren Anlaß sehen, auf eine Zweidrittelmehrheit bedacht zu sein, so ist es immer gut, daß man eine starke Mehrheit im Bundesrat hat.

Was ich jetzt sage, möchte ich namentlich an unsere Freunde von Brentano, Krone und Albers richten. Eine gewisse Beunruhigung herrscht, wie mir von verschiedenen Seiten aus Rheinland-Pfalz mitgeteilt wurde, in der dortigen Beamenschaft wegen des Gesetzentwurfes über das Personalvertretungsgesetz.<sup>12</sup> Die Beamenschaft wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen den Gesetzentwurf, wie er aus den ersten Verhandlungen im Ausschuß hervorgegangen ist. In der zweiten Lesung ist er geändert worden; aber dadurch ist nun eine gewisse Verstimmung hervorgerufen worden. Ich war nicht anwesend, aber mein Freund Albers hat, soviel ich gehört habe, dieser Verstimmung in der Bundestagsfraktion einen gehaltvollen Ausdruck gegeben, wobei ich unter „gehaltvoll“ nicht gerade sagen möchte, Herr Albers, daß die Gründe dafür sehr gehaltvoll gewesen sind. (*Albers: Es war aber richtig!*) Lieber Herr Albers, es war nicht richtig! Jetzt zwingen Sie mich, etwas zu sagen. Ich werde auch auf die Gewerkschaften zu sprechen kommen und auf die Stellung unserer Mitglieder innerhalb der Gewerkschaften. Ich denke, es ist Ihnen bekannt, daß der

10 Zum niedersächsischen Schulgesetz vom 1. Oktober 1954 vgl. HERDER-KORRESPONDENZ 8.Jg. 1953/54 S. 302, 9.Jg. S. 50–52. Beschuß der Bundesregierung zur Klage vom 9. März 1955 (Pressemitteilung BPA vom 15. März 1955; BULLETIN Nr. 99 vom 2. Juni 1956; Nr. 102 vom 7. Juni 1956).

11 Ergebnis der Landtagswahl vom 15. Mai 1955: CDU 46,8 % (51 Mandate), SPD 31,7 % (36), FDP 12,7 % (13). Peter Altmeier bildete eine Koalitionsregierung von CDU und FDP.

12 Vgl. Nr. 6 Anm. 142, 143.

Durchschnittsprozentsatz unserer Mitgliederzahl aus dem Arbeitnehmerstand 23 % beträgt; in Köln 10 % der Arbeitnehmer. Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Albers, wenn ich sage, man sollte auch mal zu Hause nach dem Rechten und danach sehen, daß die Zahl der Arbeitnehmer sich regelt. (*Albers*: Es sind ganz genau 56 % Arbeiter und Angestellte!) Ich habe die Zahl von Herrn Pünder hier, wenn Sie wollen, kann ich sie Ihnen schriftlich zugehen lassen. Es sind 10 %. Es kommt darauf an, wen man unter Arbeitnehmer rechnet. Schließlich bin ich auch Arbeitnehmer, wenn auch unter keinem sehr angenehmen Dienstherrn. (*Heiterkeit.*)

Nun möchte ich etwas über die Entwicklung und das Verhältnis der Parteien in der Bundesrepublik zueinander sagen. Fangen wir an mit der Deutschen Partei. Die Deutsche Partei ist vom ersten Augenblick an die koalitionstreueste Partei gewesen. Das war auch für mich der Grund, weshalb ich bei der Regierungsbildung den größten Wert darauf gelegt habe, sie zunächst zu gewinnen. Auf der anderen Seite ist die Deutsche Partei keine Partei, die dauernd bestehen bleiben wird. Das wissen die Herren auch. Ich habe mit ihnen und auch in der letzten Zeit wieder sehr offen darüber gesprochen. Sie haben mit ihrem Versuch außerhalb Niedersachsens – namentlich in Bayern<sup>13</sup> – einen vollen Mißerfolg geerntet. Die DP ist eine Partei, die auf Niedersachsen und gewisse angrenzende Teile immer beschränkt bleiben muß. Sie hat auch wenig Nachwuchs. Ich bin eigentlich erstaunt, daß sie 20 Mandate bekommen hat. (*Cillien*: 19!) 19, es waren zunächst 20. Immerhin ist sie eine Partei, wenn sie auch mehr oder weniger auf einen Heimatkreis beschränkt ist, die im Grunde in vielen Dingen mit uns übereinstimmt, so daß es zweckmäßig ist, wenn sie in der einen oder anderen Form mit uns in eine engere Verbindung tritt. Das hier ausführlich zu erörtern, hat wohl keinen Zweck. Aber unsere Freunde aus Niedersachsen werden, glaube ich, damit übereinstimmen. Im Hinblick auf die Gesetze, die im Bundestag noch zu verabschieden sein werden, erscheint es außerordentlich wünschenswert, daß die CDU und CSU in der einen oder anderen Form so stark wird, daß sie auch mit Anstand schließlich eine Entscheidung ohne Hilfe anderer Parteien fällen kann. Das ist für mich überhaupt der leitende Gesichtspunkt. Man kann die Entwicklung im Bundestag nicht überschauen. Wir werden in den nächsten Jahren vielleicht gezwungen sein, im Bundestag Entscheidungen zu fällen, allein gestützt auf die CDU/CSU und die eine oder andere Gruppe, die sich uns angeschlossen hat. Die große Öffentlichkeit wird niemals verstehen, wenn im Bundestag entscheidende Beschlüsse – ich spreche jetzt theoretisch, aber doch den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend – nur mit einer Stimme Mehrheit gefaßt werden. Aber wir werden – ich betone das nochmals – eventuell gezwungen sein, im Bundestag Beschlüsse zu fassen, allein für uns stehend. Wir müssen dann mehr als eine Stimme Mehrheit haben. Das veranlaßt mich, eine Bitte an unsere Freunde in Niedersachsen zu richten, daß wir zunächst die Deutsche

---

13 Die DP war in Bayern weder bei den Bundestagswahlen vom 6. September 1953 noch bei den Landtagswahlen vom 28. November 1954 über 0,6 % der Stimmen hinausgekommen.

Partei in irgendeiner Form näher an uns heranbringen, aber nicht in der Form, wie es sich Herr Hellwege denkt; das kommt gar nicht in Frage.<sup>14</sup>

Der BHE ist in einer sehr schweren Krise. Diese Krise mußte einmal kommen. Sie ist dadurch beschleunigt worden, daß Herr Kather in den BHE eingetreten ist. Herr Kather hat dort nicht nur als Katalysator, sondern auch als Sprengpulver gewirkt. In einer so großen Fraktion wie der unsrigen konnte das abgefangen werden. In einer Fraktion von der Größe und Zusammensetzung des BHE kann es offenbar nicht abgefangen werden. So ist der BHE, wie Sie wissen, auseinandergefallen – wenigstens innerlich – im Bundestag in eine Gruppe von 13 und eine solche von 14 Abgeordneten.<sup>15</sup> Beide Gruppen bemühen sich jetzt im Lande, Landesgruppen auf ihre Seite zu ziehen. Die meiste Einsicht der führenden Leute des BHE herrscht wohl bei den 13, nicht bei der Kather-Gruppe. Sie sind sich auch darüber klar, daß der BHE nicht mehr viele Bundestagswahlen überstehen wird, daß auch der BHE eine Partei ist, deren Lebensdauer begrenzt ist, auch deshalb, weil ihre Aufgabe begrenzt ist. Bei der 13er-Gruppe gibt es eine Reihe von Leuten, die – glaube ich – uns innerlich sehr nahestehen und die durchaus gute Kräfte sind.

Ich möchte im Augenblick über die weitere Entwicklung noch nichts sagen. Ich weiß auch nicht, wie die Entscheidung, in Niedersachsen der Koalition beizutreten, die der führende Mann<sup>16</sup> dort gefällt hat, sich auf den Zusammenhalt des BHE auswirken wird. Ob sie dazu geeignet ist, die 13er-Gruppe auf Kosten der 14er-Gruppe zu vergrößern, ist noch ein interner Vorgang. Wir müssen das Ergebnis abwarten. Jedenfalls aber gibt es dort Abgeordnete, die einen sehr wünschenswerten Zuwachs für uns bilden würden. Der Zuwachs würde um so wünschenswerter sein, weil nach zwei Richtungen Bestrebungen im Gange sind, eine Änderung in der Zusammensetzung der Partei herbeizuführen.

Damit komme ich zur FDP. Die FDP – ich will auf Einzelheiten nicht eingehen – unter der Führung des Herrn Dehler macht eine verhängnisvolle Entwicklung durch. Ich bin trotzdem der Auffassung, die ich immer vertreten habe, daß wir eine rechts von der CDU stehende Partei, die nicht das Wort „christlich“ in ihrem Parteinamen trägt, absolut notwendig haben, weil es eben eine ganze Anzahl von sehr respektablen Leuten in der Bundesrepublik gibt, die aus irgendwelchen Gründen nicht wünschen, einer christlichen Partei beizutreten, d.h. einer Partei, die sich christlich nennt und hoffentlich auch christlich handelt. Diese Leute dürfen aber nicht in die Hände einer nationalistischen Partei fallen. In eine solche demokratische Partei können

14 Hellwege suchte eine stärkere Distanzierung der DP von der CDU weniger im außen- als im innenpolitischen Bereich zu finden (vgl. dazu MEYN S. 51–56, 142–148).

15 Zur Spaltung der Fraktion war es nach monatelangem Streit über die Saarfrage am 15. März 1955 gekommen, die Gruppe der 13 wurde geführt von Waldemar Kraft, Horst Haasler und Theodor Oberländer (vgl. NEUMANN S. 137–165, insbes. S. 150ff.).

16 Vorsitzender des niedersächsischen Landesverbands des BHE war Friedrich von Kessel, im Kabinett Hellwege stv. Ministerpräsident und Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

ruhig einige nationalistische Elemente hineinkommen; sie können dort verdaut oder zusammengehalten werden. Was aber für Deutschland schlimm wäre, das wäre die Bildung einer rein nationalistischen Partei, der Leute angehörten, die einen guten Namen haben. Daher ist die Entwicklung innerhalb der Freien Demokratischen Partei nicht nur von unserem parteipolitischen, sondern auch vom allgemeinen deutschen Standpunkt aus sehr wichtig. Ich bitte Sie, daher auch zu verstehen, wenn wir eine gewisse Langmut gegenüber der Entwicklung in der Demokratischen Partei zeigen und zeigen müssen. Ich hoffe, daß schließlich doch die Vernunft da siegen wird. Es gibt gewisse Anzeichen dafür; es gibt aber auch genauso Anzeichen nach der Gegenseite. Ein gutes Anzeichen ist z.B., daß die FDP den Herrn Schwann<sup>17</sup> sofort zur Ordnung gerufen und Herr Dehler mir das gleich mitgeteilt hat. Ein gewisses Anzeichen ist auch das, daß der Herr Reinhold Maier nach seiner Reise durch die Vereinigten Staaten erklärt hat, die Politik der Bundesregierung sei richtig, und daß man nur mit Hilfe der Vereinigten Staaten zu einer Wiedervereinigung kommen könne.

Z.Z. ist Herr Middelhauve auf einer Reise nach Amerika. Herr Middelhauve war am Tage vor seiner Abreise bei mir<sup>18</sup>, nicht um meinen Reisesegen zu bekommen, dazu bin ich nicht in der Lage, ich bin nicht benefiziert. Aber immerhin ist er von mir weggegangen mit gutem Vorsatz. Das ist auch schon etwas wert. Wie das mit der FDP werden wird, das kann noch kein Mensch beurteilen. Aber was für uns wichtig ist, das ist folgendes: Es sind Bestrebungen im Gange, eine neue Partei zu gründen, und zwar eine Art Deutsche Volkspartei, zu der ein großer Teil der jetzigen Demokraten, namentlich die zuverlässigeren und vernünftigeren gehören würden. Diese bemühen sich nun um den zuverlässigen und vernünftigen Teil des BHE, ebenfalls um die Deutsche Partei und auch um den einen oder anderen aus unserer Partei. Ich möchte hier keine Namen nennen. Ein Teil von Ihnen wird die Namen wissen. Wer sie nicht weiß, braucht sie auch hier nicht zu hören. Wir dürfen aber diese Entwicklung, die gar nicht so aussichtslos ist, wie man zuerst meinen möchte, nicht aus dem Auge verlieren. Sie muß uns dazu veranlassen zu versuchen, in aller Vorsicht, aber konsequent, diejenigen Teile des BHE und der Deutschen Partei, die zu uns passen, für uns zu gewinnen, anstatt daß sie einer neuen Partei anheimfallen, von der man nicht weiß, wer schließlich dort die Führung bekommen wird.

Nun möchte ich ein Wort zu den Verhältnissen in der Sozialdemokratischen Partei sagen. Es ist Ihnen wohl allen bekannt, daß die Sozialdemokratische Partei nicht geschlossen ist und daß es dort eine gewisse Zahl von respektablen Leuten gibt, die mit dem Kurs der Partei absolut nicht einverstanden sind. Ich glaube, wir würden den Verhältnissen nicht gerecht werden, wenn wir bei Beurteilung der

---

17 Hermann Schwann (1899–1977), vor 1933 DVP, 1934–1945 NSDAP, 1948 Kreisvorsitzender der FDP, 1950–1954 MdL Nordrhein-Westfalen, 1953–1957 MdB. – Schwann hatte stets gegen das Saarabkommen gestimmt und war auch dem Normenkontrollantrag der Opposition gegen das Saarabkommen beigetreten (AdG 1955 S. 5041, 5101).

18 Am 25. April 1955 (TERMINKALENDER).

Lage der SPD zwei Tatsachen nicht ins Auge faßten. Die eine Tatsache ist die, daß die SPD als Fundament nur die Gewerkschaften und den Deutschen Gewerkschaftsbund hat und daß die Gewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund einen immer radikaleren Kurs einschlagen. Wie sehr in der SPD der radikalere Kurs gewinnt, das zeigt folgendes Beispiel: Ich habe schon vor längerer Zeit, da wir für das zukünftige Verteidigungsministerium einen guten Staatssekretär brauchen und Bemühungen, diesen oder jenen zu bekommen, fehlgeschlagen waren, mich an zwei Herren gewandt, die der SPD angehören. Sie finden heute in der „Welt“ eine Notiz darüber.<sup>19</sup> Es ist aber nicht etwa so, daß ich der Sozialdemokratischen Partei angeboten hätte, einen Staatssekretär in dieses Ministerium zu setzen, sondern ich habe mich an zwei Persönlichkeiten gewandt, die der SPD angehören. Dabei leiteten mich folgende Gesichtspunkte: Es ist eine sehr schwere Aufgabe für uns, eine Wehrmacht aufzustellen, die erstens nicht politisiert – das war ja in dem Fall Bonin<sup>20</sup> für mich das wichtigste, daß ein führender Mann des Amtes Blank frisch, frei und fromm wieder anfing zu politisieren – und zweitens, daß – ich drücke mich jetzt etwas sehr grob, aber richtig aus – die Zivilgewalten maßgebend sein müssen und nicht die militärischen Gewalten. Es erschien mir richtig, namentlich gegenüber gewissen Herren, die eine militärische Vergangenheit, wenn auch nicht großen Stils, haben, die aber sehr darauf aus sind, einen solchen Posten doch zu bekommen, die der Koalition angehören, dort einen Mann hinzubekommen, der ein Charakter und nicht abhängig ist von dem sozialdemokratischen Parteivorstand, der aber auf der anderen Seite diese Grundsätze, wie ich sie eben skizziert habe, vertritt und als Angehöriger einer sehr großen Partei in der Lage wäre, mit dem Gewicht aufzutreten, das eine solche Parteizugehörigkeit gibt.

Trotz eines mündlichen Gesprächs mit Herrn Ollenhauer und trotz eines Briefes an ihn sieht er sich nach der Mitteilung in der „Welt“ nicht in der Lage, die Zustimmung dazu zu geben, daß ein Mitglied seiner Partei Staatssekretär im Verteidigungsministerium wird.<sup>21</sup> Das ist der eklatante Beweis dafür, daß die heutige Sozialdemokratische Partei das reine parteipolitische Interesse über alle höheren Rücksichten stellt. Ich bin darüber enttäuscht. Ich hatte geglaubt, daß es doch möglich wäre, in der Sozialdemokratischen Partei diejenigen Leute, die parteipolitische Gesichtspunkte nicht über alles stellen, mehr nach vorne zu bringen, damit wir in dieser für die Zukunft Deutschlands entscheidenden Frage mit der Sozialdemokratie arbeiten können; denn es wird für Deutschlands Zukunft eine entscheidende Frage sein, wie diese Wehrmacht aussieht. Ich bedaure diesen Vorgang, denn die inneren Gegensätze werden dadurch außerordentlich verschärft werden. Aber ich kann es nicht ändern. Wir müssen der

19 „Kein SPD-Staatssekretär“ – „Die Welt“ vom 2. Mai 1955 S. 2.

20 Bogislaw von Bonin (1908–1980), 1926–1945 Reichswehr bzw. Wehrmacht (zuletzt Oberst i.G.), 1952–1955 Amt Blank (Chef der Unterabt. 1 – Militärische Planung bzw. der Planungsgruppe Bonn). Vgl. Opposition gegen Adenauers Sicherheitspolitik. Hrsg. von Heinz Brill. Hamburg 1976.

21 Vgl. Anm. 67.

Tatsache, daß dem so ist, ruhig ins Auge sehen und unsere Folgerungen daraus ziehen.<sup>22</sup>

Ich möchte noch ein Wort zum DGB sagen, weil er nicht nur das Fundament, sondern auch das Knochengerüst der SPD ist, und die Sozialdemokratische Partei ohne den DGB überhaupt nicht mehr vorhanden wäre. Im DGB geht die Radikalisierung unaufhaltsam weiter trotz aller Bemühungen unseres Sozialpolitischen Ausschusses. Ich möchte das sehr nachdrücklich und sehr offen sagen. Unsere christlichen Vertreter in den Gewerkschaften und im Gewerkschaftsbund haben einfach keinen Einfluß. Ich brauche über Herrn Föcher kein Wort zu verlieren. Ich will auch nicht von den Klagen sprechen, die Herr Freitag mir gegenüber über Herrn Föcher ausgesprochen hat, aber ich möchte Ihnen doch sagen, daß sich kaum jemand so über den Herrn Föcher beklagt hat wie Herr Freitag. Die ganzen Leute, mit Ausnahme vielleicht des Herrn Reuter, werden, wenn nicht eine unerwartete Wendung in der Politik der Gewerkschaften eintritt, bei der nächsten Wahl des Vorstandes über Bord gehen. Es wird dann eine radikalere Richtung folgen, die ISK-Leute werden kommen und auch gewisse Leute, von denen man nicht weiß, wieweit sie der Sozialdemokratie angehören oder ihr nahestehen.

Um diese ganzen Fragen ihrer Schwere nach würdigen zu können, müssen Sie sich darüber klar sein, daß z.Z. der eigentliche Inhaber der Macht in der Bundesrepublik die Gewerkschaften sind. Sie haben die Hand am Hebel, sie können unser wirtschaftliches Leben durch den Beschuß von 200, 300 Funktionären stilllegen mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik erachte ich daher bis auf weiteres für außerordentlich labil und kritisch. Wir werden sehr aufmerksam und sehr behutsam unsere Wege gehen müssen. Lassen Sie mich sehr offen folgendes sagen: Unsere Finanzen sind schlecht. Unsere Mitgliederzahlen sind beschämend gering. Wir müssen an die Landesparteien das dringende Ersuchen richten, Mitglieder zu werben, damit unsere Partei, die seit 1949 die Verantwortung im Bunde trägt, nun auch wirklich einen Stamm von zahlenden Mitgliedern bekommt. Es geht nicht, daß unsere Partei mit dem Hute in der Hand fortwährend herumlaufen muß, um bei reichen Leuten um Geld zu betteln. Das ist ein großes Versäumnis der Landes- und Ortsparteien, womit wirklich einmal radikal Schluß gemacht werden muß.

Weiter macht mir sehr ernste Sorge, daß wir in unserer Partei der weltanschaulichen Grundlage zu wenig Bedeutung beimessen und daß die Sucht zum Materiellen auch in unserer Partei und in den Fraktionen des Bundes und der Länder in einer beängstigenden Weise um sich gegriffen hat. Unsere einzige Existenzberechtigung ist das weltanschauliche Fundament, sonst haben wir keine Existenzberechtigung. Wir müssen uns daher viel mehr als bisher auf dieses weltanschauliche Fundament besinnen. Wir müssen auch aufgrund unserer Erfahrungen diese weltanschaulichen Grundsätze mehr herausarbeiten als bisher. Wenn ich an die Gesinnung denke, die

---

22 Vgl. zu dem angesprochenen Komplex ausführlich KLOTZBACH S. 356–362, insbes. S. 356f.

uns in den Jahren nach 1945 beseelt und erfüllt hat, und nun sehe, wie es im Jahre 1955 geworden ist, dann ergibt sich ein himmelweiter Abstand nicht zugunsten des Jahres 1955. Das ist eine Aufgabe, deren wir uns – der Generalsekretär<sup>23</sup> ist leider nicht hier, der ist noch in Amerika – mit viel größerem Elan und viel größerer Kraft widmen müssen, als das bisher der Fall gewesen ist. Ich bin geradezu erschrocken über eine Wahrnehmung in den letzten Monaten, die ich mit allem Freimut hier aussprechen möchte. Ich finde es für die Demokratie geradezu verheerend, wenn sich sieben Reifenfabriken zusammenschließen, von denen jede DM 500.000,- gibt – das sind zusammen 3,5 Millionen –, um damit die Gesetzgebung des Bundestages bei einem entscheidenden Gesetz zu beeinflussen.<sup>24</sup> Ich bedaure aufrichtig – das Mitglied ist nicht hier –, daß ein Mitglied der Bundestagsfraktion dabei eine führende Rolle gespielt hat. Ich werfe keinem vor, verstehen Sie mich wohl, daß irgend jemand persönlich Vorteile gehabt hat, ich denke nicht daran, ich habe weder einen Beweis noch irgendeinen Anhaltspunkt dafür, aber wenn sieben Reifenfabriken zusammen 3,5 Millionen für Propaganda in der Form von Zeitungsannoncen einsetzen und damit auf Leute in den verschiedenen Bundestagsfraktionen einwirken und somit die Gesetzgebung entscheidend beeinflussen können, dann sage ich Ihnen, ist das der Untergang der Demokratie. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Wie die Gesetzesvorlage der Bundesregierung war und wie das Gesetz geworden ist, das spielt dabei gar keine Rolle. Für mich ist es entscheidend, daß es einer Gruppe von sieben Unternehmungen gelungen ist, durch Aufwand von Geldern die Gesetzgebung entscheidend zu beeinflussen. Das ist eine unmögliche Entwicklung. Wir werden in der Bundestagsfraktion und auch in den Landtagsfraktionen sehr darauf aufpassen müssen, wo sich Interessenten breitmachen.

Ich komme zurück auf die weltanschauliche Grundlage und auf eine Frage, die mir besonders am Herzen liegt. Sie gibt mir Anlaß, auf die äußere Lage überzugehen. Seien wir uns alle darüber klar, daß die ganze Entwicklung unseres Lebens, der wir entgegengehen, absolut zum Materiellen hingehört, zu nichts anderem. Das gilt von oben bis unten. Ich nehme keinen Stand davon aus. Nehmen Sie zum Beispiel die Leitsätze von der gestrigen Maifeier.<sup>25</sup> Ich habe sie nicht zur Hand, aber ich habe sie gelesen. Da war nur die Rede von weniger Arbeit und mehr verdienen, das war das Ganze. Denken Sie daran, wie es bei den früheren Maifeiern gewesen ist. Wenn man sich auch nicht mit allem einverstanden erklären kann, so war doch ein gewisser idealer

23 Gemeint ist der Bundesgeschäftsführer, Bruno Heck, der sich seit Ende März 1955 mehrere Wochen in den USA aufhielt.

24 Es handelt sich um Anzeigen der Firmen Continental, Dunlop, Englebert, Fulda, Metzeler, Phoenix und Veith (z.B. „Die Welt“ vom 12. März 1955), die sich gegen den Entwurf des sog. Straßenentlastungsgesetzes richteten, d.h. gegen das Verbot der Beförderung bestimmter Massengüter auf der Straße (BT-Drs. 574 vom 4. Juni 1954). Der Gesetzentwurf unter Federführung des Bundesministers für Verkehr wurde von den Bundestagsausschüssen für Finanzen und Verkehr zurückgestellt.

25 Die DGB-Maifeier 1955 stand unter dem Motto „Vierzig Stunden sind genug“ – bei vollem Lohn.

Zug vorhanden, aber nicht die Lösung, weniger arbeiten und doch mehr verdienen. Wo es herkommen soll, darüber macht sich keiner Sorge. Keiner denkt daran, daß bei weniger Arbeit auch weniger produziert wird. Das Ganze war eine Ansprechung der niederen Instinkte der Massen. So geht es mit dem deutschen Volk auf breiter Basis. Ich fürchte für unser deutsches Volk, daß wir auf dem Wege zum Materiellen schließlich doch zum Materialismus kommen. Der Kampf mit dem Kommunismus in der ausgeprägtesten Form des Materialismus ist noch lange nicht zu Ende. Ich denke jetzt nicht an den Kampf mit den Waffen, sondern an den geistigen Kampf. Wenn es uns wirklich ernst damit ist, daß wir eine christliche Partei sein wollen, dann werden wir uns darauf einrichten müssen, daß der Kampf gegen den Materialismus in den verschiedensten Formen noch Jahrzehntelang dauern wird. Um so notwendiger ist es, daß wir uns stark auf unser weltanschauliches Fundament besinnen und es stärker herausstellen, als wir das in den vergangenen Jahren getan haben und vielleicht tun konnten.

Nun möchte ich übergehen zu der äußeren Lage, und zwar im Anschluß an das, was ich eben gesagt habe. Die führende Macht auf dem Gebiet des Kommunismus und des Materialismus ist und bleibt Sowjetrußland. Sowjetrußland hat durch die Entwicklung bei den freien Völkern, auch durch den Abschluß der Pariser Verträge, eingesehen, daß z.Z. in Europa wenig zu hoffen ist. Um so stärker verlegt es sich jetzt auf die farbigen Völker. Sein Verhältnis zu Rotchina – damit hat es angefangen – ist nicht so günstig. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen. Bisher waren unter den farbigen Völkern die besten Verteidiger einer nichtmaterialistischen Weltanschauung die mohammedanischen Völker. Z.Z. versucht der sowjetrussische Kommunismus gerade die arabischen Völker davon zu überzeugen, daß der Kommunismus für sie das einzige Richtige ist. Er bedient sich dabei des verständlichen Bestrebens dieser Völker, gegen die Überlegenheit des weißen Mannes irgend etwas zu tun. Der sowjetrussische Kommunismus versucht, alles abzutasten. Er hat in Europa anscheinend vergebens abgetastet. Jetzt geht er über zu den farbigen Völkern; aber er bleibt der Feind unserer Weltanschauung, der christlichen Weltanschauung. Für diesen geistigen Kampf, der sicher noch Jahrzehntelang dauern wird, müssen wir uns einstellen und einrichten.

Zu den akuten Spannungen möchte ich folgendes sagen: Die freie Welt hat vor den Russen eigentlich immer viel zu viel Angst gehabt. Sie hat immer zu viel Respekt gehabt vor der russischen Diplomatie. Die freie Welt hat sich eigentlich sehr dumm dabei benommen. Was zunächst die russische Diplomatie angeht, so will ich zuerst an einige wesentliche Fehler erinnern, von denen kein Mensch spricht. Der größte Fehler der russischen Diplomatie war doch der, daß sie sich damals von Ribbentrop<sup>26</sup> und Hitler über den Löffel hat balbieren lassen. Sowjetrußland war fest davon überzeugt, daß Hitler Sowjetrußland nichts tun würde. Ich bin dahin informiert worden, daß es eine der schmerzlichsten Enttäuschungen für Stalin gewesen ist, daß Hitler, den er als

---

26 Joachim von Ribbentrop (1893–1946), 1938–1945 Außenminister. Adenauer spielt wohl auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 an.

den Repräsentanten des deutschen Volkes angesehen hat, ihn derartig hinter Licht geführt hat. Die zweite vollkommene Fehlkalkulation der sowjetrussischen Diplomatie ist ihr Versuch, den Zusammenschluß Europas zu verhindern. Das dritte ist die Konferenz in Bandung.<sup>27</sup> Machen Sie sich bitte klar, daß Sowjetrußland zu dieser Konferenz, deren geistiger Initiator es gewesen ist, nicht eingeladen wurde, obgleich über zwei Fünftel Sowjetrußlands in Asien liegen. Machen Sie sich auch bitte klar, daß auf der Konferenz in Bandung, nachdem die Türkei und Pakistan damit angefangen haben, schließlich ein Beschlüsse zustande gekommen ist, der sich gegen den Kolonialismus in der modernen Form wendet. Es ist ausgeführt worden, daß Sowjetrußland einen neuen Kolonialismus in der Form der Satellitenstaaten eingeführt habe. Auf dieser Konferenz ist eine allgemeine Entschließung angenommen worden, die sich direkt gegen das sowjetrussische System wendet. Das waren diplomatische Niederlagen ersten Ranges für Sowjetrußland.

Die innere Lage Sowjetrußlands ist sehr unbefriedigend. Sowjetrußland hat es übernommen, das fast ausschließlich agrarische Land zu industrialisieren, es hat die Landwirtschaft kolchowisiert, es hat hoch aufgerüstet und gleichzeitig Rotchina versprochen, seine Großindustrie aufzubauen. Das alles ist zu viel für Sowjetrußland. Es hat sich – erlauben Sie mir den Ausdruck – überfressen. Das kann es nicht alles auf einmal machen. Das kann kein Land der Erde machen. Das kann am wenigsten ein Land wie Rußland machen, trotz der Größe seines Gebietes und der Zahl seiner Einwohner. Das ist nicht möglich, und darum leidet die Bevölkerung Sowjetrußlands und seiner Satellitenstaaten schwere Not. Sowjetrußland ist jetzt tatsächlich in einem Zustand der Schwäche. Die Dinge haben sich durch die Entwicklung in Sowjetrußland und Asien und auf der anderen Seite durch den Zusammenschluß der freien Welt zum Nachteil Rußlands geändert. Es wird die Aufgabe der freien Welt sein, in den nächsten Jahren dafür zu sorgen, daß dieser Schwächezustand Sowjetrußlands ausgenutzt wird, zwar nicht durch einen Krieg, aber indem man versucht, die Welt in einen Zustand des Friedens und der Entspannung zu bringen. Darunter fällt auch die Wiedervereinigung Deutschlands.

Vielleicht stoße ich mit dem, was ich jetzt sage, bei dem einen oder anderen von Ihnen auf Widerspruch, aber es ist falsch, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands lediglich als eine Frage für sich zu betrachten. Das ist es für uns, das ist es nicht für Sowjetrußland, und zwar deswegen nicht, weil die anderen Satellitenstaaten – insbesondere Polen, die Tschechoslowakei – gar nicht fest in seiner Hand sind und Sowjetrußland befürchten muß, daß, wenn es die Sowjetzone freigibt, in Polen und in der Tschechoslowakei sehr große Schwierigkeiten entstehen. Das gaben russische Diplomaten auch in vertrauten Gesprächen anderen gegenüber zu.

---

27 Asiatisch-afrikanische Konferenz in Bandung (Java) unter Beteiligung von 23 Ländern Asiens und sechs Ländern Afrikas vom 18. bis 24. April 1955 (Schlußkommuniqué in AdG 1955 S. 5134–5136).

Es kommt noch ein Weiteres hinzu. Sowjetrußland hat z.Z. Sorgen – ich vermeide den Ausdruck Angst, obwohl dies auch gerechtfertigt wäre –, weil durch die atomaren Waffen in Verbindung mit den Flugzeugen die Amerikaner und Engländer Sowjetrußland überlegen sind. Es kommt weiter hinzu, daß bei der ungeheuren Ausdehnung der russischen Küsten Sowjetrußland äußerst leicht verwundbar ist durch die großen Flotten Amerikas und Englands und daß es trotz seiner U-Boote nicht viel dagegen machen kann. Diese Angst ist natürlich nicht so, als ob die russischen Machthaber fürchteten, morgen besiegt zu werden. Es handelt sich um einen Schwächezustand, wie ich mich eben ausgedrückt habe. Dieser Schwächezustand wird auf der einen Seite vergrößert und auf der anderen Seite für uns dadurch weniger ausnutzbar gemacht, daß sich, soweit wir das von außen beurteilen können, noch nicht herausgestellt hat, wer eigentlich der Machthaber in Sowjetrußland ist, und weil alle diejenigen, die danach streben, die eigentlichen Machthaber zu werden, Gefahr laufen, daß ihnen ihre Politik, wenn sie sich von der bisherigen Politik abhebt, irgendwie zum Vorwurf gemacht wird. Immerhin scheint dieser Gesichtspunkt nicht mehr so ausschlaggebend zu sein, wie es noch vor einigen Monaten erschien, weil von Stalin überhaupt kaum mehr die Rede in Sowjetrußland ist. Am Todestag Stalins hat die Prawda, glaube ich, zwei Zeilen gebracht. In der Öffentlichkeit hört man nicht mehr viel von Stalin, aber das kann sich ändern.

Was die Wiedervereinigung angeht, so glaube ich, daß sie nur kommen wird – ich sage nicht als Endpunkt – im Zuge einer allgemeinen Entspannung. Wir müssen daher bestrebt sein, eine solche allgemeine Entspannung herbeizuführen. Es wird vielleicht eine Konferenz geben, die mit der deutschen Frage und mit der Frage des europäischen Sicherheitssystems beginnt, die aber dann ausgedehnt werden wird auf alle möglichen Fragen der Welt, insbesondere hinsichtlich einer allgemeinen Abrüstung, und zwar nicht nur bezüglich der Atomwaffen, sondern auch der klassischen alten Waffen. Es wird das A und das O jeder Politik sein müssen, zu einer solchen allgemeinen Abrüstung zu kommen.

Die Sozialdemokratie verfolgt aus parteitaktischen Gründen das Ziel, immer nur zu sagen: Wiedervereinigung, Wiedervereinigung, Wiedervereinigung! Sie ist gewillt, dafür auch die Neutralisierung in Kauf zu nehmen – ein heller Wahnsinn m.E. Wir müssen, glaube ich – es wäre mir sehr interessant, Ihre Meinung darüber zu hören –, die Öffentlichkeit daran gewöhnen, die Wiedervereinigung nicht als eine Frage zu betrachten, die losgelöst von allen anderen in der Welt schwebenden Fragen gelöst werden kann. Was uns angeht: Natürlich! Aber was Sowjetrußland angeht: Nein! Ich möchte Ihnen an einem schlagenden Beispiel zeigen, wie sehr das alles zusammenhängt.

Stellen Sie sich einmal vor, auf einer Konferenz würde Sowjetrußland sagen: Wir sind bereit, in die Wiedervereinigung der Sowjetzone mit der Bundesrepublik einzutreten unter der Bedingung, daß Deutschland die Oder-Neiße-Linie anerkennt; eine Frage, die, das kann man mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, eines Tages auftauchen wird. Was würden die Deutschen dann sagen? Sagen Sie bitte nichts. Ich

sage auch nichts. Ich sage Ihnen nur folgendes: Wenn wir dann ja sagen, würden wir natürlich von der Sowjetzone einen heißen Dank bekommen, wir würden aber ebenso todsicher acht Tage später die größten Vorwürfe bekommen. Also, das ist eine so ernste und wichtige Frage, die man jetzt noch nicht erörtern kann. Ich will sie aber in einem so geschlossenen Kreise wenigstens einmal ansprechen, damit Sie sehen, wie alle diese Dinge zusammenhängen. Es ist daher nicht richtig, etwa in unserer Bevölkerung den Glauben zu erwecken, es liege nur an uns, um die Frage der Wiedervereinigung schnellstens zu lösen. Das ist nicht wahr. Diese Konferenz, wie sie mir z.Z. als Entwicklungsmöglichkeit vorschwebt, kann sich eventuell über ein, zwei Jahre hinziehen, weil alle möglichen Fragen hinzukommen. Ich würde das nicht für ein Unglück halten, sie darf nur nicht abgebrochen werden und nicht versanden. Wenn wirklich eine Konferenz ein oder zwei Jahre dauern würde, so bedeutete das ein allgemeines Entspannungsmoment, auch wenn man nicht sofort in allen Punkten einig ist. Ich sage das nur, damit wir uns – so hart das auch für die Betroffenen ist – in Geduld fassen und nicht voreilige Hoffnungen erwecken, die sich nicht realisieren lassen. Diese Hoffnungen können sich nur allmählich realisieren. Sie müssen verfolgt werden mit größter Ausdauer und Zielstrebigkeit, aber auch mit sehr großer Geduld.

Nun stehen wir in dieser und in der nächsten Woche davor, die Früchte unserer bisherigen Arbeit seit dem Jahre 1949 zu ernten. Am Donnerstag werden Frankreich und Großbritannien den Deutschlandvertrag und den Annexvertrag in Bonn hinterlegen.<sup>28</sup> Damit gewinnen wir unsere Souveränität zurück.

Meine Damen und Herren, daß die Sozialdemokratie sagt, das ist kein Anlaß, sich irgendwie darüber zu freuen, verstehe ich von seiten der Sozialdemokratie; denn es ist ein eklatanter Mißerfolg der Sozialdemokratie. Es ist aber ein großer Erfolg für das deutsche Volk. Das Kabinett wird sich noch damit befassen. Man sollte in einer würdigen Form dieses Zu-Ende-Gehen der Besatzung feiern; denn es ist doch immerhin ein historisches Ereignis, wenn 50 Millionen Deutsche ihre Freiheit wiederbekommen, wenn auch leider noch 16 Millionen Deutsche sie nicht erhalten. Aber diese 50 Millionen Deutsche können sich dann auch ganz anders einsetzen für die Befreiung der 16 Millionen, als wenn sie unter Besetzungsregime ständen, wo sie zwar gehört, aber doch nur nebenbei gehört werden. Wir werden Anfang der kommenden Woche, wahrscheinlich schon Sonntag, die Westeuropäische Union in Paris konstituieren. Die Westeuropäische Union kennen Sie, es ist der Ersatz für die EVG, teilweise schlechter, teilweise besser. Es wird ganz darauf ankommen, welche Initiative die Mitglieder aufwenden, um auf diesem Wege doch zu einer Vereinigung Europas zu kommen. Jedenfalls ist die Konstituierung der Westeuropäischen Union auch unter Teilnahme Großbritanniens an diesen Bestrebungen ein Ereignis von größter Bedeutung, ebenso der Eintritt in die NATO, der sich dann anschließen wird.

---

28 Am 5. Mai 1955. – Berichte und die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Ansprachen in AdG 1955 S. 5146f.

Der Eintritt in die NATO wird sich in der Weise vollziehen, daß die bisherigen 14 NATO-Staaten Deutschland zum Beitritt auffordern werden.<sup>29</sup> Dann werden wir unseren Beitritt erklären. Damit wird die Lücke in der Verteidigung gegenüber dem Osten geschlossen sein. Dann wollen wir auch zusammen mit den führenden Mächten der NATO, die genau derselben Ansicht sind, auch noch andere friedliche Ziele der NATO verfolgen. Es soll nicht lediglich ein defensives Militärbündnis, sondern wirklich ein Bund der freien Völker in der Welt sein, um auch in wichtigen Fragen eine gemeinsame Politik zu bestimmen.

Wir von der CDU und CSU haben bei diesem ganzen schweren Werk und bei diesem Weg, den wir in verhältnismäßig wenigen Jahren zurückgelegt haben, den führenden Anteil gehabt. Wir sollten unserer Partei ohne falsche Bescheidenheit auch in der Öffentlichkeit das Hauptverdienst an dieser Entwicklung zuschreiben.

Wir haben jetzt das Jahr 1955. In wenigen Tagen ist der zehnte Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation. Ich bitte Sie, einmal einen Augenblick zurückzudenken an die Stationen dieses Weges, den wir zurückgelegt haben, an die tödliche Zerstörung, an die Hungerjahre, an die Trennung Deutschlands in zwei Teile, an das Entstehen der Bundesrepublik im Herbst 1949. Und jetzt im Frühjahr 1955 werden wir die volle Souveränität wiederbekommen. Wir werden wieder wehrfähig, so daß wir die gleichen Rechte mit den anderen haben und in den entscheidenden Organisationen in Europa und in der Welt mitsprechen können. Wenn Sie an das Unheil denken, das der Nationalsozialismus angerichtet hat, dann sind unsere bisherigen Erfolge wirklich ein einmaliger Vorgang in der Geschichte unseres Volkes, das so tief darniederlag. Dies alles wurde erreicht durch Fleiß und Eifer und eine konsequente Politik trotz aller Störungen, die von seiten der Sozialdemokratie gekommen sind.

Nun möchte ich Ihnen im Hinblick auf das Jahr 1957 noch die großen Aufgaben aufzählen, die wir bis dahin zu lösen haben. Wir müssen eine Sozialreform herbeiführen. Wir müssen auf diesem Gebiet eine Zusammenführung herbeiführen. Soweit ich die Zahl im Kopf habe, hat die ursprüngliche Versicherungsordnung im Laufe der Zeit 1.000 (*Hellwig*: 1.100!) – also 100 mehr – Zusätze bekommen. Das muß nun zu einem Ganzen neu verarbeitet werden.<sup>30</sup> Es muß untersucht werden, ob unsere gegenwärtige Zeit eine solche andere gesellschaftliche Struktur erhalten hat gegenüber der Zeit Bismarcks<sup>31</sup>, als die soziale Frage in dieser Weise gelöst worden ist. Wir müssen in der Frage der Sozialreform eventuell zu neuen Konzeptionen kommen.

Ich habe eben angedeutet, daß die Aufstellung der Wehrmacht auch eine innenpolitische Frage von denkbar großer Bedeutung ist. Die Wehrmacht muß so werden, wie ich es eben gesagt habe, damit der deutsche Staat Bestand haben wird. Wenn sie

29 Konstituierende Sitzung des Rats der WEU am 7. Mai 1955 in Paris (*Kommuniqué* in AdG 1955 S. 5150); Sitzung des Nordatlantikrats vom 9. bis 11. Mai in Paris (EBD. S. 5156f.).

30 Das Gesamtpaket der Sozialreform mußte aufgeschnürt werden; in der 2. Legislaturperiode konnte nur die Rentenreform durchgesetzt werden (vgl. dazu HOCKERTS, insbes. S. 300–319).

31 Otto von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

anders geschaffen wird, dann wird dieser deutsche Staat keinen Bestand haben, dann werden wir in außenpolitische Verwicklungen großen Ausmaßes hineinkommen.

Sobald nun die ersten Funktionen bei der NATO – ich stelle mir vor im Laufe dieses Monats – und bei der Westeuropäischen Union erfüllt sind, werde ich dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, mich als Außenminister zu entlassen. Ich werde ihm dann vorschlagen, Herrn Dr. von Brentano zum Außenminister zu ernennen. Ich werde das tun nicht nur, weil ich das Vertrauen zu Herrn von Brentano habe, sondern auch deswegen, weil ich diesen Teil meiner Arbeit als abgeschlossen – es ist ein Abschnitt – und erledigt ansehe und weil ich mich dann zusammen mit Herrn Blank der großen und schweren Aufgabe, der neuen Wehrmacht, und auch der Sozialreform widmen werde.

Dann wird uns noch vor den Bundestagswahlen sehr stark das Verhältnis Bund und Länder auf dem Gebiet der Finanzen beschäftigen müssen. Es haben sich ganz unerträgliche Verhältnisse herausgebildet. Es sind solche Gegensätze entstanden zwischen dem Bundesfinanzminister und dem Bundestag auf der einen Seite und den Ländern auf der anderen Seite – einschließlich der Länder, die eine CDU-Mehrheit haben –, daß das einfach untragbar ist. Ich erinnere an drei Sitzungen der CDU-Ministerpräsidenten mit dem Bundesfinanzminister; es waren höchst unerfreuliche Sitzungen. Ich glaube, es werden da auch in den Ländern unsere Parteigremien einmal ein Wort mitsprechen müssen. Es darf nicht dazu kommen, daß, wie es z.Z. ist, diejenigen Leute, die ursprünglich keine besonderen Föderalisten waren, nun in den Ländern zu Föderalistern erster Ordnung geworden sind, daß ein Mann wie Schäffer, der ein Föderalist allererster Ordnung war, allmählich zum Zentralisten geworden ist. Ich führe das so konkret an, damit Sie sehen, wie die Dinge im Innern geworden sind. Unsere Partei ist eine föderalistische Partei, aber keine übertrieben föderalistische Partei, und wir wissen, daß auch die Länder zum Teil willkürliche Schöpfungen von Seiten der Besatzungsmacht sind. Auch die Länder müssen sicher ihre Aufgaben erfüllen, aber sie können sie nicht erfüllen, wenn der Bund seine Aufgaben nicht bewältigen kann. Wir werden ferner auf dem Gebiet der Landwirtschaft sehr ernste Aufgaben in Angriff nehmen müssen. Herr Lübke ist leider nicht hier. In der Landwirtschaft ist es so, daß es hier und da Landwirten gutgeht, namentlich großen Landwirten. Aber einem großen Teil, namentlich den kleineren Leuten, geht es nicht gut. Hier steht uns eine große Aufgabe bevor. Ich freue mich darüber, daß Herr Lübke diese Aufgabe sehr klar erkennt und daß er auch bei der Landwirtschaft großes Ansehen genießt. Er ist vielleicht der einzige, den wir in Deutschland haben, der in der Lage ist, diese großen Aufgaben, die sich über Jahre hinaus erstrecken werden, richtig zu erfüllen.

Zum Schluß möchte ich von den Aufgaben, die noch vor uns stehen, das Wahlgesetz nennen.<sup>32</sup> Das Wahlgesetz ist ein sehr heißes Eisen. Man muß aber mit Anstand dabei bestehen können und darf dabei nicht nur an seine Partei denken. Ich möchte

---

32 Das Bundeswahlgesetz wurde am 15. März 1956 vom Bundestag angenommen (BGBl I S. 383).

Ihnen die Anregung unterbreiten, ob nicht der eine oder andere aus dem Parteivorstand zusammen mit der Fraktion sich dieser geheimen Wissenschaft widmen kann. Ich glaube, daß Sie das eine oder andere Gute dazu zu sagen haben werden. Es sieht auch nach außen besser aus, wenn ein Wahlgesetz nicht lediglich von einer Fraktion gemacht wird, deren Weiterbestehen von dem Ausfall des Wahlgesetzes sehr stark beeinflußt wird. Es wird in den kommenden zwei Jahren notwendig sein, daß zwischen der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen und der Gesamtpartei eine möglichst enge Fühlungnahme herbeigeführt wird, damit wir aufgrund gemeinsamer Arbeit in den Wahlkampf des Jahres 1957 eintreten können. Dieser Wahlkampf wird übers Jahr um diese Zeit wahrscheinlich schon in voller Blüte sein. Die nächste Wahl wird nicht nur für uns, sondern auch für das Schicksal Deutschlands entscheidend sein. Wenn sie so ausfällt, wie wir uns das vorstellen, dann wird sie auch dazu beitragen, daß in der Sozialdemokratischen Partei endlich einmal die Klärung eintritt, die schon lange notwendig ist. Die Millionen kommunistischer Stimmen, die früher abgegeben worden sind, sind nicht einfach spurlos verschwunden; sehr viele sind untergetaucht in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften. Sie arbeiten dort, darüber müssen wir uns klar sein. Deswegen schließe ich damit, womit ich angefangen habe: Unsere ganze Arbeit in den nächsten zwei Jahren muß darauf gerichtet sein, daß wir im Jahre 1957 in der politischen Führung Deutschlands bleiben; denn nur dann können wir wirklich dafür sorgen, daß das, was wir seit dem Jahre 1949 geschaffen haben, auch bleibt zum Wohle unseres Vaterlandes. (*Beifall.*)

*Kaiser:* Wir müssen uns überlegen, wie wir uns die Diskussion einteilen. Wir müssen auf jeden Fall die Innenpolitik von der Außenpolitik trennen. Ich hätte gewünscht, Herr Bundeskanzler, daß Sie zu zwei Punkten noch ein paar ergänzende Worte sagen. Mit welchen Weisungen von Ihnen sind Herr Blankenhorn und seine Mitarbeiter nach London gegangen mit Bezug auf die Vorbereitung einer Viererkonferenz?<sup>33</sup> Das berührt auch die Frage der Wiedervereinigung. Wir werden in der Innenpolitik über Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sprechen. Ich würde weiter darum bitten, von Ihnen noch ein ergänzendes Wort über den Verlauf Ihrer Verhandlungen mit Herrn Pinay, insbesondere mit Bezug auf die Saar zu hören.<sup>34</sup> Ferner ist es für den Wahlkampf für Rheinland-Pfalz von Bedeutung, daß wir über die Angelegenheit Röchling<sup>35</sup> sprechen. Ich habe in den letzten Tagen von Kreisen der Saar gehört, wie sehr diese Frage die Bevölkerung an der Saar bewegt.

33 Genfer Viererkonferenz vom 17. bis 23. Juli 1955 (AdG 1955 S. 5263–5276; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 31–62). – Gespräche mit Blankenhorn fanden am 29. April und am 2. Mai statt (TERMINKALENDER).

34 Besprechungen zwischen Adenauer und Pinay am 29. und 30. April 1955 in Bonn (vgl. SCHMIDT 3 S. 159–164).

35 Nach dem Prozeß vor dem französischen Militärtribunal in Rastatt 1948 waren Hermann Röchling, der stets für eine deutsche Saar eingetreten war, sein Neffe Ernst Röchling und sein Schwiegersohn von Gemmingen vom französischen Staat enteignet worden; 10 % der Firma gingen damit in französischen Besitz über. Im November 1954 erteilte die Erbengemeinschaft Röchling einer Schweizer Bank eine Option auf das Völklinger Werk

*Adenauer:* Ich muß ein Versäumnis nachholen. Bei der Fülle des Stoffes habe ich vergessen, etwas über die Saar zu sagen. Ich will das nachholen. Aber etwas darüber zu sagen, welche Instruktionen Herr Blankenhorn für London hat, dazu bin ich nicht in der Lage. Selbst wenn er eine bestimmte Instruktion hätte, würde ich es in einem Kreis von 40 Leuten nicht sagen. Aber ganz davon abgesehen, wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Es wird in der nächsten Woche zunächst in Paris eine Zusammenkunft sein zwischen Dulles, Macmillan<sup>36</sup> und Pinay und mir, wobei einmal über die ganze Weltlage gesprochen wird.<sup>37</sup> Es wird versucht werden, eine Übereinstimmung in der Beurteilung zu erzielen, welches weitere Procedere man in Aussicht nimmt, so daß Sie also die Besprechungen in London gar nicht so tragisch zu nehmen brauchen. Diese Besprechungen in London gaben – ich drücke mich vielleicht ein bißchen zynisch aus – den Zeitungen Stoff, Artikel darüber zu schreiben, aber glauben Sie mir, sie werden die Weltgeschichte nicht verändern.

Zur Saarfrage möchte ich im Hinblick auf den Wahlkampf in Rheinland-Pfalz folgendes an die Spitze stellen: Im Saargebiet regiert in Wirklichkeit Frankreich. Ich darf Sie daran erinnern, daß das Frankreich von Amerika und England auf der Moskauer Konferenz im Jahre 1947 gestattet worden ist. Damals hat Frankreich in Moskau die Abtretung der Saar an Frankreich verlangt. Amerika und England haben ja gesagt. Rußland hat nein gesagt, aber nicht etwa – ich habe das später gehört – als freiheitsliebender Staat, sondern Rußland hat eine Gegenbedingung gestellt und gesagt: Ich bin damit einverstanden, daß das gesamte Ruhrgebiet internationalisiert wird, d.h. also, daß es auch unter russische Aufsicht kommt. Das aber wollten die anderen nicht; und so ist es dabei geblieben. Die anderen haben nun Frankreich gestattet, den Zustand herbeizuführen, der jetzt an der Saar herrscht. Sie haben gleichzeitig zugesagt, daß sie bei den Friedensvertragsverhandlungen die Wünsche Frankreichs in bezug auf die Saar unterstützen würden. Jetzt aber werden – um das immer wieder zu wiederholen – die politischen Freiheiten an der Saar wiederhergestellt. Sie werden garantiert durch den europäischen Kommissar, der dem Ministerrat der Westeuropäischen Union verantwortlich ist. Es bekommt jede Partei und jeder

mit einem Kaufpreis von 200 Millionen sfr bzw. DM, um durch diesen Druck eine politische Entscheidung in dieser unbefriedigenden Lage zu erzwingen. Aufgrund der unklaren Haltung der französischen Regierung blieb das Interesse möglicher Übernahmegruppen gedämpft (Schneider-Creuzot, Ugine, Chatillon-Commentry, Banque de Paris et des Pays Bas). – 1955 erhob Frankreich Anspruch auf 60 % der Werke. In den Verhandlungen zwischen Pinay und Adenauer am 29. und 30. April 1955 in Bonn wurde schließlich am 3. Mai ein Abkommen fixiert, wonach sich an dem Werk die Bundesrepublik und Frankreich mit je 50 % beteiligen; eine endgültige Regelung war allerdings damit nicht erreicht. Zu Einzelheiten vgl. SCHMIDT 3 S. 73–107; SCHNEIDER S. 440, 504–508.

36 Harold Macmillan (1894–1984), britischer Politiker (Konservativer); 1924–1929 und 1931–1964 Mitglied des Unterhauses, 1951–1954 Minister für Hausbau und innere Verwaltung, 1954–1955 für Verteidigung, 1955 Außenminister, 1955–1957 Schatzkanzler, 1957–1963 Premierminister.

37 Vgl. Anm. 29. Adenauer hielt sich vom 7. bis 12. Mai in Paris auf.

Bewohner der Saar das Recht, im Wege der Klage vorstellig zu werden, wenn er glaubt, in seinen politischen Freiheiten verletzt zu sein.

Mit Herrn Pinay haben wir über die Rechte des europäischen Kommissars verhandelt. Die Verhandlungen sind – wir sprechen hier unter uns – zu unserer Zufriedenheit verlaufen, wenn auch, wie ich zugebe, erst nach hartem Kampf, weil Herr Hoffmann die französische Regierung dahin unterrichtet oder ersucht hatte, das und das nicht zu tun, um dem europäischen Kommissar möglichst wenige Vollmachten zu geben. Nun aber bekommt die Saarbevölkerung das Recht, ganz frei ihre Meinung zu den Bestimmungen des zukünftigen Friedensvertrages zu sagen. Wenn es bis dahin gelingt – ich unterstreiche das Wenn –, die Saarbevölkerung dazu zu kriegen, bei den Landtagswahlen, wenn nicht bei den ersten, dann bei den zweiten so zu stimmen, daß die überwiegende Mehrheit für die Rückkehr zu Deutschland ist, dann wird der Friedensvertrag diese Bestimmung enthalten. Dann wird man vorher von seiten der Verhandlungsteilnehmer über den Friedensvertrag Fühlung nehmen. Natürlich wird auch Deutschland dabei sein. Wenn Deutschland sagt, die Mehrheit des Landtages hat ausdrücklich erklärt, sie will nach Deutschland zurück, dann kommt die Saar auch zurück. Das ist ein so ungeheuerer Vorteil gegenüber der gegenwärtigen Situation, daß ich gar nicht verstehe, wie sich einer dagegen wehren kann und lieber die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes haben will. Das ist mir völlig unverständlich. Das geht in erster Linie an die Adresse unseres „Freundes“ Dehler.<sup>38</sup>

Nun zum Fall Röchling! Den weitesten Teilen ist folgende Tatsache unbekannt: Die Werke in Völklingen stehen seit dem Zusammenbruch unter französischem Sequester. Ein Teil der Dinge dort war durch die Brüsseler Stellen den Franzosen zur Demontage zugesprochen worden. (*Kaiser*: Nicht dokumentiert!) Es ist wohl dokumentiert, Herr Kaiser! Es steht in der Liste dieser Brüsseler Institutionen, welche Sachen und wie sie abgeschätzt sind. Das sind Tatsachen, an denen man nicht vorbeigehen kann. Das gilt auch für die Fabriken, die mit der Summe verzeichnet sind. Ich kann Ihnen die genaue Summe nicht angeben, sie beläuft sich auf etwa 40 Millionen. Das Werk ist veraltet. Es hat einen Wert einschließlich der Teile, die Frankreich schon zugesprochen sind – und zwar übereinstimmend geschätzt von deutschen und französischen Sachverständigen, ohne daß sie miteinander Fühlung genommen haben –, von 130 bis 140 Millionen DM. Die Erbengemeinschaft Röchling umfaßt etwas über 70 Personen. Diese Erbengemeinschaft Röchling hat im November 1954 ohne Wissen der Bundesregierung der französischen Regierung eine Option gegeben für das Ganze gegen Zahlung von 200 Millionen Schweizer Franken. Ein sehr gutes Geschäft, meine Damen und Herren! Nationalgefühl in allen Ehren, aber eine solche Option der französischen Regierung zu geben, ohne mit der Bundesregierung vorher überhaupt Fühlung zu nehmen, ohne ihr ein Wort davon zu sagen – ich habe die Option selbst in Händen gehabt, ich kann Ihnen, wenn Sie wollen, eine Kopie

---

38 Vgl. dazu KLINGL S. 176–202, insbes. S. 176–183.

davon beschaffen –, das ist nicht gerade ein Zeichen dafür, daß das Nationalgefühl allen Angriffen von Gold und Silber standhält. Wir wollen den Krach nicht anfangen, aber die Erbengemeinschaft Röchling soll nun gar nicht sagen: Wir sind die nationalen Leute, die nun standhalten und als Deutsche hierbleiben wollen. Im November 1954 – 200 Millionen Schweizer Franken – und sie gingen weg!

Nun ist die Familie Röchling – ob zu Recht oder zu Unrecht kann ich nicht untersuchen – in Frankreich außerordentlich verhaßt. Es sind zwei Mitglieder der Familie Röchling wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden. Ob das richtig ist, was Pinay gesagt hat, was ihnen vorgeworfen wird und was auch festgestellt wird, kann ich nicht beurteilen. Jedenfalls wenn das wahr ist, kann man verstehen, daß ein solcher Haß gegen den Namen Röchling da besteht.

Nun hat Herr Pinay vor dem Senat auf Verlangen die Erklärung abgegeben, er werde die Urkunden in Bonn nicht hinterlegen, wenn nicht vorher die Sache Röchling erledigt wäre, und zwar so erledigt wäre, daß kein Mitglied der Familie Röchling in einer entscheidenden Stellung beim Werk beschäftigt ist und somit das ganze Unternehmen nicht mehr in der Hand der Erbengemeinschaft Röchling bleibe. Der Präsident des Senats hat in einer ganz ungewöhnlichen Weise – das ist alles gedruckt, das sind keine Angaben von Pinay, sondern es ist das Protokoll der Verhandlungen – erklärt, es sei also ein Vertrag zwischen dem Senat und der französischen Regierung geschlossen, daß die Verträge nur dann hinterlegt würden, wenn diese Bedingungen erfüllt seien. Herr Pinay hat mir gesagt, es hätte ihm sonst aussichtslos erschienen, eine Mehrheit im Senat zu bekommen, wenn er nicht vorher diese Erklärung abgegeben hätte.

Dann war Herr Pinay in London; dort haben die Engländer – hinter den Engländern standen die Amerikaner – auf ihn gedrückt, daß er sich verpflichtete, am 5. Mai hier in Bonn die Verträge zu hinterlegen. So war also die Lage des armen Herrn Pinay die: Er war dem Senat gegenüber diese Verpflichtung eingegangen, demgegenüber stand die Forderung zum 5. Mai. Wir waren am 29. und 30. April zusammen. Wir hatten gleichzeitig ins Haus hierher gebeten die Vertreter der Erbengemeinschaft Röchling, die durch den Rechtsanwalt Otto Kranzbühler<sup>39</sup> geführt waren, der Ihnen allen bekannt ist – ein sehr ernstzunehmender Mann, aber ein sehr kalter Mann, der weiß, was er will und was er tut. Ich hatte Herrn Abs gebeten, den Versuch zu machen zu vermitteln. Es galt zunächst, zwischen den Franzosen und uns ein Einvernehmen herbeizuführen. Für uns erschien es aus nationalen Gefühlen nicht möglich, dieses Werk einfach ganz in französische Hände kommen zu lassen. Die Belegschaft des Werkes hat sich deshalb

---

<sup>39</sup> Otto Kranzbühler (geb. 1907), Flottenrichter, Rechtsanwalt; als Verteidiger bei den Nürnberger Prozessen hervorgetreten. Kranzbühler konnte zusammen mit Professor Wahl und dem Oberlandesgerichtspräsidenten von Hannover, Freiherr von Hodenberg, in einem Gespräch mit Adenauer die Anerkennung der alliierten Kriegsverbrecherurteile im Deutschlandvertrag verhindern.

auch an uns gewandt, weil der französische Einfluß für die Hüttenindustrie an der Saar wirtschaftlich sehr stark gewesen wäre. Es ist dann zunächst gelungen, zwischen den Franzosen und uns ein Übereinkommen dahin zu erzielen, daß die Franzosen und wir je 50 % der Anteile erwerben. Ich habe bei Kapitalisten nicht die Sorge, daß sie, auch wenn sie 50 : 50 stehen, deswegen nicht zusammenarbeiten. Das sind keine Politiker in dem Sinne, daß sie ihre Prinzipien unter allen Umständen durchführen wollen, es sei denn, man betrachtet als ihr Prinzip, daß sie mit dem Kapital Geld verdienen wollen. Deswegen finden sie sich auch zusammen, ohne daß eine Stichentscheidung kommt. Die Franzosen wollten zunächst eine französische Mehrheit. Es ist aber dann gelungen, 50 : 50 herbeizuführen.

Nun galt es noch, das Einvernehmen der Erbengemeinschaft Röchling zu einem solchen Verkauf herbeizuführen. Die Franzosen hatten vorher erwogen, um den Termin der Hinterlegung vom 5. Mai unter allen Umständen festhalten zu können – wenn eine Übereinkunft zwischen uns und der Erbengemeinschaft nicht zustande käme –, eine sogenannte „solution de force“ zu machen, d.h. also durch irgendeinen gesetzgeberischen Akt. Ob das moralisch oder juristisch anfechtbar gewesen wäre, kann ich nicht entscheiden. Man wollte also das Ganze in französisches Eigentum überführen, und zwar war abzurechnen der normale Kaufpreis. 200 Millionen Schweizer Franken sind von unserem Standpunkt aus unanständig; sagen wir 140 Millionen DM oder Schweizer Franken, die im Kurs ungefähr gleich stehen. Man hat ausgerechnet, daß zugunsten der Erbengemeinschaft der Rest von etwa 40 Millionen zu hinterlegen sei bei irgendeiner Stelle im Saargebiet. Es sollte der Erbengemeinschaft überlassen bleiben zu sehen, wie sie an dieses Geld käme. Es lag mir sehr viel daran, diese „solution de force“ zu verhüten.

Ich habe eben gesagt, zu welchen Ergebnissen wir mit Herrn Pinay gekommen sind. Die Röchlings haben aber dann für die „solution de force“ auf einmal geschwärmt und gesagt, daß sie Deutsche wären, und sie würden damit doch durchdringen. Kurz und gut, sie spielten im Gegensatz zu ihrer Haltung im November 1954 plötzlich den starken Mann. Sie verlangten trotz aller nationalen Gefühle von uns, daß es die Bundesrepublik zu einer „solution de force“ kommen lassen sollte. Sie sollte eine Garantie übernehmen, wonach die Röchlings schadlos blieben, so daß wir also schließlich folgendes Ergebnis gehabt hätten: Es wäre zu einer „solution de force“ gekommen, die Röchlings verlieren keinen Groschen dabei, wir bezahlen den ganzen Kitt, und das ganze Werk ist in den Händen der Franzosen.

Ich weiß nicht, ob Sie die Option vom November 1954 kennen, in der steht, daß sie frei und ungezwungen diese Option machen. Das haben sie ausdrücklich geschrieben. Es ist aber schließlich gelungen, zu einer Übereinkunft zu kommen; es hat allerdings bis nachts um 12.00 Uhr gedauert. Da konnten wir es erst der Presse geben, weil die Röchlings noch verschiedene unkeusch Forderungen stellten. Ich bitte die anwesenden Damen um Entschuldigung, aber es war wirklich unkeusch. Sie haben von mir verlangt, ich sollte mich dafür einsetzen, daß alles steuerfrei bleibe, unbeschadet unserer Gesetze. Das konnte ich ihnen nicht zusagen. Aber schließlich

haben die einen Brief geschrieben, und ich habe einen Brief geschrieben. Ich habe an Herrn Pinay einen Brief geschrieben, und um 12.00 Uhr waren wir fertig.<sup>40</sup>

Ich glaube, die Lösung, wie sie jetzt erfolgt ist, ist tragbar. Ich darf die Hauptmomente nochmals in Ihr Gedächtnis zurückrufen: Im November 1954 gaben die Röchlings Frankreich die Option, frei und ungezwungen, für das Ganze. Frankreich hätte aufgrund dieser Option nur ja zu sagen brauchen, dann wäre die ganze Geschichte an Schneider-Creusot und ein anderes Werk übergeben worden.

Nun das Ergebnis: Das Werk kommt zur Hälfte an Frankreich und zur Hälfte an uns. Wir wollen natürlich versuchen, es an deutsche Unternehmungen weiterzugeben. Das sollen aber keine Staatsbetriebe sein. Ebenso will auch Frankreich das versuchen, so daß sich vielleicht eine Gelegenheit zu einer Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen Wirtschaft ergeben wird. (Weber: Was müssen wir bezahlen?) Die Hälfte, 100 Millionen Schweizer Franken. Die Röchlings machen bei dem Ganzen einen Profit von mindestens 60 Millionen. Wir stehen also pari : pari. Die Röchlings haben zugestimmt. Wir haben verhindert, daß das ganze Werk in rein französische Hände gekommen ist. Wir haben einen sehr unangenehmen Streitpunkt zwischen Frankreich und Deutschland aus der Welt geschafft. Wir haben verhindert, daß die „solution de force“ gekommen ist, die eine sehr schlechte Sache für das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland und auch für die Westeuropäische Union gewesen wäre.

Ich möchte noch ein Wort über Pinay sagen. Ich habe Pinay schon früher gekannt, als er Ministerpräsident war. Ich habe von ihm einen außerordentlich guten Eindruck bekommen. Herr Pinay ist nach meiner Überzeugung fest entschlossen, trotz gewisser Widerstände in Frankreich, auch im jetzigen Kabinett zusammen mit den MRP-Mitgliedern, wie Schuman, Pflimlin usw., dafür zu sorgen, daß das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland gut wird und daß wir zusammenarbeiten. Die ganzen Besprechungen während der zwei Tage waren sehr anstrengend, aber ich glaube, sie haben sich gelohnt. Ich bin insbesondere darüber glücklich, daß in dieser Angelegenheit Völklingen etwas herausgekommen ist, womit Frankreich und Deutschland zufrieden und die Röchling-Erbengemeinschaft glücklich sein können.

Kaiser: Ich bin für diese Ergänzungen sehr dankbar; sie waren notwendig für die Urteilsbildung. Ich hätte gewünscht, daß der Bundeskanzler von dieser Auseinandersetzung zwischen Frankreich und der Firma Röchling hätte freibleiben können. Ich verstehe, daß das mit dem Blick auf die Gesamtpolitik sehr schwer war, aber Sie hatten vor, sich davon zurückzuhalten und sich nicht einzumengen. In der Beurteilung der Welt wird es heißen, Frankreich hat bis zum Schluß – ich sage ein scharfes Wort, es ist von englischer und amerikanischer Seite ausgesprochen worden – erpreßt für die Zwecke seiner Politik.

---

40 Vgl. Anm. 35. Zu den Verhandlungen im einzelnen SCHMIDT 3 S. 101ff. – dort auch das amtliche Schlußkommuniqué.

Für mich ist es wichtig, wie sich das auf die Bevölkerung der Saar auswirkt. Ich bedaure, daß der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz nicht hier sein kann; denn nicht zuletzt hat er an den Kanzler im Sinne der Erhaltung der Röchlingwerke noch appelliert. Dazu noch eine Frage! Hat der Nebenbetrieb in Neunkirchen, der in den Händen von Otto Wolff<sup>41</sup> ist, auch eine Rolle gespielt? (Adenauer: Nein!) Es gibt ein Wort von der „Goldenen Internationale“. Es ist erstaunlich, daß über Neunkirchen keine Diskussion und kein Lärm entstanden ist.

*Hellwig*: Ich kann nicht zu allen Fragen über Röchling Stellung nehmen. Ich kenne manche französischen Zielsetzungen aus den Verhandlungen der Firma Röchling, die mir allerdings zeigen, daß es nicht nur eine kommerzielle und auf die Saar beschränkte politische Sache ist. Aus einem Stadium der Verhandlungen weiß ich, daß die französische Seite verlangte, es solle sich nicht nur um die Völklinger Werke der Firma Gebr. Röchling GmbH – das ist die Dachgesellschaft –, sondern auch um die deutschen Beteiligten dieser saarländischen Hüttenfirma im Bundesgebiet, und zwar zu 50 % die Buderuswerke in Wetzlar und zu 50 % das Karl-Alexander-Werk im Aachener Revier handeln.

Dieses Problem ist dann nicht mehr zur Diskussion gekommen. Zur Begründung der Tatsache, daß man die Gewerkschaft Karl-Alexander im Aachener Revier dabeihaben wollte, wurde von französischer Seite gesagt: Wir wollen endlich klare Verhältnisse im Aachener Revier schaffen, weil die Röchlingbeteiligung die letzte ist im Aachener Revier.

Das wollte ich sagen zur Beleuchtung der Stimmung, in der die Firma Röchling die Auseinandersetzungen zu führen hatte. Ich habe keinen Auftrag und habe auch nicht mit Angehörigen der Familie sprechen können, mache aber auf folgendes aufmerksam: Bei den über 70 Gesellschaftern sind auch Schweizer und Niederländer, also Leute ohne deutsche Staatsangehörigkeit, und ich weiß nicht, ob die Zustimmung, die von der Seite her Schwierigkeiten machen könnte, schon erledigt ist. Ich glaube, daß die Mitwirkung der Bundesregierung nicht zu vermeiden war.

*Adenauer*: Ich verkenne keineswegs, daß es für die Familie Röchling auch eine nicht im materiellen Wert sich auswirkende Belastung war, auf ihre Stellung an der Saar zu verzichten, aber, was ich der Firma Röchling insbesondere übelnehme, ist doch, daß sie im November 1954 frei und ungezwungen – wie ausdrücklich dort steht – diese Option der französischen Regierung gegeben hat, ohne mit uns irgendwie Fühlung zu nehmen, und ohne daß wir überhaupt etwas davon gewußt haben. Deswegen kann unter keinen Umständen der Vorwurf erhoben werden, daß wir etwa die Firma oder die Familie Röchling als Deutsche im Stich gelassen oder gezwungen hätten. Was sie jetzt getan hat, das hat sie bereits im November 1954 ohne unser Wissen auch getan.

---

41 Otto Wolff von Amerongen (geb. 1918), Kaufmann. – Der Otto-Wolff-Konzern besaß das Neunkirchener Eisenwerk, das bis zum 13. Oktober 1955 unter französischer Sequesterverwaltung war.

Herr Kaiser sagt, ich hätte seinerzeit erklärt, ich hielte mich da heraus. Lieber Herr Kaiser! Können Sie denn bei solchen Dingen von vornherein sagen: Ich mische mich da hinein? Es ist doch viel besser, wenn man sagt, ich halte mich heraus. Und wenn sich Gegebenheit und Gelegenheit bieten, mischt man sich doch hinein. Aber das darf man doch keinem vorhalten! Es war ein kleiner Vorwurf, daß ich nicht meinem Standpunkt treu geblieben sei. Was heißt schließlich in nebensächlichen Dingen prinzippetreu? Da muß man eben die Gelegenheit beim Schopfe nehmen. Als ich sah, daß sich eine Möglichkeit bot, für Deutschland die Hälfte des Einflusses zu retten, da wäre es von mir ganz falsch gewesen, keinen Gebrauch davon zu machen.

Sie haben recht, Herr Hellwig, es sind Holländer, Schweizer und noch jemand anderer Nationalität dort; aber auf der anderen Seite sind 200 Millionen Schweizer Franken allerhand Geld. Das werden sie sich also überlegen. Es schien als sicher, daß sie es fertigbekommen. Die Option ist meiner Erinnerung nach für zwei Monate gegeben worden.

*Hellwig:* Nach meiner Kenntnis war das Auswärtige Amt über die Option unterrichtet. Die Verhandlungen begannen im April 1954. Damals war das Auswärtige Amt unterrichtet worden, als diese letzten Verhandlungen der Option waren.

*Adenauer:* Dann wäre es doch um so eher notwendig gewesen. Die Leute sagten, wir stehen im Begriff, eine Option zu geben.

Und nun zur Diskussion! Sollen wir sie so einteilen: 1. Niedersachsen; (*Zuruf:* Rheinland-Pfalz!) Über Rheinland-Pfalz ist nur noch wenig zu sagen. (*Weber:* Hier sitzt Herr Süsterhenn!) 2. Innerparteiliche Entwicklung, die Organisation und die innere Struktur unserer Partei.

Es scheint mir sehr notwendig zu sein, namentlich zu sprechen über die Werbung von Mitgliedern und über das weltanschauliche Fundament. Wir könnten dann anschließend über die außenpolitischen Dinge und über die kommenden Aufgaben sprechen.

*Cillien:* Herr Bundeskanzler! Es ist schwierig, von der Weltlage auf das kleine Ländchen Niedersachsen zurückzukommen. Sie haben uns eine außerordentlich gute Anerkennung ausgesprochen, die eigentlich über das bei Ihnen übliche Maß hinausging. Wir haben das beschämt zur Kenntnis genommen. (*Adenauer:* Sie haben mehr geleistet als früher!) Sie haben die wesentlichsten Punkte genannt, die uns im letzten Jahre Schwierigkeiten gemacht haben.

Die SPD hatte immer ihr Hauptquartier dort. Herr Kopf hat eine völlig unverdiente, aber kaum zu erschütternde Popularität in diesem Lande. Es hat sich gezeigt, daß die Emnid-Untersuchungen nicht so waren wie in anderen Ländern. Herr Kopf hat uns vielleicht einen Dienst getan, indem er erklärt hat, wir wollen den Wahlkampf auf außenpolitischem Gebiet führen – just das, was er bei früheren Landeswahlkämpfen der CDU zum Vorwurf gemacht hat. So hatten wir eine bessere Grundlage, nun auf diesem Gebiet aufzutreten.

Am Abend der Wahl und am nächsten Tage war es noch durchaus unsicher, was werden sollte. Die Ergebnisse waren nicht so unbedingt klar. Vielleicht interessiert

es die Damen und Herren, daß wir einige Wochen vor der Wahl mit der DP und der FDP ein Abkommen getroffen hatten, daß keine der beiden Parteien für sich allein Regierungsverhandlungen führen durfte. Es hat sich gezeigt, daß das der eigentlich entscheidende Punkt gewesen ist, der uns die Möglichkeit gegeben hat, zu dritt vorstellig zu werden. Herr Kopf hat zunächst sicher nicht geglaubt, daß er überhaupt in seiner Position erschüttert werden könnte. Nachher wurde deutlich, daß er wirklich entschlossen war, um seine Position bis zum Äußersten zu kämpfen. Er hat sogar mit mir ein fünfviertelstündiges Gespräch geführt, obwohl wir seit Jahr und Tag kaum miteinander gesprochen haben. Er hat mir eine Koalition SPD/CDU vorgeschlagen; das wäre das richtigste, worauf ich nur antworten konnte, diese Chance habe er damals verspielt, als er es uns unmöglich gemacht hätte, in seinem Kabinett zu bleiben.<sup>42</sup>

Dann hat er einen sehr törichten Satz ausgesprochen, nämlich, es ginge nicht an, gegen 35 % der Bevölkerung zu regieren. Darauf erwiderte ich: Das hätten Sie nicht sagen sollen; denn nun muß ich antworten, es war unklug, jahrelang gegen 65 % der Bevölkerung zu regieren. Er war überhaupt unbeholfen und unklar. Ich sagte ihm, wenn es zu einem Gespräch käme, müßten wir uns über außenpolitische Fragen unterhalten. Darauf sagte er, nun ja, die Pariser Verträge sind ja verabschiedet, über diese Dinge sind wir hinweg.

Als wir am Sonnabend in unserer neuen Fraktion den Beschuß faßten, einer solchen Vereinbarung nicht zuzustimmen, hat er mir später durch seinen Staatssekretär Nachricht zukommen lassen, dann schlage er vor, die Führung natürlich bei der stärksten Fraktion zu lassen, aber in außenpolitischen Dingen könne sich die SPD ja überstimmen lassen. Ich glaube, damit hört es auf, eine vernünftige politische Linie zu verfolgen, wenn er uns zutraut anzunehmen, daß in entscheidenden außenpolitischen Fragen die SPD sich überstimmen lasse. Wir sind außerordentlich maßvoll gewesen. (*Adenauer*: Wollen Sie nicht erzählen, was er dem Herrn von Kessel gesagt hat?) Er soll dem Herrn Kessel angeboten haben, daß er Ministerpräsident werden könnte.<sup>43</sup>

*Adenauer*: Herr Cillien, darf ich es sagen, wenn Sie sich schämen! Er hat Montag früh den Herrn von Kessel angerufen und ihm gesagt, es ist alles beim alten geblieben. Dieser sagte: Wieso? Darauf hat er erklärt: Wieso denn nicht? Der Ministerpräsident wird gewählt in geheimer Wahl. Für mich werden stimmen die Kommunisten, der Zentrumsmann und die DRP. Und das sieht keiner einem Stimmzettel an. Es bleibt alles, wie es ist. Also, er rechnete auf die Stimmen der DRP! Und dann hat er, nachdem er in Bonn bei seinem Parteivorstand war, dem Herrn von Kessel angeboten, Ministerpräsident zu werden.

*Cillien*: In einem späteren Stadium hat er die Dinge so sehen wollen, daß die DRP sich mit dem BHE anschließen solle, damit die FDP nicht in unmittelbare

42 Die CDU war am 13. August 1950 aus der Koalitionsregierung unter Kopf (SPD) ausgetreten, weil die SPD auf einer Änderung des Wahlgesetzes bestand, das es CDU und DP bisher ermöglicht hatte, sich die 95 Direktwahlkreise zu teilen (vgl. FRATZSCHER S. 92).

43 Friedrich von Kessel (vgl. Nr. 2 Anm. 22) gehörte dem BHE an.

Berührung mit dieser Gruppe kam. Es war für uns nicht ganz leicht, auf den Posten des Ministerpräsidenten zu verzichten; denn wir haben 43 Abgeordnete und die DP hat 19. Dazu kommt – das muß man aussprechen in bezug auf die Dinge, die vielleicht auf uns zukommen –, daß unser Vertrauen zu Heinrich Hellwege hinsichtlich einer guten und starken Führung nicht unbegrenzt ist. (*Heiterkeit.*) Wir werden wahrscheinlich den stellvertretenden Ministerpräsidenten stellen. Ein ganz entscheidender Punkt ist folgender, ein Gedanke, der bei mir aufgetaucht ist, als wir das Wahlergebnis gesehen haben: Wenn wir die bisherige Fraktionsgemeinschaft CDU/DP aufrechterhalten, sind wir die stärkste Fraktion im Landtag. Dann können wir ohne moralische Einbußen den Präsidenten des Landtages stellen, und zwar möchte ich haben, daß wir es mit vollem Recht tun können und nicht so etwas verschweigen, wie man das in Schleswig-Holstein getan hat.<sup>44</sup> Das würde mir nicht ganz liegen.

Es wird also darauf ankommen, daß die Fraktionsgemeinschaft zwischen der CDU und der DP fortgesetzt wird. Herr Bundeskanzler! Darüber ist vielleicht in diesen Tagen noch ein Wort mit Herrn Hellwege zu wechseln; denn mir gegenüber hat er lediglich erklärt, meine Leute werden für Herrn Hofmeister stimmen.<sup>45</sup> Das aber reicht nicht aus, sondern es muß eine echte gemeinsame Fraktion entstehen. Darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Nur wenn ein Mann von uns Landtagspräsident wird, ist es möglich, in dieser völlig roten Gegend einen einigermaßen richtigen Kurs zu finden. Sie werden fragen, wie die Ministerien verteilt werden sollen! Wir sollen bekommen das Innenministerium, das Finanzministerium, das Verkehrsministerium und das Sozialministerium, wobei für das Sozialministerium noch kein unbedingt geeigneter Mann vorhanden ist. Dr. Fricke will sich mit dem Verkehrsministerium begnügen, was keine große Bedeutung hat. Ich lege größten Wert darauf, daß er ins Kabinett einzieht, um im Kabinett den Verkehr zu regeln.<sup>46</sup> Das ist die eigentliche Aufgabe, die er übernehmen muß. Innenminister wird Herr Präsident Wegmann. Wir beanspruchen, daß er zugleich stellvertretender Ministerpräsident wird. Der BHE ist niemals bescheiden gewesen; er hat trotz Mandatsverminderung gesagt, er wolle drei Posten haben. Darum geht der Kampf. Er hat vorläufig nur zwei zugebilligt bekommen. Wie die Entscheidung in der Fraktion heute sein wird, weiß ich noch nicht. Schmerzlich ist, daß wir das

44 Am 11. Oktober 1954 war Walther Böttcher (CDU) zum Landtagspräsidenten gewählt worden. Der in den vergangenen vier Legislaturperioden amtierende Abgeordnete der SPD, Karl Ratz, hatte nur 27 Stimmen von 69 erreicht; 4 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten. CDU und SPD hatten jeweils 25 Mandate.

45 Der bisherige CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Hofmeister wurde am 26. Mai 1955 mit 87 von 157 gültigen Stimmen zum Landtagspräsidenten gewählt.

46 Neben dem Innenministerium (August Wegmann) besetzte die CDU das Ressort für Finanzen (Helmut Andreas Koch) und für Soziales (Heinz Rudolph), das für Wirtschaft und Verkehr übernahm Hermann Ahrens (GB/BHE), für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Friedrich von Kessel (GB/BHE), für Justiz Richard Langeheine (DP), für Aufbau Konrad Mälzig (FDP), für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte Erich Schellhaus (GB/BHE), für Kultus Leonhard Schlüter (FDP).

Kultusministerium nicht in die Hand bekommen. Dafür gibt es gewisse Gründe, die ich akzeptiere, aber für unsere Wähler ist nicht ohne weiteres Verständnis dafür vorhanden, zumal es ausgerechnet in die Hand eines FDP-Mannes, eines 34jährigen Verlegers, kommen soll, der nicht die geistige Potenz darstellt, die wir gern an diesem Platz sehen möchten, nachdem wir uns nun jahrelang mit dem Schulgesetz abfinden mußten. (*Adenauer*: Der Mann ist unmöglich!) Ja, Herr Bundeskanzler, aber soweit ich die Dinge überschauen kann, wird es daran scheitern; denn die FDP hat sonst überhaupt keinen Mann. Und dieser Herr Schlüter<sup>47</sup> klammert sich an das Kultusministerium. Im übrigen ist es hier im Hause nicht unbekannt, seit Monaten, daß das gefordert würde. Es sollen auch gewisse Zugeständnisse gemacht werden sein von Leuten, von denen ich das nicht ohne weiteres erwartet hätte. (*Adenauer*: Von wem denn?) Herr Dr. Krone? (*Krone*: Von mir nicht!) Haben Sie nicht darüber gesprochen, als die Generalvikare hier waren? (*Krone*: Darüber nicht, sondern nur in der Sache, daß man das Schulgesetz nicht in den Mittelpunkt der Verhandlungen schieben solle, aber nicht in der Personalfrage!) Dann wird Herr Wegmann noch ein Wort dazu sagen. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, soweit ich die Dinge überschau, wird alles scheitern, wenn nicht das Kultusministerium der FDP gegeben wird. Sie haben zugegeben, daß der Staatssekretär von uns gestellt werden soll. Es soll nichts geschehen, bis das Urteil von Karlsruhe vorliegt.<sup>48</sup> Es sind gewisse Zusagen, aber es ist nicht das, was wir erhofft haben.

Herr Bundeskanzler! Sie pflegen immer zu sagen: Wer die Mehrheit hat ... Die Mehrheit haben wir nicht. Wir müssen mit diesen Leuten zusammen die Dinge durchführen, d.h. durchzuführen versuchen. Wir selbst haben zugestimmt am Sonnabend in einer Fraktionssitzung. Wir warten nun auf Nachricht, ob der BHE auch zustimmen wird. Herr von Kessel und Herr Ahrens spielen eine große Rolle. Jetzt sind Sie etwas überrascht? (*Adenauer*: Nein, gar nicht!)

*Tillmanns*: Das Wahlergebnis in Niedersachsen zeigt, daß die CDU 437.000 Stimmen weniger bekommen hat als bei der Bundestagswahl im Jahre 1953. Es zeigt aber andererseits, daß keine der anderen Parteien diese Stimmen gewonnen hat. Die SPD hat leicht zugenommen, und die FDP hat 4.000 Stimmen mehr erhalten. Das sind ganz geringe Zunahmen. Man kann feststellen, daß der Stimmenverlust der CDU gegenüber der Bundestagswahl 1953 im Grunde genommen von keiner anderen Partei gewonnen worden ist.

Wir haben 437.000 Stimmen verloren. Insgesamt sind gegenüber der Bundestagswahl 1953 484.000 weniger Stimmen abgegeben worden, d.h., der gesamte Rückgang

47 Leonhard Schlüter (1921–1980), 1951–1959 MdL Niedersachsen (zunächst DRP, 1954 stv., 1955–1956 Vorsitzender der FDP-Fraktion, 1956 unabhängig), 26. Mai bis 11. Juni 1955 Kultusminister. Die Wahl Schlüters führte zum Rücktritt von Rektor und Senat der Göttinger Universität sowie des Rektors der TH Braunschweig. – Vgl. Heinz-Georg MARTEN: Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahre 1955. Göttingen 1987.

48 Vgl. Anm. 55.

der Wahlbeteiligung überhaupt ist – von einigen Prozenten abgesehen – ein Mindererfolg der CDU gewesen. Daraus ergeben sich sehr entscheidende Folgerungen für unsere Partei. Keine Partei ist so wie wir auf eine hohe Wahlbeteiligung angewiesen, und keine Partei wie wir hat die Chance, die politisch fluktuierenden Elemente im deutschen Volk, die sich noch keiner Partei verbunden fühlen, durch eine gute Propaganda zu gewinnen. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt für weitere Überlegungen hinsichtlich der Stärke der CDU. Das Wahlergebnis in Niedersachsen sollte uns einiges zu denken geben!

Unser Verhältnis zu anderen Parteien! Ich bin nicht geneigt, das tragisch zu nehmen, was man bei Wahlkämpfen in den Flugblättern verbreitet, aber ich möchte doch sagen, daß nach meinem Eindruck wohl das Gehässigste, was gegen die CDU in den Flugblättern geäußert worden ist, in einem Flugblatt der FDP gestanden hat. Dort wurde nebeneinandergestellt, wie die Politik durch eine schwarze und durch eine rote Brille aussieht, und wer durch keine von beiden Brillen sehen will, der soll ohne Brille die FDP wählen. Wörtlich heißt es da:

„Die Wiedervereinigung der CDU beginnt mit der Separation der Saar und endet mit der Abschreibung der protestantischen Bevölkerung in der Sowjetzone.“

Hier ist wieder in Erscheinung getreten, daß man uns nationale Unzuverlässigkeit von seiten der FDP vorwirft. Es ist auch eine sehr schwere konfessionelle Hetze.

Beinahe ebenso stark hat dieses Element die DP in ihrer Propaganda benutzt. Die DP hat in einem Flugblatt bzw. durch einen prominenten Vertreter im Rundfunk erklärt, sie mißbillige im Wahlkampf die Vermischung von Religion und Kirche, die nach ihrer Meinung nichts miteinander zu tun hätten. Sie hat ein Plakat herausgebracht mit dem Kopf Martin Luthers, ganz groß, und hat darunter geschrieben:

„Den lassen wir uns nicht nehmen! Wählt DP!“

Man mache sich klar, was das heißt! Wir sollten diese beiden Vorgänge bei der Wahl in Niedersachsen in unserem Kreise sehr ernst in Erwägung ziehen.

*Adenauer:* Der Herr Kopf hat auch so gehandelt. Der Herr Kopf hat angeblich einen Brief eines Rechtsanwaltes aus Hannover, ich glaube Kunze heißt er, da werde ich als Römling, (*Fricke*: als Bourgeoisling und Amerikanerling!) ja, als Bourgeoisling und als Amerikanerling bezeichnet.<sup>49</sup> Das hat Herr Kopf veröffentlicht. Es sind also nicht nur die DP und die FDP, sondern es ist auch die SPD.

*Von Brentano:* Ich möchte die Frage anschneiden, die Herr Cillien behandelt hat, nämlich die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft. Wir wissen, daß im Niedersächsischen Landtag diese Union in einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen war, weil im letzten Wahlkampf CDU und DP zusammengingen. Ich verstehe sehr wohl, daß die Frage des Postens des Parlamentspräsidenten von erheblicher Bedeutung ist, aber es ist hierbei doch zu fragen, ob man nicht grundsätzlich von solchen Bindungen absehen sollte. Ich möchte sogar annehmen, daß ein Teil des Erfolges bei der Landtagswahl darauf zurückzuführen ist, daß die CDU allein war. (*Zurufe*:

---

49 Nicht ermittelt.

Sehr richtig!) Es zeigt sich immer wieder, daß unsere Wähler solche Bündnisse nicht recht verstehen. Ich weiß nicht, ob man nicht den Erfolg wieder gefährdet, wenn man sagt: Wir sind zwar im Wahlkampf nebenhergegangen, aber jetzt wollen wir uns als DP und als CDU wieder zu einer gemeinsamen Fraktion zusammenschließen. Glauben Sie nicht, daß uns das von unsererem politischen Standpunkt aus mehr schadet, als es uns im Augenblick für eine spezielle Aufgabe nützt?

Wir sollten also unter allen Umständen überall da, wo es möglich ist, unser eigenes Gesicht wahren und als Christlich-Demokratische Union allein in die Wahl gehen und dann auch nach der Wahl allein weiterarbeiten. Ich glaube, daß sich das in allen Fällen lohnen wird.

*Fricke:* Unsere Absicht, mit der DP eine Fraktion zu bilden, resultiert nicht nur daraus, daß wir mit Herrn Hofmeister den Präsidenten des Landtages stellen wollen, sondern wir hatten noch ein Weiteres im Auge, als wir uns bereit erklärten, Herrn Hellwege die Kabinettsführung zu überlassen. Wir hatten gleichzeitig vor – was der Herr Bundeskanzler immer wieder erklärt hat –, in diesen vier Jahren mit der DP mehr und mehr zusammenzuwachsen.

Ich darf kurz analysieren, was in Niedersachsen vor sich gegangen ist. Für Niedersachsen ist es ein Verhängnis, daß sich die christlich-konservativen Kräfte zersplittern. (*Zuruf:* Das ist überall ein Verhängnis!) In manchen Bezirken ist es so, daß die SPD mit 220 Stimmen ein Mandat erkämpfen konnte, nur weil DP und CDU getrennt marschierten. Wir glauben, daß wir in den kommenden vier Jahren weiter zusammenwachsen werden, wenn wir die Unterstützung bekommen, die wir brauchen. Dieses Ziel haben wir im Auge. Wir werden mit unseren 43 Mandaten so stark sein, daß wir in der neuen Fraktionsgemeinschaft in Kürze die Führung haben werden. Die DP hat nur 19 Abgeordnete.

Zwei Anmerkungen zu den Ausführungen von Herrn Tillmanns, daß die FDP und die DP unqualifizierte Dinge in den Wahlkampf hineingeworfen haben trotz eines schriftlich vereinbarten Burgfriedens! Ich habe von vornherein gesagt, daß es problematisch sei, aber ich habe nicht gedacht, daß man sich so unqualifiziert benehmen könne. Wir haben es kurz angesprochen, aber völlig darauf verzichtet, entsprechend zu reagieren; denn das ist gegen die Leute zurückgeschlagen. Das beweist der Mißerfolg der FDP.<sup>50</sup>

Ich möchte vor allem die Analyse von Herrn Tillmanns unterstreichen und damit zugleich dem zustimmen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, daß es einer wirklich ernsthaften Arbeit in der Breite und in der Tiefe bedarf, damit wir gut fundiert in den Ländern sind, wenn in zwei Jahren die Bundestagswahlen stattfinden. Das niedersächsische Wahlergebnis zeigt, daß es tatsächlich nicht nur eine Frage der Struktur und der Gliederung der Bezirke ist, sondern auch eine der Organisation. Herr Tillmanns hat recht, die 400.000 Stimmen, die wir zurückgefallen sind, sind

---

50 Gegenüber den 8,4 % der Landtagswahl von 1951 erreichte die FDP 1955 7,9 % der Stimmen.

fast ausschließlich in der 10 bis 12 % geringeren Wahlbeteiligung zu suchen. Diese geringere Wahlbeteiligung ist nur zu unseren Lasten gegangen.

Der Regierungsbezirk Hannover sieht in seiner Gesamtstruktur nicht anders aus als das Land Braunschweig, das immer rot war. Der Anteil der CDU-Stimmen in den einzelnen Bezirken sieht wie folgt aus:

Regierungsbezirk Hannover	20 %
Landesverband Braunschweig	33 %
Landesverband Oldenburg	33 %
Hildesheim	24 %
Lüneburg	20 %
Stade	15 %
Ostfriesland – der 6. Erdteil –	24 %
Osnabrück	48 %

Hier gibt es also große Unterschiede zwischen strukturell völlig gleichen Gebieten, und es zeigt sich, daß hier organisatorisch noch viel zu tun ist. Wir haben die Chance, viel aufzuholen, wenn die Bezirke entsprechend aktiviert werden, um so an unser Ziel zu gelangen. Es ist bezeichnend, daß an der Zonengrenze in Lüneburg, Stade, Helmstedt, Salzgitter usw. sechs Wahlkreise erobert werden konnten, jedoch in dem roten Korridor, der von der Nordseeküste bis nach Frankfurt reicht, nicht ein einziger Wahlbezirk.

Das ist die grobe Analyse der Wahl. Wir müssen versuchen, unsere Positionen unbedingt weiter auszubauen. Wir müssen mit Zähnen und mit Klauen kämpfen, um in Zukunft die weiteren Auseinandersetzungen siegreich zu bestehen.

*Gerstenmaier:* Ich habe mit großer Zustimmung gehört, daß sich unser Freund Cillien dafür ausgesprochen hat, daß der Wunsch der CDU, den Landtagspräsidenten zu stellen, verwirklicht werden soll, wenn es zu einer echten Fraktion und nicht zu einem Zweckkombinat unter gemeinsamer Firma kommt. Ich hoffe, daß ich Herrn Cillien damit richtig verstanden habe. Ich möchte das unterstützen.

Ich bin auch beeindruckt von den Ausführungen des Herrn Fricke, aber ich verbinde die Frage des Zusammenwachsens der CDU mit einer Partei, die ausschließlich ihren Kern und Grundstock in Niedersachsen hat, damit, ob sich daraus Konsequenzen für das gesamte Bundesgebiet ergeben, die für die nächste Bundestagswahl von Interesse sein könnten, oder ob wir in der DP einen Gegenkandidaten zur CDU haben, der genau das tut, was eben Herr Fricke in Niedersachsen vermieden sehen möchte.

Ich würde es begrüßen, wenn es zu einer Kombination käme unter dem Mantel oder Namen der CDU, aber ob es dafür wirklich ausreichende innere Voraussetzungen bei der DP gibt, ist mir nicht nur problematisch aufgrund dessen, was Herr Tillmanns gesagt hat, sondern auch wegen einiger anderer fragwürdiger früherer Beobachtungen. Ich möchte hier die Mahnung unseres Freundes von Brentano aufnehmen und fragen, ob es das klügste für Niedersachsen und das Bundesgebiet ist, dieses Kombinat jetzt zu machen? Auf alle Fälle möchte ich davor warnen – es ist zwar kein geschriebenes

Gesetz, aber es gibt doch gewisse anerkannte Grundsätze des parlamentarischen Lebens –, hier zu manipulieren und je nach Bedarf davon Gebrauch zu machen. Ich halte das nicht für gut, sondern würde empfehlen, wenn keine echte gemeinsame Fraktion zusammenzubringen ist, der stärksten Partei in Gottes Namen das Landtagspräsidium zu überlassen.

*Von Hassel:* Ich möchte etwas zu den Gemeinde- und Kreiswahlen sagen, die wir am gleichen Tage in Schleswig-Holstein hatten.<sup>51</sup> Es ist zum Teil durch die Presse die Wahl vom 24. April auf dieser Seite der Elbe nicht ganz korrekt dargestellt worden. Es ist zum Ausdruck gebracht worden, daß wir uns im wesentlichen in Wahlbündnissen bewegt hätten, wobei in der Hälfte aller Gemeinden für die Gemeinden überhaupt nicht gewählt worden sei. Ich darf dazu folgendes feststellen: Wir haben mit den Wahlbündnissen in Schleswig-Holstein zur Kommunalwahl schon 1951<sup>52</sup> die Vorherrschaft der Sozialdemokraten in den Kreisen und Gemeinden brechen können; wir haben sie jetzt bei diesem Zusammengehen fast völlig beseitigen können. Wir haben dabei erreicht, daß die CDU in allen Wahlbündnissen mit Abstand die stärkste Gruppe bildet. Wir haben in 17 Kreistagen durch dieses Zusammengehen fast 70 neue Mandate für die CDU gewonnen. Das Zusammengehen hat sich dort also vorzüglich bewährt.

Wir haben es ferner zuwege gebracht, die drei Großstädte Kiel, Lübeck und Neumünster in unsere Hand zu bekommen. Wir haben dabei in Lübeck mit der CDU allein den Wahlkampf bestritten. Das ist das Beruhigende dabei: Wo wir in einzelnen Fällen allein aufgetreten sind, haben wir gegenüber der Landtagswahl, die in einem schlechten Zeitpunkt damals nach Paris, nach der Geschichte mit John und Schmidt-Wittmack<sup>53</sup> usw. stattfand, gewinnen können. Im roten Lübeck haben wir über 10 % aufgeholt. Gegenüber der sinkenden Tendenz im vergangenen Sommer haben wir also eine erhebliche Festigung in Schleswig-Holstein festzustellen. Wo die CDU im Alleingang etwas schwächer abgeschnitten hat, lag das ausschließlich daran, daß wir uns der Situation zu sicher fühlten und entsprechend weniger getan haben. Überall dort, wo die Ärmel aufgekrempelt worden sind, hat die CDU erfolgreich abgeschnitten. Wir haben fast keinen Redner von Bonn erbeten, bis auf ganz wenige Fälle. Herr Bitter ist bei uns gewesen.

Wir haben die Wahl abgestellt auf den Gedanken der kommunalpolitischen An-gelegenheiten in der Hoffnung, daß wir den Bürger einmal von den hohen Dingen

51 Ergebnis insgesamt: SPD 33,2 %, GB/BHE 12,4 %, SSW 3,9 %, Wahlbündnisse (überwiegend unter Beteiligung von CDU, FDP, DP, SHB) 35,6 %. Auf die CDU entfielen insgesamt nur 8,2 %, da sie sich nur in einigen Kreisen und kreisfreien Städten allein zur Wahl stellte.

52 Bei der Kreistagswahl vom 29. April 1951 erreichten die in Wahlbündnissen zusammengeschlossenen Parteien (meist CDU, FDP, DP, BHE) 38,5 % der Stimmen, die SPD 29,9 %, der BHE 18,4 %, der SSW 5,4 %.

53 Karlfranz Schmidt-Wittmack (geb. 1914), 1946–1948 Vorsitzender der JU Hamburg, 1949–1953 MdHB (CDU), 1953–1954 bzw. 1955 MdB. – Schmidt-Wittmack war am 21. August 1954 in die DDR übergewechselt (vgl. AdG 1954 S. 4690, 4698–4700; AdG 1955 S. 5033); die Landtagswahl in Schleswig-Holstein war am 12. September 1954. Ergebnis: CDU 32,2 %, SPD 33,2 %, FDP 7,5 %, KPD 2,1 %, GB/BHE 14,0 %, Sonstige 11,0 %.

der Politik herunterbringen und ihn in das eigentliche Tagesgeschehen einer Kommunalarbeit der CDU hineinstellen werden. Wir haben dann umschalten müssen, weil die Sozialdemokraten den Wahlkampf mit einer Rede von Carlo Schmid in der Ostseehalle eröffneten, der ein eindreiviertelstündiges Referat hielt, in dem nur ein einziger Satz über die Kommunalpolitik vorkam, nämlich: Macht in Kiel so weiter, wie es Andreas Gayk<sup>54</sup> begonnen hat. Ansonsten hat er nur über große Politik gesprochen. Unsere Bemühungen, diese Wahl einmal von der Schau der kommunalen Arbeit her zu führen, sind dadurch, daß die SPD in die Politik hineingestiegen ist, nicht bis zu Ende durchzuführen gewesen.

Die Sozialdemokraten haben sich um einen fairen, die anderen Parteien um einen vorzüglichen Wahlkampf bemüht, so daß die Atmosphäre und die Stimmung bei uns ausgezeichnet gewesen sind. Ich darf das deshalb betonen, weil wir aufgrund der Kommunalwahl in manchen Kreisparlamenten und großen Städten – z.B. in Neumünster – darauf angewiesen sind, mit dem BHE ins Gespräch zu kommen, damit er nicht dort mit den Sozialdemokraten zusammengeht.

Dabei ergibt sich folgendes: Wir haben in Schleswig-Holstein ein gutes Verhältnis zum BHE deshalb, weil wir seit Jahren nicht nur einen gemeinsamen Kontakt mit ihm in der Regierung haben, sondern auch, weil wir uns menschlich und gesellschaftlich um die verantwortlichen Leute bemühen. Ich glaube, daß die schlechten Verhältnisse zueinander in anderen Teilen und Ländern vielfach darauf zurückzuführen sind, weil der BHE unsere Leute einfach nicht kennt, weil sie sich abkapseln. Auf diese Weise kommen sie in eine Atmosphäre hinein, die auf der politischen Ebene nicht mehr tragbar ist. Jedenfalls müßten die menschlichen Verhältnisse zueinander besser werden; dann könnte man auch den BHE mehr heranziehen.

Zur Frage der Koalitionsgemeinschaft in Niedersachsen! Wir haben im Jahre 1950, als wir die Sozialdemokraten bei uns ausbooteten, einen gemeinsamen Wahlkampf geführt mit einem sogenannten Deutschen Wahlblock. Bekommen haben wir 16, die FDP 8 und DP 7. Wir haben vom ersten Tage an gemeinsame Fraktionssitzungen verlangt, damit nicht in getrennten Zimmern sich die Menschen irgendwie voneinander trennen. Das Ergebnis ist gewesen, daß nach einem Jahr von den acht Mitgliedern der FDP vier zu uns übergetreten sind, vier sind ausgeschert und haben einen eigenen Verein aufgemacht. Von den sieben Angehörigen der Deutschen Partei sind sechs oder sogar sieben zu uns gekommen. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Das ist nur zustande gekommen, weil wir eine gemeinsame Fraktion gebildet und dafür Sorge getragen haben, daß diese Gruppen nicht draußen irgendwie herumklüngelten. Sie haben Vertrauen zu uns bekommen und sind dann zu uns gekommen. Es mag sein, daß es in Niedersachsen etwas anders aussieht. Wenn wir uns darum bemühen zu verhindern, daß eine Deutsche Volkspartei gegründet wird, dann kommt es darauf an,

---

54 Andreas Gayk (1893–1954), 1946–1954 MdL Schleswig-Holstein (SPD), 1948–1949 MdPR; seit 1946 Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister in Kiel.

daß wir uns – natürlich bei aller Wahrung unserer Grundsätze als CDU – um die guten Kräfte kümmern.

*Wegmann:* Ich möchte ein Wort sagen über die Bedeutung, die die Klage der Bundesregierung gegen das Land Niedersachsen im Wahlkampf gehabt hat.<sup>55</sup> Ein Teil unserer Freunde hat dieser Klage mit einiger Sorge entgegengesehen, weil sie glaubten, im Wahlkampf könnten dadurch erhebliche Nachteile für uns entstehen. Diese Befürchtungen haben sich nicht erwiesen.

Auf der anderen Seite ist erreicht worden, daß wir gerade im westlichen Teil von Niedersachsen, wo die katholische Bevölkerung erheblich stärker ist und wir das Schulgesetz in den Vordergrund stellen konnten, das Zentrum entscheidend schlagen konnten. Das Zentrum ist in voller Auflösung begriffen; ganze Orts- und Kreisgruppen treten zu uns über. Also, die Befürchtungen sind ins Gegenteil umgeschlagen.

Zum anderen hat uns die Organ-Klage ermöglicht, in Verhandlungen mit den übrigen Parteien einzutreten. Wäre diese Klage nicht eingereicht worden, dann hätten wir selbstverständlich bei den Regierungsverhandlungen die Schulfrage zu einem Koalitionsgespräch machen müssen. Wir hätten von uns aus, da wir gegen das Schulgesetz gewesen sind, eine Revision dieses Gesetzes fordern müssen. Das hätte bei der prekären Situation in Niedersachsen von vornherein eine Verhandlungsmöglichkeit mit der FDP unmöglich gemacht. Kurzum, wir sind in der Lage, das Schulgesetz bei den Verhandlungen auszuklammern, und können zur Not der FDP das Kultusministerium überlassen, weil die Dinge, soweit sie das Schulgesetz betreffen, durch das Urteil von Karlsruhe in irgendeiner Weise auf uns zukommen. Herr Hellwege hat uns zu Beginn zweierlei angedeutet: Einmal hat er seine Kandidatur damit zu begründen versucht, daß er uns ein allmähliches Zusammengehen von DP und CDU, d.h. ein Zusammenwachsen, in Aussicht gestellt hat. Inwieweit reale Dinge dahinterstehen, weiß ich nicht. Er hat weiter in Aussicht gestellt, er böte uns das Landtagspräsidium an. Wir haben gesagt, das sei nur möglich, wenn wir eine Fraktionsgemeinschaft bildeten.

Daß eine Fraktionsgemeinschaft für uns Nachteile und unter Umständen der DP Vorteile bringen kann, sehen wir durchaus. Aber die Frage ist, sollen wir daran die Regierungsbildung scheitern lassen? Es gibt Freunde bei uns, die zum Ausdruck bringen, daß wir angesichts der massiven Opposition der SPD in unserer Zusammensetzung als Regierung aus vier verschiedenen Parteien nicht bestehen würden, wenn wir nicht zumindest das Landtagspräsidium in Händen hätten. Das ist ein wichtiger politischer Gesichtspunkt, und wir wissen nicht, wie die Dinge in Niedersachsen laufen werden, ob der BHE bereit sein wird, mit uns zusammenzugehen.

---

55 Die Bundesregierung hatte am 12. März 1955 Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen das am 14. September 1954 vom Niedersächsischen Landtag verabschiedete Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen erhoben (vgl. Niedersächsischer Landtag 2.WP Drs. Nr. 1951); zur Verhandlung vom 4. bis 8. Juni 1956 vgl. 3.WP Anlage zu Drs. 374: Schriftsätze der Niedersächsischen Landesregierung. Dazu jetzt Konrad REGEN: Konkordatsstreit.

*Bitter:* Ich hätte zu dem vom Herrn Bundeskanzler vermerkten Punkt über Niedersachsen nichts gesagt, wenn nicht der Herr Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein auf die Kommunalwahlen hingewiesen hätte. Insofern halte ich mich für legitimiert, einige kurze Ergänzungen zu machen. Ich freue mich, feststellen zu können, daß Schleswig-Holstein in seinem Ministerpräsidenten und Landesparteichef einen Mann herausgestellt hat – ich darf das einmal sagen –, der diesen Wahlkampf im Gegensatz zur SPD auch als kommunalen Wahlkampf eingeleitet und mit Erfolg geführt hat. Die Richtlinien, die er als Landeschef herausgegeben hat, sind beispielhaft dafür, wie man einen kommunalen Wahlkampf loslösen kann von der großen Politik.

Die besondere Situation in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen muß von den übrigen Gebietsteilen des Bundes entsprechend gewertet und gesehen werden. Ich habe 1951 zum ersten Mal als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Deutschlands in einer der großen Städte dort gesprochen. Ich war erstaunt, als mein Vortrag „Der christliche Kommunalpolitiker in der Verantwortung der Zeit“ abgeändert und das Wörtchen „christlich“ gestrichen wurde und ich nur zu dem profanen Teil sprechen durfte.

Dieses Bild hat sich inzwischen geändert. Ich habe festgestellt, daß es geradezu wie eine Erlösung empfunden wird, wenn wir aus den anderen Gebietsteilen der Bundesrepublik über grundsätzliche Fragen auch in profanen Versammlungen sprechen. Wenn man das richtig macht, hat man auch Erfolg in diesem Land, das doch weithin als säkularisiert zu bezeichnen ist. Speziell die evangelischen Freunde kamen zu mir, um mich zu bitten, acht Tage dortzubleiben, um über Grundsatzfragen der Kommunalpolitik einiges Entscheidendes zu sagen. Mir ist aufgefallen, daß die Kandidatenliste, die dort von den vereinigten Parteien zusammengestellt wurde, nicht das Produkt einer Parteikonferenz war, sondern es wurde tatsächlich eine Elite präsentiert. Daraus sollten wir für die gesamte CDU etwas lernen. Wir haben gesehen, daß dort, wo die bürgerschaftliche Elite angetreten ist, die Bürger auch positiv reagiert haben.

Schleswig-Holstein ist ein Schulbeispiel dafür, daß wir eine Revision unserer Wahlgesetze auf kommunaler Ebene vornehmen müssen. Hier liegt noch ein ganz wunder Punkt, über den wir nicht hinwegkommen, wenn wir mit Erfolg insbesondere die großen Städte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes aus den Händen der Sozialdemokratie herausholen wollen.

Der Wahlkampf ist außerordentlich originell geführt worden. Das kam daher, weil bei den Kreisgeschäftsführern eine gewisse Elite vorhanden ist, ganz originelle Leute. Was sind das für Leute? Zum Teil sind es ehemalige Offiziere mit hoher Charge; die also insofern eine soziale Basis haben und den Etat der Kreisparteien nicht schlecht entlasten. Es kommt darauf an – lassen Sie mich das hier in diesem Kreise sagen –, daß wir den Kopf der Partei, d.h. diese Leute, entsprechend beordern. Man kann nicht erstklassige Arbeit verlangen, wenn man viertklassig bezahlt! (*Zuruf: Sehr richtig!*) Ich habe gesehen, daß der Wert der Persönlichkeit auch dann gilt, wenn es sich um Presseleute handelt. Ich habe speziell Wert darauf gelegt, in den

Konferenzen mit Lokalredakteuren in ein Gespräch zu kommen, und habe den Leuten auseinandergesetzt, welche Unterschiede zwischen der SPD-Kommunalpolitik und einer Kommunalpolitik aus unserer Sicht bestehen. Davon hatten die Leute keine Ahnung. Sie waren sehr dankbar und haben auch in der Berichterstattung auf das, was wir CDU-Leute sagen durften, ausgezeichnet reagiert. Ich möchte wünschen, daß wir die Wahl in Schleswig-Holstein so betrachten, daß es darauf ankommt, die bürgerschaftliche Elite anzusprechen.

*Adenauer:* Lassen Sie mich folgendes sagen: Herr Bitter, den ich zum ersten Mal bei uns nach seiner schweren Krankheit in Ihrem Namen herzlich willkommen heißen darf, hat auf eine bisher von uns stark vernachlässigte Seite, nämlich die kommunale Seite, hingewiesen. Er hat vollkommen recht mit dem, was er gesagt hat. Ich möchte einen Satz hinzufügen. Jedenfalls müssen auch die Politiker herangebildet werden. Heutzutage ist es so – ich will niemandem zu nahetreten –, daß ein Mitglied der Jungen Union erst anfängt beim Bundestag. Nach meiner Meinung sollte er zunächst einmal anfangen als Mitglied in einem Stadtrat oder in einer Gemeinde. (*Majonica:* Herr Bundeskanzler! Wir führen in Nordrhein-Westfalen ganz systematisch Schullehrgänge im Hinblick auf die Kommunalwahlen im nächsten Jahr [durch], damit die Gemeindeparlamente von den Leuten der Jungen Union beschickt werden können.) Es müssen auch jüngere Leute als Kandidaten aufgestellt werden. (*Eplée:* Solche, die sich bewährt haben!) Die sollte man als Kandidaten in Gemeinde- und Stadtparlamenten aufstellen, damit sie dort lernen, daß hart im Raume sich die Sachen stoßen. Das lernt man unten in der Gemeinde.

Noch ein Wort zu der Arbeits- oder Fraktionsgemeinschaft. Einer von den Herren hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wir diese Frage sehen müssen im Zusammenhang mit der Bildung einer Deutschen Volkspartei.<sup>56</sup> Das halte ich für wichtig. Wenn in Niedersachsen die Deutsche Partei und die CDU zusammenwachsen, dann ist die Neubildung einer Deutschen Volkspartei im Bund erledigt; denn daß eine Deutsche Volkspartei nur mit einem Teil vom BHE und von der FDP ohne die Deutsche Partei gebildet werden kann, das halte ich für ausgeschlossen.

Die beiden Herren, die über die Gefahr gesprochen haben, sollten doch bedenken, daß unser ganzes Leben von Gefahren umgeben ist, daß man aber trotzdem leben und versuchen muß, der Gefahren Herr zu werden. Soweit ich Niedersachsen kenne – ich behaupte nicht, daß ich es kenne – ... (*Cillien:* Sie müssen noch öfters hinkommen!) Es war sehr schön da. Also, soweit ich Niedersachsen kenne, ist namentlich bei der Zusammensetzung der neuen Fraktion der CDU und bei ihrer Stärke von 43

---

56 Vgl. dazu die Diskussion auf dem Bielefelder Parteitag der DP vom 4./5. November 1955 um die Bildung einer „dritten Kraft“ (MEYN S. 45, 47ff.; zu ähnlichen Überlegungen beim BHE NEUMANN S. 202ff.). Erst nach der Spaltung der FDP im Februar 1956 kam es am 23. April 1956 zur Bildung einer Freien Volkspartei, die sich später mit der DP vereinigte, aber bald ganz verschwand (vgl. Karl-Hermann FLACH: Dritte Kraft. Der Kampf gegen den Machtmißbrauch in der Demokratie. Schriftenreihe der FDP. Bonn [1957]; MENDE: Die FDP S. 104f.; DERS.: Freiheit S. 374).

Mitgliedern nichts zu befürchten von einem Zusammengehen mit der Deutschen Partei; im Gegenteil, das Übergewicht wird die CDU haben. Ich habe z.B. mit dem Herrn Hellwege schon z.Z. des Zonenbeirates Besprechungen darüber gehabt, daß die Parteien zusammenkommen müßten. Aber ich betone nochmals: Sie müssen es tun, einmal um legitim den Landtagspräsidenten zu stellen. Ich kenne den jetzigen Landtagspräsidenten und schätze und achte ihn. (*Cillien*: Er ist gerissen!) Er ist ein kluger Mann. Ja, ich drücke mich vorsichtig aus, weil ich Vorsitzender einer christlichen Partei bin. Immerhin, Herr Cillien, Sie haben recht, er kann der Koalition die größten Schwierigkeiten machen. Das ist in Niedersachsen eine ganz gefährliche Angelegenheit. Er kann Ihnen die größten Schwierigkeiten machen. Denken Sie vor allem an die Sache mit der Deutschen Volkspartei. Deswegen sollten wir unsere Bedenken zurückstellen.

Ich würde nun vorschlagen, zum Punkt 3 unserer Tagesordnung „Beschlußfassung über die Leitsätze der CDU zum Elternrecht“ überzugehen; denn deswegen ist Herr Professor Stier hier, den ich herzlich willkommen heiße. Er muß um 2.40 Uhr in Düsseldorf sein. Er ist der verantwortliche Mann für die Auffassung der Leitsätze zum Elternrecht. Wenn Sie einverstanden sind, dann wollen wir das jetzt vorwegnehmen.

#### BESCHLUßFASSUNG ÜBER DIE LEITSÄTZE DER CDU ZUM ELTERNRECHT

*Stier*: Meine Damen und Herren! Ich bin sehr glücklich, im Namen des Ausschusses<sup>57</sup> ein kurzes Wort über die vorliegende Empfehlung „Die Stellung der CDU zum Elternrecht“ an Sie richten zu dürfen. Wir haben hier noch allerhand Verpflichtungen, die dringender sind als wir denken.

Ich darf der Kuriosität halber erwähnen, daß unser Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Meyers<sup>58</sup>, neulich erzählte, daß er im Wahlkampf in Hessen gelegentlich einer Versammlung, als einer unserer Freunde auf dem Podium stand und sprach, seine Einladung herausgezogen hat, um nachzusehen, ob er wirklich in einer CDU-Versammlung sei. Man sprach dort zwar aus vollem Herzen, aber man sagte nicht das, was man eigentlich von der CDU aus sagen kann. Wir haben die Verpflichtung, an den betreffenden Stellen das zu sagen, was unser Parteiausschuß für Recht erkennt. Es ist in ausgedehnten und häufig wiederholten Verhandlungen unserer Vertreter aus allen Bundesteilern gelungen, wenigstens über diese Sätze zu einer endgültigen Formulierung zu kommen, wobei wir nur eines bedauert haben: daß es nicht eher möglich war, ihnen die volle Billigung zu geben. Ich habe einmal in einem

57 Stier war seit 1950 Vorsitzender des Bundesausschusses für Kulturpolitik. – Die Vorlage war im Ausschuß am 29. Oktober 1954 einstimmig angenommen und dem Bundesvorstand am 6. November 1954 zugeschickt worden.

58 Dr. Franz Meyers (geb. 1908), 1950–1970 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1952–1956 Innenminister und 1958–1966 Ministerpräsident, 1957–1958 MdB (Memoiren: gez. Dr. Meyers. Düsseldorf 1982).

Kreis von Sachverständigen unter Vertraulichkeit darüber gesprochen. Die Leitsätze haben im großen und ganzen überall Zustimmung gefunden.

Sie werden gesehen haben, daß der Aufbau, der sich heute sehr geschlossen darstellt, tatsächlich eine Art von glücklicher Kreislaufbewegung ist. Die Leitsätze beginnen mit dem Begriff der demokratischen Freiheit, die sich auf die vorstaatlichen Rechte gründet, aus denen heraus wir die persönliche Verantwortung und die Mitarbeit des einzelnen ganz anders erfassen wollen, als es von außen her möglich war. Diese Freiheit kehrt am Schluß wieder zurück, und es zeigt sich, daß das Ganze aus einem Guß entworfen ist. Ich glaube also nicht, daß ich die Leitsätze im einzelnen erläutern muß.

Wir hoffen, das geleistet zu haben, was man in diesem Falle tun kann. Wir wären sehr dankbar, wenn Sie diese Leitsätze endgültig sanktionierten.

Die Leitsätze lauten:

„Die Stellung der CDU zum Elternrecht.

Demokratische Freiheit gründet sich auf vorstaatliche Rechte und Verpflichtungen. Die persönliche Verantwortung und die Mitarbeit des einzelnen umfassen mehr als die Wahl der Vertretungskörperschaften. Die vorstaatlichen Menschenrechte und die mit ihnen gegebenen Pflichten sind unverletzlich.

Zu diesen natürlichen Menschenrechten gehört die Erziehung der Kinder durch die Eltern. Das Erziehungsrecht der Eltern (Elternrecht) geht deshalb allen Verfassungen und Gesetzen voraus und bindet Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung. Eine gesellschaftliche oder staatliche Ordnung, welche die wirksame Wahrnehmung der elterlichen Verantwortung beeinträchtigt oder gar unmöglich macht, verstößt, auch bei äußerlich demokratischen Formen, gegen die natürliche Ordnung und die Grundlagen der Demokratie.

Der Mensch lebt in Gemeinschaften, in welche die Kinder hineinwachsen. In den Grenzen ihres Auftrages wirken diese Gemeinschaften bei der Erziehung mit. Unter den Gemeinschaften haben vornehmlich Staat und Gemeinde die Verpflichtung und das Recht, die Bildung aller ihrer Bürger zu fordern und zu fördern. Der Staat hat das Recht, von seinen heranwachsenden Bürgern zu verlangen, daß sie sich Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, durch die sie zu einem geordneten Zusammenleben und zum Dienst an der Gemeinschaft befähigt werden. Zu diesem Zweck steht es ihm auch zu, eine Schulpflicht gesetzlich zu begründen und nach Umfang und Höhe bestimmte Bildungsforderungen als Voraussetzung für öffentlich anerkannte Berechtigungen zu stellen. Dabei muß die Freiheit der Berufswahl und der Bildungswege gewährleistet sein.

Der Erfüllung dieser Bildungsaufgaben dienen öffentliche und private Schulen. Die Privatschulen, deren Errichtung grundgesetzlich garantiert ist, haben ebenfalls das Recht auf Förderung, insbesondere durch öffentliche Mittel in genügendem Ausmaß.

Grundvoraussetzung jeder Erziehung ist ihre Einheit im inner- und außerhäuslichen Bereich. Diese verlangt Zusammenarbeit aller Miterzieher mit den Eltern. Bei der

Aufstellung von pädagogischen und unterrichtlichen Zielen und Grundsätzen ist die Schulverwaltung daher gehalten, die Eltern und die Miterzieher zu hören und berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen. Soweit es sich jedoch um die Grundrichtung der Erziehung ihrer Kinder handelt, haben die Eltern das letzte Bestimmungsrecht.

Jede Menschenbildung wurzelt in Glauben oder Weltanschauung. Erziehung ist daher Gewissensangelegenheit im engsten Sinne des Wortes. Die Gewissensfreiheit ist ein unverletzliches Grundrecht. In ihrer Ausübung sind daher die Eltern berechtigt, diejenigen Schularten zu verlangen, welche Erziehung und Unterricht entsprechend ihrer eigenen Überzeugung sicherstellen. Die Träger des öffentlichen Schulwesens haben dieser Forderung zu entsprechen, da nur auf diese Weise dem vorstaatlichen Grundrecht der Eltern Genüge getan werden kann.“

*Adenauer:* Ich danke in Ihrer aller Namen Herrn Professor Stier und dem Ausschuß herzlich für die geleistete Arbeit. Ich nehme an, daß wir alle diese Arbeit bekräftigen. Wir sollten eigentlich nicht versuchen, an einer solchen wirklich gut durchdachten Arbeit irgendwelche kleinen Änderungen vorzunehmen.

Darf ich fragen, ob das Wort gewünscht wird? Das ist nicht der Fall. Dann kann ich feststellen, daß Sie einstimmig zustimmen. Ich darf noch einmal Herrn Stier und den Herren, die mitgearbeitet haben, unseren herzlichsten Dank aussprechen. (*Beifall.*)

Nun ist vom Herrn Kollegen Tillmanns gesagt worden, man solle mit der Veröffentlichung noch einige Tage warten, damit es nicht so aussehe, als ob wir uns nur damit beschäftigt hätten. Ich habe einen anderen Grund überlegt. Ich sehe nicht ein, warum man warten soll. Vom Donnerstag an wird die Presse beschäftigt sein mit der Diskussion über die Saar, mit der SPD, mit dem Bundestag, mit der Hinterlegung der Urkunden, mit dem Wiederbeginn der Souveränität, mit der Abschaffung der Hohen Kommissare – sie werden feierlich begraben werden am Donnerstag in würdiger und schöner Weise –, mit der Konstituierung der Westeuropäischen Union und mit dem Beitritt zur NATO. Dann werden vielleicht diese Leitsätze untergehen. Wir können also nicht so lange warten. Deswegen sollten wir sie jetzt veröffentlichen.

*Tillmanns:* Ich habe nichts dagegen. Ich habe lediglich darauf hingewiesen, daß sich der geschäftsführende Vorstand in der vorigen Woche kurz mit der Sache befaßt hat. Dort wurde von publizistischen Sachverständigen darauf hingewiesen, daß die Presse nach unserer heutigen Bundesvorstandssitzung daran interessiert sei, das eine oder andere über die aktuelle Situation zu hören. Wenn das als Ergebnis unserer Beratungen der Presse gegeben werde, könnte vielleicht eine Schwierigkeit entstehen. Daher kam der Vorschlag, mit der Veröffentlichung in der Presse noch einige Tage zu warten. Wenn aber der Vorstand diesem Gesichtspunkt keine Bedeutung beimißt, dann bin auch ich der Meinung.

*Adenauer:* Wir werden das eine oder andere heute noch zu beschließen haben. Wenn wir hiervon nichts sagen, dann kann das auch wieder schief aufgefaßt werden.

*Süsterhenn:* Ich möchte dringend darum bitten, die Veröffentlichung baldigst vorzunehmen, da sich gerade diese Veröffentlichung für den Wahlkampf in Rheinland-Pfalz außerordentlich positiv auswirken wird.

*Adenauer:* Wir sind uns also darüber einig, daß wir es sofort veröffentlichen. Ich danke Ihnen sehr, Herr Stier, und Sie gehen zurück zu den Aufträgen des Landtages.

Meine Damen und Herren! Sollen wir fortfahren? In wenigen Minuten ist das Büfett fertig. (*Von Fisenne:* Können wir vielleicht etwas über Normenkontrollklage wegen der Pariser Verträge erfahren?<sup>59</sup>) Das ist streng geheim! Aber vielleicht können Sie daraus, daß das Bundesverfassungsgericht am Tage vorher etwas sagt, gewisse Schlüsse ziehen. (*Heiterkeit.*) Es ist eine sehr ernste Frage. Wenn die Sache erledigt ist, wird die Bundestagsfraktion sehr ernsthaft an eine Änderung des Gesetzes herantreten müssen. Stellen Sie sich die Groteske vor, wenn das Bundesverfassungsgericht sagen würde, das Saarabkommen ist unvereinbar mit dem Grundgesetz. Dann würde nicht hinterlegt werden, wir bekämen keine Souveränität, die Westeuropäische Union könnte nicht ins Leben treten, wir würden nicht in die NATO eintreten können. Und das alles würden vielleicht vier oder fünf Richter des Bundesverfassungsgerichts zu verantworten haben! An sich eine Groteske! Aber ich bin guten Mutes. Warten wir mal ab!

*Pause von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr.*

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Eines der führenden Vorstandsmitglieder der Fraktion will sich schon entfernen, weil dieser Herr meint, das sei wichtiger, als hier zu sein. Er läßt den Vorsitzenden hier! Lassen Sie mich das zum Anlaß nehmen, um folgendes zu sagen: Wir werden unbedingt, je mehr wir lossteuern auf das Jahr 1957, desto stärker den Fraktionsvorstand bei gewissen Entscheidungen einschalten müssen. Wir müssen im Jahre 1957 aufwarten können mit einer Reihe von positiven Ergebnissen unserer Arbeit im Bundestag und in den Länderparlamenten. Deshalb wird es sehr notwendig sein, daß wir den Fraktionsvorstand hier dabeihaben. Nachdem Herr Krone das mit Kopfschütteln bejaht hat, (*Krone:* kann er gehen!) kann er wohl gehen; aber unser verehrter Herr Bundestagspräsident muß noch hierbleiben. (*Gerstenmaier:* Ich dachte, jetzt käme die Kommunalpolitik dran!)

## DIE INNENPOLITISCHE LAGE

*Adenauer:* Wir wollen jetzt über die Innenpolitik sprechen. Wir haben über die Wahl in Niedersachsen gesprochen, aber noch nicht über die innere Lage der Parteien

59 Die SPD-Fraktion des Bundestages mit ihren Berliner Abgeordneten sowie einige Abgeordnete aus den Reihen der Regierungskoalition hatten am 2. April 1955 wegen des Saarabkommens ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht (Prüfung des entsprechenden Bundesgesetzes vom 24. März 1955) beantragt, da nach ihrer Meinung die Bundesregierung nicht befugt sei, ein Abkommen selbst provisorischen Charakters über die deutschen Grenzen zu schließen. Am 4. Mai 1955 stellte das Gericht fest, das Saarabkommen verstöße nicht gegen das Grundgesetz (vgl. AdG 1955 S. 5101, 5149; Begründung in BULLETIN Nr. 88 vom 11. Mai 1955 S. 725).

in der Bundesrepublik, wie sie sich vielleicht jetzt – ich wiederhole „vielleicht“ – abzuzeichnen beginnt, d.h. beim BHE und bei der FDP. Mir scheint unser oberstes Ziel zu sein, zu verhüten, daß eine Deutsche Volkspartei entsteht, weil wir die überhaupt nicht gebrauchen können und die Möglichkeit besteht, daß eine Deutsche Volkspartei zu weit nach rechts geht. Eine Deutsche Volkspartei würde – auch darüber müssen wir uns einmal Rechenschaft geben – uns wahrscheinlich eine ganze Anzahl von Wählern entziehen.

Es gibt eine Anzahl von Wählern, die nicht in die CDU eintreten, die sich auch nicht für immer verpflichten, CDU zu wählen, die aber, wenn sie vor die Wahl gestellt werden, entweder die Demokraten oder CDU zu wählen, sich dann für die CDU entscheiden werden. Kommt aber eine neue Partei, dann zieht diese zunächst wieder an. Jedenfalls würde die Folge einer neuen Deutschen Volkspartei auch eine Schwächung der CDU bedeuten.

Es wäre gut, wenn wir uns über diese Frage unterhielten. Die Meinung des Parteivorstandes zu dieser Frage wird auch unsere Geduld oder Nicht-Geduld gegenüber der FDP und unser Verhalten gegenüber dem Teil des BHE, der dort nicht länger bleiben will, beeinflussen.

*Von Hassel:* Ich habe nach Mitteilungen aus der Presse das Gefühl, als ob der Streit, zu dem Herr Kather beigetragen hat, sich irgendwie beruhigen würde. (*Zurufe:* Nein, nicht der Fall!)

*Adenauer:* Das Gegenteil ist der Fall. Man wollte erst die Wahl in Niedersachsen abwarten. Beide Gruppen wollten versuchen, Landesgruppen zu bilden. Der Streit ist nicht beigelegt.<sup>60</sup> Sie kennen Herrn Kather schon einige Zeit, aber vielleicht kennen Sie ihn noch nicht genau, sonst würden Sie wissen, daß der Streit keineswegs beigelegt ist. Man muß wirklich über die Seele eines Kathers Bescheid wissen! Dabei muß man bedenken, daß im Jahre 1957 gewählt wird. Und wenn kein BHE mehr existiert, was dann? Wo bleibt dann das Mandat?

*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Ich habe eine Frage, von der ich nicht weiß, ob sie zu indiskret ist. (*Weber:* Bitte lauter, wir verstehen kein Wort!) Ich möchte mir die Frage an den Herrn Bundeskanzler erlauben, wo denn im Streit der Meinungen innerhalb des BHE ein vielgenannter Name – vielgenannt im Rahmen der Regierungsbildung in Niedersachsen – hinzuzuzählen ist?<sup>61</sup>

*Adenauer:* Das weiß der selbst noch nicht! (*Gerstenmaier:* Es wäre also noch eine letzte Chance?) Darauf kommt es nicht an, sondern auf solche Leute wie Oberländer, Kraft, Gräfin Finckenstein<sup>62</sup>, Eckhardt<sup>63</sup> usw., die braucht man. Da gebe ich Herrn von

60 Vgl. Anm. 15; Kather lehnte das Saarabkommen wegen einer möglichen Präjudizierung für die Ostgebiete ab (EBD. S. 144–150) KATHER 2 S. 74–86.

61 Vermutlich Friedrich von Kessel.

62 Eva Gräfin Finckenstein (geb. 1903), 1928–1933 Redakteur bei der „Vossischen Zeitung“, 1953–1957 MdB (bis 12. Juli 1955 GB/BHE, ab 15. Juli CDU/CSU Hospitantin, ab 20. März 1956 CDU/CSU).

63 Dr. Walter Eckhardt (geb. 1906), 1950–1954 MdL Bayern (DG), 1953–1957, 1957–1961, 1964–1969 MdB (bis 1955 GB/BHE, dann CDU/CSU).

Hassel vollkommen recht. Wir haben uns durch Herrn Kather unser Ausmaß etwas verderben lassen; wir haben alles eingeschätzt nach Kather, und Herr Kather hat dann das Seinige dazu getan, daß wir die anderen noch schlimmer einschätzten als ihn. Wenn man aber die Leute im BHE einmal kennenlernt und mit ihnen öfter zusammenkommt und arbeitet, dann wird man sehen, daß eine ganze Anzahl sehr wertvoller Kräfte dort ist. Ich bekenne für mich offen, wir haben die Partei zu sehr eingeschätzt nach dem Prototyp Kather. Und das war nicht richtig. Das ist genau das, was Sie gesagt haben, Herr von Hassel.

*Von Hassel:* Wir haben zum BHE ein gutes Verhältnis vor vier Jahren hergestellt und ihn aus seiner Rüpelhaftigkeit herausgehalten. Es ist heute so, daß die BHE-Sprecher in Schleswig-Holstein eine ruhige und vernünftige Sprache sprechen. Wir haben in vielen Orten vor der Wahl mit dem BHE in den Parlamenten zusammengesessen und sind getrennt zur Wahl gegangen, haben aber vereinbart, nach der Wahl in den kommunalen Körperschaften wieder zusammenzuarbeiten. Wir sagten uns, wenn ein Teil der Vertriebenen vor der Frage steht, bei einem Wahlbündnis einen CDU-Mann oder einen SPD-Mann wählen zu müssen, dann wird sich möglicherweise ein Teil für den SPD-Mann entscheiden, wenn aber dazwischen ein BHE-Abgeordneter als Möglichkeit offenbleibt, dann wird wahrscheinlich ein selbständiges Arbeiten des BHE dazu führen, daß der SPD Stimmen abgezogen werden.

Das ist in dieser Wahl bewiesen worden. Wo der BHE allein gegangen ist, hat er Stimmen gewonnen, und die Sozialdemokraten haben Stimmen verloren. Der BHE hat es zuwege gebracht, Leute aus der SPD herauszuhalten. Es gilt also, diese Leute auf die Dauer für uns zu gewinnen.

Nun ist mir ein Gespräch bekanntgeworden, dem ich selbst keine große Bedeutung beimesse, weil es auf dritter Ebene geführt worden ist. Die FDP bei uns macht sich Gedanken, wen sie vom BHE auffangen könnte. Dabei kann es sich nur um die 13 guten Leute handeln; mit den anderen wird die FDP nichts anfangen wollen. Deshalb scheint es mir notwendig zu sein, das Gespräch mit Kraft und auch mit Gille<sup>64</sup> zu führen. Gille hat ein unverändert gutes Ansehen in Schleswig-Holstein. Dazu müßte noch die Gräfin Finckenstein kommen. Wir müßten also zu erreichen versuchen, daß die Leute nicht zur FDP gehen, sondern daß sie zu uns kommen.

*Eplée:* Wenn unsere eigenen Reihen stark sind, können wir mit weniger Befürchtungen in die Zukunft schauen. Man darf nicht in den Fehler verfallen, in dem BHE etwas zu sehen, was er trotz seiner Erfolge nicht ist. Er ist keineswegs der Repräsentant der Vertriebenen und Flüchtlinge. Das ist bei der Bundestagswahl besonders deutlich geworden, wo die Mehrheit der CDU die Stimme gegeben hat und nicht dem BHE. Wenn er in einzelnen Ländern das Zünglein an der Waage ist, so ist das betrüblich. Ich nenne Hessen, wo sieben Leute in der Politik mitbestimmen.

---

<sup>64</sup> Dr. Alfred Gille (1901–1971), 1928–1945 Bürgermeister in Lötzen (Ostpreußen), 1949 Mitgründer des BHE, 1950–1954, 1958–1962 MdL Schleswig-Holstein (Fraktionsvorsitzender, seit 1961 GDP), 1953–1957 MdB, nach 1961 Präsidialmitglied des BdV.

Wir müssen festhalten, daß unsere Union nach wie vor das Sammelbecken auch der Heimatvertriebenen und der Flüchtlinge ist, weil sie in der Politik des Bundeskanzlers den Weg sehen, der am ehesten zur Wiedervereinigung der Gebiete jenseits der Oder-Neiße führt. Dem muß Rechnung getragen werden. Wir müssen uns also bemühen, die Kräfte mit zur Verantwortung heranzuziehen. Das soll mit den 13 BHE-Leuten geschehen.

Aber andererseits dürfen wir die Kräfte in unserer Partei, die sich hervorgetan haben, nicht links liegenlassen. Wir müssen überlegen, was wir mit unseren eigenen Leuten tun, die in schwerer Zeit durch ihr Eintreten für die CDU den Radikalismus verhindert haben. Unsere eigenen Leute müssen also zunächst eine Position bekommen, damit nicht der BHE die Früchte erntet, die die CDU gesät hat. Das wird ein zweiseitiges Problem sein. Vergessen wir nicht, daß die Masse der Heimatvertriebenen ihre politische Heimat in der CDU sieht. Das muß bei allen diesen Dingen auch zur Geltung kommen.

Leider ist es notwendig gewesen, daß das Vertriebenenministerium überall in die Hände des BHE gekommen ist. Der kleine Wähler sagt, warum immer hier den BHE dranlassen? Wir müssen eine Konzeption herstellen, die die Masse der Wähler zur CDU bringt, damit sie nicht erst über den BHE oder über sonstige Wege geht.

*Adenauer:* Ich stimme mit Ihnen überein, aber das ist nicht die Frage, um die es geht. Es geht um folgende Frage: Falls sich der BHE aufteilt, sollen wir uns dann bemühen, die 13 guten Leute für die CDU zu gewinnen?

*Eplée:* Aber nicht so, daß diese Leute wieder die maßgeblichen Positionen bei uns bekommen. Dafür gibt es auch Leute in der CDU. Wenn die 13 zu uns kommen, dürfen nicht die ganzen Vertriebenen unter dem Motto „Oberländer-Kraft-Gille“ betrachtet werden. Das wäre ungerecht und falsch gegenüber denen, die seit 1945 der CDU geholfen haben, zu der Partei zu werden, die sie heute ist.

*Adenauer:* Dann würden die kein Monopol verdient haben! Das ist klar. Aber wir wollen sie auf keinen Fall etwa einer neu sich bildenden Partei zuschieben. Ich darf nochmals betonen, daß schon vor geraumer Zeit der Herr Dehler aus eigenem Antrieb mit der DP und dem BHE zusammengekommen ist.

*Dichtel:* Ich habe etwas herausgefunden heute: Es gibt keine Regel, die für alle Landesteile gleichermaßen gilt. Was in einem Lande richtig ist, das kann in einem anderen Lande falsch sein. Bei uns lassen sich die Sozialdemokraten in bestimmten Fällen ganz gern einmal überstimmen. Wir haben bisher die Mehrheit im Kabinett gefunden mit Hilfe eines vernünftigen BHE-Vertreters.<sup>65</sup>

Hinsichtlich des Saarabkommens und der Verträge werden Sie es dankbar begrüßt haben, daß es uns im baden-württembergischen Kabinett möglich war, trotz der Unsicherheit der Hälfte der Mitglieder diese klare und eindeutige Entscheidung

---

65 Eduard Fiedler, 1953–1960 Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte in Baden-Württemberg.

zugunsten Ihrer Politik zu fällen. Wir haben von unserer Basis aus keine Veranlassung, dem BHE-Vertreter bei uns irgend etwas Böswilliges in seinem Leben zu wünschen.

Trotzdem möchte ich sagen, daß die ganze politische Entwicklung von heute nicht befriedigt, und zwar deswegen nicht, weil tatsächlich diese kleine BHE-Gruppe das Zünglein an der Waage geworden ist. Diese Position mißbraucht sie heute in einer Form, die auf die Dauer politisch nicht tragbar und nicht zu verantworten ist und eine ernste Gefahr für die Demokratie werden kann.

Ich bin lange genug in der Politik, um zu wissen, daß die Stärke des früheren Zentrums immer in der Einzelposition gewesen ist. Es war das Zünglein an der Waage zwischen den großen Gruppen. Aber das Zentrum hat nicht so unverhüllt seinen Machthunger gezeigt, wie das beim BHE der Fall ist. Die Verhandlungen mit dem BHE im gesamten gesehen kommen doch einem Schachern gleich; denn sie enden mit dem Motto: Wer am meisten zahlt, der kann mich bekommen. Unter diesem Punkt haben wir seinerzeit die Regierungsbildung im badisch-württembergischen Raum gegen uns erlebt. Mit Hilfe von fünf, sechs Stimmen war es der SPD und den Demokraten möglich, eine Regierung zu bilden und uns, die stärkste Partei, auszuschließen.

Auch das, was sich in Hessen und in Bayern abgespielt hat, ist nicht sehr erhebend. Ich wünsche meinen Freunden aus Niedersachsen alles Glück, daß der wandelbare BHE heute abend nicht etwas beschließt, was sie um den Erfolg ihrer Arbeit bringen könnte. Herr Kopf ist ein kluger Mann. Er wird alles tun und ist u.U. gewillt, den Kaufpreis noch zu erhöhen, um zum Ziele zu kommen.

Die politische Entwicklung ist bei uns so unbefriedigend, wie sie nur sein kann. Ich werde es den anderen Kollegen auch ausrichten, daß wir heute einen Tadel von höchster Stelle bekommen haben und daß wir uns bessern sollen. Ich darf aber mit allem Freimut – auch für meine Freunde – sagen: Wir sollten alles tun, was wir können, um zu einer Flurbereinigung im politischen Leben zu kommen, damit nicht eine kleine Gruppe mit einer entscheidenden Vollmacht versehen wird, die sie so ausnutzt, daß es der Demokratie zum Schaden gereicht.

Deswegen haben wir alle Veranlassung, den Auflösungsprozeß des BHE nicht von uns aus künstlich zu unterbrechen, sondern, wenn es not tut, diesem Auflösungsprozeß in christlicher Liebe nachzuhelfen! (*Heiterkeit.*) Das ist die Politik, die ich mir im Laufe der Jahre im Bundesparteivorstand angeeignet habe. (*Erneute Heiterkeit.*) Es käme also darauf an, daß wir bei der Auflösung möglichst viel von den Trümmergrundstücken für uns retteten. Wenn wir die guten Elemente retten könnten und zu einer Flurbereinigung kämen, die jeder guten Demokratie Freude machen würde, dann hätten wir nicht nur uns, sondern auch allen anderen einen guten Dienst erwiesen.

Ich weiß nicht, ob die Wünsche, die beim Verlangen des Ministerpräsidentenpostens ausgesprochen wurden, ehrlich und reell gemeint waren. Sollte man sich nicht darauf besinnen, daß die Eigenständigkeit auch etwas wert ist? Wenn allerdings mit dieser Aktion die Gefahr einer sehr weit rechtsstehenden Volkspartei gebannt werden

kann und somit eine Flurbereinigung erfolgt, dann haben wir uns damit einen guten Dienst erwiesen.

*Adenauer:* Sie haben das gleiche gesagt, was ich ausgeführt habe: Wir wollen den Auflösungsprozeß nicht unterbrechen. Ich habe nur nicht das Wort „christlich“ gebraucht! Wir wollen dann das Gute bei uns aufnehmen und damit zu dieser – wie Sie es mit Recht nennen – Flurbereinigung kommen. Der BHE ist eine Partei, die keine lange Lebensdauer hat. Darüber sind sich alle Beteiligten klar.

Und nun scheiden sich, ich will nicht sagen die Böcke von den Schafen – wir wollen nicht so kirchlich sprechen –, aber es scheidet sich doch der Kather von den anderen. Diese anderen werden eines Tages bei den Sozialisten enden. Da ist es doch richtiger, daß wir die guten Leute, möglichst mit einem soliden Unterbau im Lande versehen, bei uns aufnehmen, als daß eine Deutsche Volkspartei gegründet wird, deren Gründung ich nicht möchte. (*Dichtel:* Wir sind uns einig!)

*Kaiser:* Eine liberale Partei hat in diesem Lande mit seinen besonderen Aufgaben und seinem Strukturwandel, mit seinen weiten Volksschichten keine Zukunft mehr. Das wird eine kleine Gruppe bleiben. Es wird darauf ankommen, daß wir unseren Charakter als eine christlich-demokratische und soziale Volkspartei genügend stark herausarbeiten. Dann werden diese freiwerdenden Kräfte zu uns kommen.

Es ist noch ein anderer Begriff aufgekommen – das geht aus dem Bereich der Deutschen Partei hervor –, daß die Notwendigkeit der Gründung einer sozial-konservativen Partei gegeben sei. Das, meine ich, sollten wir beachten. Wir sind doch eine sozial-konservative Partei im besten Sinne des Wortes.

*Kiesinger:* Ich muß Herrn Kaiser widersprechen. Ich glaube, er hat die Struktur Norddeutschlands zu sehr außer acht gelassen. In Norddeutschland wird es sich mehr auf „national“ beziehen. Wenn eine solche Partei in Norddeutschland entstünde, würde sie vielleicht liberale Züge tragen. Aber das wird nicht das Entscheidende sein. Entscheidend wird die Verbindung von national und liberal sein. Für eine solche Partei sind zweifellos viele Deutsche in Norddeutschland anfällig. Wir würden uns die Arbeit sehr schwermachen, wenn wir nicht rechtzeitig die Kristallisierungspunkte, die für eine solche Deutsche Volkspartei vorhanden sind, ausräumten. Ich bin also da gegen Ihre Meinung; das gilt allerdings nicht so sehr für West- und Süddeutschland.

*Tillmanns:* Wir müssen, wenn wir über diese Frage sprechen, davon ausgehen, daß die Bildung der politischen Parteien noch im Fluß ist; sie ist keineswegs abgeschlossen. Die Struktur der deutschen Parteien ist eine durchaus noch in Gärung befindliche Angelegenheit in weiten Kreisen unseres Volkes. Man sollte auch nicht ohne weiteres, wenn von Versuchen gesprochen wird, gleich einen Standort rechts oder links von uns festlegen. Herr Oberländer spricht immer davon, daß ihm eine nichtmarxistische, entschieden soziale Partei vorschwebt, d.h., er will argumentieren, die Christlich-Demokratische Union ist ihm nicht sozial genug.

Ich stimme Herrn Kiesinger zu. Was versucht wird, geschieht nicht vorwiegend unter liberaler Flagge. Das liberale Element ist so stark als Selbstverständlichkeit in das öffentliche Leben eingedrungen, daß man heute weder dagegen noch dafür

große politische Propaganda machen kann. Aber es droht die Verbindung von einer entschieden sozialen Politik mit einer unter Umständen gefährlichen nationalistischen Seite. Ich möchte nicht behaupten, daß dagegen das deutsche Volk immun sei. Wir müssen viel tun, daß gewisse Kreise, auf deren Mitarbeit wir Wert legen, zu uns kommen. Es handelt sich um eine Reihe von Leuten, die etwas werden wollen in der Politik. Diese sagen sich mit einem gewissen Recht: In einer kleinen oder mittleren Rechtspartei habe ich viel eher Chancen, etwas zu werden, als in der riesengroßen CDU. Da sind also Hemmungen vorhanden, sonst wären schon viele Leute bei uns. Diese Hemmungen spielen eine entscheidende Rolle. Im übrigen führt diese Angelegenheit unmittelbar zur Frage des Wahlrechts, der wir in Zukunft große Aufmerksamkeit widmen müssen.

*Adenauer:* Versetzen wir uns einmal eine Anzahl von Jahren zurück. Wodurch ist es gelungen, eine Christlich-Demokratische und eine Christlich-Soziale Union zu gründen? Das war doch die Reaktion gegen den Nationalsozialismus und seine Verfolgung des Christentums. Das liegt jetzt zehn Jahre hinter uns. Die Gefahr ist sehr groß, daß man das vergißt und zu solchen Parteien zurückkehren will, wie Sie es und Herr Kiesinger ausgeführt haben, in denen das Nationalgefühl unterstrichen wird. Daher sollten wir dafür sorgen, daß wir möglichst die Ernte in die Scheunen fahren und nicht die anderen.

Nun bekomme ich eben eine Nachricht, die ich den Herren aus Niedersachsen vorlesen möchte. Sie wird den Herren wahrscheinlich Anlaß geben, sofort den Herrn Hellwege anzurufen. Die Nachricht beruht auf einer Mitteilung des Ministers Oberländer, der mit Hannover gesprochen hat. Danach hat Herr Kopf heute früh Herrn von Kessel das Ministerpräsidium und mindestens drei Ministerposten angeboten. Die Zustimmung der DRP zur Wahl sei sicher. Deshalb hat Herr Oberländer mit Herrn Hellwege gesprochen. Herr Hellwege, den ich an sich sehr schätze, hat eine manchmal etwas übertriebene Sturheit. Er hat erklärt, er könne dem BHE nicht mehr geben als das Landwirtschaftsministerium und das mit dem Vertriebenenministerium vereinigte Wirtschaftsministerium ohne Verkehr.

Wenn man eine Koalition macht, dann kommt es bei Gott nicht auf ein Ministerium an. Das ist nach meiner Meinung direkt lächerlich. Sie sehen daraus, das Angebot hat Herr Kopf nicht gemacht ohne Genehmigung seines Parteivorstandes. Sie sehen weiter daraus, welch entscheidende Bedeutung die Sozialdemokraten dem beimessen, daß sie in Niedersachsen in der Führung bleiben. Wenn auch Herr Kopf nicht mehr da ist, sondern Herr von Kessel statt dessen, so würden sie doch in der Führung bleiben. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß Sie mit Herrn Hellwege sprechen.

*Cillien:* Herr Hellwege wird sicher bereit sein, dem BHE noch mehr zuzugehen, wenn es auf unsere Kosten geht. Herr Hellwege hat den Traum, er müßte Ministerpräsident in Niedersachsen werden, da er ein Umniedersachse ist. Wir haben ohne weiteres hingenommen, daß wir nur mit vier Ministerien abgefunden werden, aber es muß schließlich alles eine Grenze haben, sonst verlieren wir das Ansehen.

Die Dinge liegen einfach so: Das Wahlergebnis selbst hat unsere Bevölkerung gar nicht aufgeklärt über das tatsächliche Ergebnis. Das merkt sie erst, wenn eine Regierung gebildet wird ohne Kopf. Und das will die SPD um jeden Preis verhindern. Wenn die SPD aus der Regierung herauskommt, hat sie eine eklatante Niederlage, die in Niedersachsen nicht ertragen werden kann. Aus diesem Grunde versucht Herr Kopf alles und jedes. Er hat mir am Sonnabend gesagt, daß wir zusammen mit der FDP bei ihm eintreten könnten, und in schwierigen außenpolitischen Dingen wolle sich die SPD überstimmen lassen! Das ist natürlich eine Schaumschlägerei, die diese Roßtäuscher anwenden. Aber damit kann man nicht regieren.

Herr Bundeskanzler! Sie wissen, wie ich bereit war, auf jeden Fall diese Koalition zusammenzubringen, aber irgendwo liegt doch die Grenze. Herr Kessel ist wirklich nicht der Mann, der irgendwelches Vertrauen verdient.

*Adenauer:* Wir reden vollkommen aneinander vorbei. Ich würde nicht den Herrn von Kessel zum Ministerpräsidenten machen. Der BHE hat bisher drei Minister. Dann würde also einer von ihnen brotlos. Lassen wir doch die Dinge beim Namen nennen. Dieser dritte, der soll sein Brot weiter behalten. Das ist doch die ganze Geschichte! (*Fricke:* Eine angemessene Unterbringung!) Seien Sie nicht zu niedersächsisch! (*Cillien:* Ich bin doch Elsässer! – *Heiterkeit.*) Ich mute Ihnen gar nicht den Herrn Kessel zu, sondern es scheint sich darum zu handeln, daß ein drittes Ministerium geschaffen wird. Vielleicht sprechen Sie mal mit Herrn Oberländer. Das ist natürlich von Bedeutung für die Abstimmung im Kabinett. Da müssen Sie sich Sicherungen schaffen. (*Kaiser:* Die haben weniger Mandate als die Deutsche Partei!) Wer A sagt, muß auch B sagen. Es wurde von Herrn Tillmanns gesagt: SPD, DP und CDU zusammen eine Regierung. Man kann aber nicht dauernd im Lande sagen, die SPD ist eine Räuberbande, und dann geht man nach der Wahl mit ihr zusammen zum Traualtar. (*Tillmanns:* Man hat sich gewendet gegen die Alleinherrschaft der CDU!) Das ist ein Irrtum, Herr Tillmanns. Ich habe gehört, wie die Herren geredet haben. Ich habe gehört, wie dieser Forstmeister gesprochen hat. Ich weiß nicht, wie er heißt; ein sehr mutiger Mann. Er hat das Kind beim Namen genannt. Ich wiederhole nochmals: Auch in der Politik gibt es gewisse Formen. Ich kann unmöglich eine Partei in einer solchen Weise angreifen, wie die SPD tatsächlich angegriffen worden ist, und zwar mit Recht von der CDU, und dann nachher mit ihr zusammen eine Regierung bilden. Das ist doch unmöglich.

*Fricke:* Ich kann nur unterstellen, daß Herr Tillmanns die wirklichen Verhältnisse in Niedersachsen nicht so kennt, wie wir sie seit zehn Jahren erleben. Wir müssen Gelegenheit haben, einmal hinter die Kulissen zu schauen. Es muß in Niedersachsen einmal anders regiert werden. Wenn das nicht möglich ist ohne die SPD, müssen wir versuchen, durch eine schlagkräftige Opposition diese Verhältnisse zu ändern. Sie werden sich auch ändern!

Ich habe einen Anruf bekommen, daß Herr Kopf mit einigen Mitgliedern von heute früh 8 bis 11 Uhr mit Herrn von Kessel vor Beginn der Fraktionssitzung des BHE noch einmal verhandelt hat. Ich habe sofort eine Gegenmine gelegt und bin

davon überzeugt, daß es doch noch zu einem Arrangement kommen wird. Es wäre für die SPD nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in Bonn eine auf die Dauer nicht tragbare Situation, mit diesen sechs DRP-Leuten eine Regierung zu bilden. Diese Dinge sind also noch unklar. Ich hoffe, daß im Laufe der nächsten halben Stunde weitere Nachrichten eingehen werden. Das Schlimmste, was heute passieren könnte, wäre ein Beschuß des BHE: Neue Verhandlungen, um mehr herauszuschlagen.

*Adenauer:* Herr Oberländer hat nicht gesagt, die DRP soll in die Regierung kommen, sondern Herr Kopf hat erklärt, sie wählten ihn mit. Dann würde Herr Kopf ein Ministerium bekommen. Sie würden eventuell auch den Herrn Kessel wählen. Die Sache ist für die Sozialdemokraten unendlich wichtig und auch im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl sehr wertvoll.

Wenn die SPD jetzt in Niedersachsen ausgeschaltet wird, wo ist sie dann in zweieinviertel Jahren bei der nächsten Bundestagswahl? Sie ist nicht mehr in Schleswig-Holstein, nicht mehr in Hamburg, nicht mehr in Niedersachsen, nicht mehr in Nordrhein-Westfalen, nicht mehr in Rheinland-Pfalz. Sie ist noch in Bremen. In Baden-Württemberg ist sie so nebenbei, tritt aber nicht hervor. Sie ist noch in Hessen und in Bayern. In Bayern ist ein königlich-bayerischer Sozialdemokrat, der Herr Hoegner<sup>66</sup>, an der Spitze. Nun stellen Sie sich vor, wenn die Sozialdemokratie so in die Bundestagswahl hineingeht. Denken Sie daran, daß diese Leute spekulativ in die Wahl gehen. Sie wollen bei den Gewinnern sein. Ich kann nur unterstreichen, was die Herren gesagt haben. In Niedersachsen muß eine Wirtschaft getrieben worden sein in den letzten acht Jahren, die zum Himmel schreit!

Vielleicht sprechen Sie, Herr Fricke, einmal mit Herrn Oberländer. (*Cillien:* Das will ich machen. Ich habe schon zwei Gespräche mit ihm geführt!)

*Tillmanns:* Ich habe zu meinem Nachbarn nicht etwa gesagt, ich wäre für diese Koalition, sondern habe nach den Nachrichten, die wir bekamen, und unter dem Eindruck, daß der BHE zu einer Erpressung überging, die über die Grenzen hinausgeht, der Meinung Ausdruck gegeben, dann wäre das vielleicht die gegebene Lösung.

*Adenauer:* Der BHE geht nicht zu einer Erpressung über, sondern die Sozialdemokratie versucht, den BHE zur Erpressung zu verleiten.

*Gerstenmaier:* Ich finde die Situation doch höchst gefährlich. Was ist, wenn Herr Kessel sagt: Die CDU ist bereit zu konzedieren, daß ich Ministerpräsident werde!

*Adenauer:* Warten Sie doch mal ab. Ich glaube nicht, daß Herr Kessel das tun wird. (*Fricke:* Es war die Rede davon, daß Herr Kessel Ihnen einen Bericht geschickt hat.) Ich kenne keinen Bericht.

---

66 Dr. Wilhelm Hoegner (1887–1980), 1924–1933 MdL Bayern (SPD), 1930–1933 MdR, 1945–1946 Ministerpräsident, 1946–1947 Justizminister und stv. Ministerpräsident, 1946–1970 MdL, 1950–1954 Innenminister und stv. Ministerpräsident, 1954–1957 Ministerpräsident, 1961–1962 MdB, seit 1946 Honorarprofessor für Bayerisches Verfassungsrecht (Memoiren: Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik. München 1977 sowie: Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten. München 1959; KRITZER).

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben uns über die allgemeine Entwicklung des Parteiwesens genügend ausgesprochen. Es bleiben noch übrig die FDP und die SPD. Vielleicht äußert sich einer der Herren dazu. Ich habe ausgeführt: bis auf weiteres Geduld mit der FDP. Ich unterstreiche die Worte „bis auf weiteres“, d.h. also, nicht immer, sondern nur bis zum gegebenen Zeitpunkt.

Was die SPD angeht, so habe ich Ihnen vorgetragen, daß ich einen neuen Schritt auf die SPD zugetan habe, indem ich ihnen vorgeschlagen habe, einen geeigneten Mann, der ihrer Partei angehört, zum Staatssekretär im Verteidigungsministerium zu machen. Das ist ein ungemein wichtiger Posten. Nach den Zeitungsnachrichten ist das vom Vorstand der SPD abgelehnt worden.

Ich darf Ihnen – das ist streng vertraulich – sagen, daß mich Herr Ollenhauer neulich daraufhin angesprochen hat. Er hat mich gebeten, ich möchte doch darauf verzichten; ich möchte sie nicht in diese peinliche Lage bringen. Das habe ich natürlich nicht getan, sondern ihm darauf einen Brief geschrieben und ihn gebeten, seine Bedenken fallenzulassen. Auf diesen Brief erwarte ich jetzt noch eine Antwort. Wenn er mir wenigstens schrieb, wer in Frage käme! Ich hatte an Herrn Dudek<sup>67</sup> gedacht, der jetzt in Hamburg Finanzberater des DGB ist. Ich kenne ihn nicht genügend, um ein genaues Urteil über ihn zu haben, aber im allgemeinen ist das Urteil über ihn gut. Er hat unter Noske<sup>68</sup> gearbeitet, die Reichswehr aufzustellen. Er hat also Erfahrungen, und er möchte selbst sehr gern kommen.

*Von Brentano:* Es ist schon gesagt worden, wie notwendig es ist, daß wir uns auch mit der Frage des Wahlgesetzes beschäftigen, um mit diesem Mittel zu verhindern, daß derartige Wahlergebnisse wie jetzt in Niedersachsen möglich sind. In Niedersachsen hat man mit einer Mehrheit ein Wahlgesetz gemacht ohne eine Sperrminorität, obwohl die Verfassung eine solche Minorität bis zu 10 % vorsieht.<sup>69</sup> Man hat es gemacht, weil man hoffte – und das ist so ausgegangen –, daß einige kleine Splittergruppen mit wenigen Prozenten genügend Stimmen sammeln würden, um daraus ein Mosaik zu machen, das vollkommen unübersichtlich ist.

Das Wahlgesetz hat dazu geführt, daß zwei Kommunisten, ein Zentrums-Mann und sechs DRP-Leute in den Landtag gekommen sind. Das war der erste Schritt. Und nun folgt der zweite bei der Regierungsbildung. Es ist ein Vorgang ohnegleichen, daß der sozialistische Ministerpräsident Kopf es wagt, ein solches Bündnis anzubieten, und sich bereit erklärt, mit der DRP zusammenzugehen, wenn man weiß, was dieser Haufen – es ist ja keine Partei – politisch zu bedeuten hat. Eine solche Entwicklung müssen wir in Zukunft durch ein neues Wahlgesetz steuern.

67 Dr. Walter Dudek (1890–1976), seit 1917 SPD, 1919–1923 Bürgermeister Fürstenwalde/Spree, 1925–1933 Oberbürgermeister Harburg-Wilhelmsburg, 1946–1953 Senator der Kämmerei bzw. Finanzbehörde Hamburg, ab 1953 Berater des DGB. – Briefwechsel zwischen Adenauer und Ollenhauer in KLOTZBACH S. 356f.

68 Gustav Noske (1868–1946), 1906–1918 MdR (SPD), 1919–1920 Reichswehrminister.

69 Niedersächsische Landeswahlordnung vom 31. März 1947 sowie Fassung vom 5. März 1951 mit Änderung vom 1. April 1953 (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 557).

Damit komme ich auf ein Thema, das wir hier besprechen sollten. Wir sind in diesen Besprechungen ein wenig hängengeblieben aus der notwendigen Rücksicht auf die Koalition.

Ein Zweites möchte ich erwähnen. Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht mit großem Ernst darauf hingewiesen, wie schwierig es ist, die neue Wehrmacht gegen die Opposition der SPD auf die Beine zu stellen, und wie erwünscht es sei, hier mindestens eine Duldung der SPD zu erfahren; denn einmal wird die Tatsache, daß die SPD und auch der DGB sich gegen die Wehrmacht stellen, das Volk verwirren, und zweitens besteht damit die Gefahr, daß diese Wehrmacht von Anfang an zu einem politischen Instrument wird. Es ist dann nicht mehr eine Wehrmacht, die sich klar und deutlich bewußt ist, daß sie eine Gruppe ist, die der Demokratie, den staatlichen Organen, zu gehorchen hat, sondern es treten die Versuchung und die Verlockung auf, daß sie sich als ein politisches Gewicht empfindet und vielleicht auch davon Gebrauch zu machen versucht.

Ich bin mir klar darüber, daß die Situation in der SPD von Tag zu Tag ernster und schwieriger wird. Es gibt sicherlich sehr erhebliche Kreise in der SPD, die mit dieser Entwicklung unzufrieden sind. Aber es ist dahin gekommen, was wir vorausgesagt haben: Durch dieses unnatürliche Bündnis, das sie geschlossen hat, hat sie die Geister gerufen, die sie heute nicht mehr los wird. Ein Beispiel dafür ist der Parteitag der SPD in Südhessen.<sup>70</sup> Ich habe einen Bericht von einem Sozialdemokraten bekommen, der dort war. Er sagte, er sei von diesem Parteitag tief erschüttert nach Hause gegangen. Die SPD in Südhessen war immer radikal, aber was dort diskutiert wurde und der Slogan, der dort geherrscht hat, war völlig kommunistisch.

Von einigen Rednern sind einige sozialdemokratische Abgeordnete mit Namen genannt und angegriffen worden, so die Herren Carlo Schmid, Erler, Brandt usw. Es ist gesagt worden, daß sich diese Leute unverantwortlich benähmen gegenüber der SPD. Ein Mann wie Birkelbach<sup>71</sup> hat in dieser Konferenz erklärt, jeder sozialdemokratische Abgeordnete im Bundestag, der es wagen würde, an den Ausschußberatungen über die Wehrgesetze teilzunehmen, müsse aus der Partei herausgeschmissen werden. Das ist mit tosendem Beifall aufgenommen worden.

Der erste sichtbare Erfolg dieser Konferenz wenige Tage darauf waren die Betriebsratswahlen, bei denen die Kommunisten ihre Sitze von 4 auf 14 erhöhen konnten, während die Sitze der Sozialdemokraten und der CDU entsprechend zurückgegangen sind.<sup>72</sup> Diese Entwicklung müssen wir sehen. Wie wir ihr steuern können, weiß ich

70 Am 23./24. April in Rüsselsheim (AdsD Bestand Hessen-Süd vorl. Nr. 334a). Zu SPD und Wiederaufrüstung vgl. KLOTZBACH S. 356–362.

71 Willi Birkelbach (geb. 1913), 1949–1964 MdB (SPD), 1954–1963 Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd, 1964–1969 Staatssekretär in Hessen (Staatskanzlei).

72 Bei den Betriebswahlen im Bergbau und in der eisenverarbeitenden Industrie konnten die Vertreter der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft ihren Anteil etwas erhöhen. Unter politischen Gesichtspunkten gewichtetes Ergebnis im Bergbau: 39 % SPD (vorher 40 %), 30 % CDU (29 %), 21,5 % KPD (22,8 %), 9,4 % Unabhängige (6,8 %). Vgl. UiD vom 7. April 1955.

nicht. Aber eines sollten wir tun. Wir sollten gerade jetzt versuchen – obwohl ich weiß, wie problematisch das ist –, die Leute der SPD, die damit nicht einverstanden sind, anzusprechen. Es ist gut, daß Sie diesen Brief geschrieben haben, damit Herr Ollenhauer nicht behaupten kann, daß wir diese Zusammenarbeit nicht gesucht hätten. Es wäre zu überlegen, was hier geschehen kann, um aus der SPD diesen betreffenden Kreis etwas herauszulösen. Man kann wohl sagen, daß die Krise bei der SPD nicht geringer ist als beim BHE. Leute aus der SPD haben mir gesagt, man habe schon heute Angst, daß auf dem Umwege über den radikalen Flügel die SPD das werde, was einmal die USPD war, die sich völlig lossagte von den maßvollen Leuten. Man befürchtet, daß bei der nächsten Wahl nur noch die radikalen Leute zum Zuge kommen werden. Dann haben wir eine Entwicklung, die auf den Bürgerkrieg zugeht mit allen Konsequenzen. Wie wir dem steuern können, das weiß ich nicht.

*Adenauer:* Es wird nicht so heiß gegessen, wie gekocht wird. Das ist ein alter Satz, der noch immer wahr gewesen ist. Ich habe auch von sozialdemokratischer Seite einen Bericht über den Parteitag in Südhessen bekommen, die Sache sei schrecklich gewesen. Ich habe heute morgen schon davon gesprochen und möchte es in diesem Zusammenhang nochmals wiederholen – das aber ganz unter uns gesagt –: Wer ist denn heute der tatsächliche Machtinhaber in Deutschland? Das ist doch nicht die Bundesregierung. Das ist nicht der Bundestag, das ist nicht eine Länderregierung, sondern das sind die Gewerkschaften. So ist es doch! Und wir haben nicht einmal einen Schutz dagegen!

Aber das ganze Bild – bitte nehmen Sie es richtig auf, und zwar so, wie ich es sage – ändert sich in dem Augenblick, in dem in der Bundesrepublik wieder eine Wehrmacht ist. Ein Staat, der keine Wehrmacht hat, ist machtlos. Da kann man sagen, was man will. Und Demokratie hin, Demokratie her, wenn Leute da sind, die gegen die Demokratie angehen, und die Demokratie hat nichts, was sie schützt, als ihr Prinzip, dann ist sie eben verloren. Das war immer so; das war auch beim Nationalsozialismus so, als von der anderen radikalen Seite her die Grundlagen der Demokratie erschüttert und sie nachher beseitigt wurden.

Deswegen betrachte ich die nächsten zwölf Monate als eine gefährliche Zeit. Wir beabsichtigen, zunächst Freiwillige einzuziehen. Wir werden dem Bundestag zuerst ein Gesetz über die Freiwilligen vorlegen.<sup>73</sup> Wir haben jetzt schon, obwohl wir noch nicht dazu aufgerufen haben, 110.000 oder 120.000 Meldungen von Freiwilligen. Ich bin davon überzeugt, wenn wir erst aufrufen, werden wir noch viel mehr Meldungen bekommen.

Wir bekommen zum Grenzschutz soviel Meldungen, daß wir die Leute gar nicht verwenden können. Ein junger Bergmann im Alter von 19 Jahren, der auf irgendeiner Zeche bei Essen arbeitet und in einem Heim zusammen mit anderen Bergleuten wohnt, sagte mir dieser Tage, daß sich von 62 Leuten, die dort wohnen, 17(?) freiwillig

---

<sup>73</sup> Das Gesetz über die vorläufige Rechtsstellung der Freiwilligen in den Streitkräften wurde am 18. Juli 1955 vom Bundestag verabschiedet (in Kraft am 23. Juli – BGBl I S. 449).

zum Grenzschutz gemeldet hätten. Sie haben auch sicher von den demoskopischen Untersuchungen gelesen, wonach sich 67 % der jungen Leute für den Wehrdienst ausgesprochen haben, und zwar 30 % mit der Begründung, wir tun es gern, und 37 % haben gesagt, weil es notwendig ist.

Wenn wir das alles einmal in Ordnung haben, dann ist kein Verkehrsstreik mehr möglich, weil dann durch das Militär ein Ersatz eingerichtet werden kann mit Omnibussen und Gott weiß wie. Ich erinnere mich noch an den vergangenen Sommer, als ein Verkehrsstreik in Nordrhein-Westfalen drohte. Da hat Herr Meyers klugerweise sofort alles vorbereitet, um für den Fall eines Verkehrsstreiks sogleich mit Omnibussen einen Ersatz einrichten zu können. Dann ist auch kein Streik der Versorgungsbetriebe – wie Wasser, Strom und Gas – mehr möglich, weil dann Ersatz geschaffen werden kann. Dann wird sich das auch wieder beruhigen. Ich vergesse niemals, auch wenn ich noch viel älter werden sollte, die Zwischenrufe, die mir gemacht wurden im Bundestag, als ich die Errichtung einer Wehrmacht befürwortet habe. Damals wurde von sozialdemokratischer Seite der Zwischenruf gemacht: Wer die Soldaten hat, der hat die Macht! Das wurde mir entgegengehalten. Und das ist der innere Grund bei diesen Leuten. Das müssen wir in Gottes Namen tragen und sehen, wie wir da durchkommen. Ich denke, wir werden auch da durchkommen. Wir wollen nicht davor zurückschrecken. Ich bin von einem überzeugt: Es gibt sehr viele Sozialdemokraten im Lande, die mit der Errichtung einer Wehrmacht durchaus einverstanden sind. Da wollen wir mal sehen, was die Schreier fertigbringen!

*Kaiser:* Gott verhüte es, daß ein Tag kommt, an dem deutsche Soldaten – zu Recht oder zu Unrecht – gegen revoltierende Gewerkschaftler, oder wer es ist, einschreiten müssen. Das ist bisher noch nicht geschehen. Aber wenn das kommt, dann ist das ein Verhängnis. Ich möchte wünschen, Herr Bundeskanzler, was Herr von Brentano ausgesprochen hat, wir sollten noch einmal sehr reiflich überlegen unser Verhältnis zur SPD und zum Deutschen Gewerkschaftsbund; denn mit einem Mann, den Sie mit dem Blick auf die werdende Wehrmacht nun der SPD nahegelegt haben, kann man in dieser Sache nicht zur Klärung kommen. Dafür ist diese politische Gemeinschaft auf der anderen Seite zu groß. (*Adenauer:* Was wollen Sie denn tun?) Herr Bundeskanzler, ich bin von einer großen Sorge erfüllt. Wenn dieser Spannungszustand zwischen der Führung der Politik in diesem Lande und der Opposition, der SPD, in der Art, wie er heute bei uns besteht, bei dieser Radikalisierung weiter um sich greift und Fortschritte macht in unserem Volk, und zwar so, wie es deutlich geworden ist, dann erfaßt er auch die besonnenen Elemente, seien sie in der SPD oder im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist nicht so schlecht. Das hat der Ablauf bei den Bergarbeitern unter Beweis gestellt, daß die Leute noch besonnen sind.<sup>74</sup> Aber es kann zu einer Gefahr werden – und, Herr Bundeskanzler, das geht Sie ganz persönlich an, wir sind alle des Respektes voll vor dem, was unter Ihrer Führung für Deutschland

---

74 Vgl. Anm. 72.

erreicht worden ist –, wenn dieses Fernhalten der sozialdemokratischen Kreise von der Mitverantwortung am politischen Geschehen anhält, was nicht heißt: Mitarbeit an der Regierung. Ich sehe eine Gefahr heranwachsen.

Dieser brave Ollenhauer oder Carlo Schmid – ich sage brav deswegen, weil er wirklich keine streitbare Figur ist –, das ist doch kein Mann wie Schumacher. Der Schumacher war ein Feuerbrand. (*Adenauer*: Lebte Herr Schumacher noch, dann stünde es besser da!) Es wächst den Leuten über den Kopf. Ich glaube nicht, daß das ein guter Gedanke war, den Sie ausgesprochen haben, die Soldaten gegen solche inneren Volksaufstände zu schicken. (*Adenauer*: Das stimmt doch gar nicht!) Gott verhüte es, daß es dazu kommen könnte! Nicht einmal in der kaiserlichen Zeit ist es so gewesen. Wilhelm II.<sup>75</sup> hat einmal bei einem Bergarbeiterstreik gesagt: Nun schicke ich Soldaten dagegen. Aber dann hat er das eingesehen und sie zurückgezogen. Das ist ein wichtiges Kapitel und berührt die Politik insgesamt. Ich möchte wünschen, daß wir uns darüber in großer Besonnenheit austauschen.

*Adenauer*: Das stimmt ja doch nicht, Herr Kaiser! Diese Besonnenheit würde ich Ihnen wünschen. Ich habe kein Wort davon gesagt, Soldaten dagegen zu schicken. Und wenn Sie das sagen, so muß ich mit größter Entschiedenheit dagegen protestieren. Ich habe gesagt: Dann ist ein Verkehrsstreik nicht mehr möglich, weil man einen Ersatzverkehr schaffen kann. Ich habe weiter gesagt: Es gibt auch keinen Streik mehr bei den Versorgungsbetrieben, wie Wasser, Strom und Gas.

Wollen Sie vielleicht zulassen, daß die Leute kein Gas, kein Wasser und keinen Strom mehr bekommen, nur weil vielleicht 30 Funktionäre das beschließen? Ich verstehe Sie überhaupt nicht mehr. Was soll ich denn noch gegenüber den Sozialdemokraten tun? Wie bin ich den Leuten nachgelaufen, jetzt noch, indem ich diesen Vorschlag gemacht habe. Und was bekomme ich zur Antwort? Ich meine, das sind alles schöne Worte, Herr Kaiser, und daß Sie mich mit dem Kaiser Wilhelm vergleichen, betrachte ich nicht als ein Kompliment!

*Kiesinger*: Niemand wird sich dem Ernst des Problems verschließen, wie es Herr von Brentano dargestellt hat. Man hat sich immer wieder gefragt, wie läßt sich dieser Prozeß der Radikalisierung, der von der SPD aus vor sich geht, beseitigen. Aber die Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, zeigen uns doch, daß wir praktisch wohl nicht in der Lage sind, durch irgendeine Art von Paktieren mit der SPD viel zu ändern.

Es ist naheliegend, ein paar Gedanken dazu zu sagen, wenn man eine Partei im ganzen Bundesgebiet völlig in die Opposition treibt und darauf ausgeht, sie in den Ländern auch auszuschalten. Das wäre vielleicht eine falsche Politik; aber da, wo wir ihr Möglichkeiten einräumen oder einräumen, zeigt sich immer wieder, daß sich im Gesamten nichts ändert und daß die gemäßigten Kräfte durch ein Entgegenkommen unsererseits nicht gestärkt werden, sondern sie werden sofort von den radikalen Kräften verdächtigt, und dann ziehen sie sich ins Schneckenhaus zurück.

---

75 Wilhelm II. (1859–1941), 1888–1918 Deutscher Kaiser. – Unklar, welcher Streik (1889, 1905, 1912) gemeint.

Herr Kollege Kaiser, ich habe es mir wirklich angelegen sein lassen, aber ich sehe tatsächlich nicht, wie wir es im Augenblick anders machen können, als wir es gemacht haben. Es ist heute schon so – man spürt es deutlich –, wenn man im Bundestag einen versöhnlichen Ton anschlägt, dann passiert sofort, daß aus den mittleren oder hinteren Reihen protestierende Zwischenrufe kommen, die verhindern wollen, daß durch ein versöhnliches Gespräch ein Klima geschaffen wird, welches vielleicht unerwünscht wäre. Wir können also tatsächlich, wenn ich die Lage überblicke, nur folgendes tun: Wir sollten sorgfältig beobachten, was geschieht. Wir sollten die gemäßigten Leute der SPD nicht vor den Kopf stoßen. Aber wir sollten auch nicht glauben, durch ein paar Maßnahmen da und dort wirklich in dieser Partei etwas ausrichten zu können.

Ich fürchte also, wir müssen den Prozeß, der in dieser Partei vor sich geht, vorläufig sich selbst überlassen. Wir sollten versuchen, einen Bund zu schließen mit den sogenannten gemäßigten Kräften. Wir erleben, daß sie in ihrer eigenen Partei jeden Einfluß verlieren. So habe ich es in den vergangenen Jahren gesehen. Wir sollten also dieses sehr ernste Problem einmal in aller Ruhe überlegen und anpacken. Man kann das nicht bei einer einzigen Gelegenheit tun.

Nun ein paar Gedanken zur Frage der Wehrmacht. Ich habe den Herrn Bundeskanzler so verstanden, wie er es gesagt hat. Ich würde noch hinzufügen, eine Wehrmacht hat immer eine Integrationsfunktion in einem Volk. Wir können entweder nur ja oder nein zur Wehrmacht sagen. Wenn wir ja zu dieser Wehrmacht sagen, dann müssen wir aber auch alles tun, damit ihre Integrationsfunktion in unserem Sinne verläuft. Sie hat eine ganz bestimmte Ordnungsfunktion, aber nicht in dem Sinne, daß sie eingesetzt werden soll gegen streikende Arbeiter und dergleichen. Wenn wir der neuen Wehrmacht von vornherein mit solchen Vorbehalten gegenüberstehen, mit einem gesunden Mißtrauen gegen alles, was aus einer gewissen Tradition kommt, so ist das durchaus am Platze. Aber da sie eine Notwendigkeit ist, müssen wir sie auch mutig anpacken und müssen guten Glauben haben.

Ich bin durchaus der Meinung, wir werden es schaffen, daß sie eine Integrationsfunktion in unserem Sinne wird. Man könnte noch einiges hinzufügen. Ich muß gestehen, vor dem sozialdemokratischen Problem stehe ich seit längerer Zeit ziemlich hilflos da. Das bedeutet, daß wir in Gottes Namen keine andere Politik machen können, als da und dort in einem Lande klugerweise etwas Luft zu geben. Über die Wehrfrage hat sich die Sozialdemokratie, wenn ich mich recht erinnere, seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges immer entzweit. Das erträgt diese Partei gemäß ihrer Tradition offenbar nicht recht. Es ist möglich, daß über diese ganzen Dinge in Zukunft ebenfalls ein Bruch dieser Partei kommen wird. Keiner weiß es vorläufig.

Ich darf folgendes Beispiel anführen: Ein sehr wichtiger Sozialdemokrat erzählte mir aus dem süddeutschen Raum, daß er bei irgendeinem Vortrag in einer Parteiversammlung zur Wehrmacht Stellung genommen habe in dem Sinne, wenn nun schon, dann auch richtig. Da erhob sich gegenüber dem sonst hochangesehenen und außerordentlich einflußreichen Manne ein kleiner Funktionär und stellte den Antrag,

dem Genossen das Wort zu entziehen, weil er es gewagt habe, auch nur daran zu denken, daß es eine deutsche Wiederaufrüstung geben könne. Und es bedurfte allerhand Auseinandersetzungen, bis die Angelegenheit mit ein bißchen Höflichkeit beigelegt wurde. Das zeigt, wie die innere Lage der Partei ist. Ich fürchte daher, hier muß man eine ganz andere Operation vornehmen als die, die vorgeschlagen worden ist.

*Von Hassel:* Ich darf ein paar Sätze anfügen, Herr Minister Kaiser. Ausgangspunkt der Debatte war die Radikalisierung, die sichtbar wurde auf einem Parteitag der SPD in Südhessen. Daran wurde angeknüpft, daß es notwendig sei, in ein Gespräch darüber einzutreten, ob die SPD in die Verantwortung hinein müsse. Ich muß eines sagen, Herr Kaiser, in Südhessen und in Hessen überhaupt ist die SPD in der totalen Verantwortung seit Jahren. Und weil sie dort in der totalen Verantwortung zu dieser besonderen Radikalisierung neigt, so ist das mir ein Beweis dafür, daß das, was Herr Kiesinger gesagt hat, zutrifft.

Diesen Radikalisierungsprozeß wird man erst dann beenden können, wenn die hauptamtlichen Funktionäre im Grunde genommen nichts mehr zu tun haben werden. Der Fall Hessen, wo die SPD allein regiert, ist ein Beweis dafür, daß Ihre Tendenz, sie mit in die Verantwortung zu ziehen, nach meiner Meinung sich nicht verwirklichen läßt. Ich bin davon überzeugt, wenn der Herr Bundeskanzler Herrn Ollenhauer zu seinem Stellvertreter machen würde, dann würde damit der Radikalisierungsprozeß nicht aufhören. Auch für die anderen Länder bin ich sehr skeptisch.

*Adenauer:* Wenn ich zu Herrn Ollenhauer sagen würde, willst du mit in die Regierung kommen, dann würde er nein sagen; anders nichts. Denn sie spekulieren auf die nächste Bundestagswahl. Und daher spielen sie eben die radikale Opposition um jeden Preis. Da kann man mit Engelszungen reden, sie tun es einfach nicht! Erst wenn die nächste Bundestagswahl ihnen gezeigt hat – was wir hoffen –, daß die Mehrheit des deutschen Volkes eine solche Geschichte, wie sie die SPD macht, nicht will, dann kann die Scheidung der Geister in der SPD kommen.

Ich spreche von der Scheidung der Geister. Denken Sie daran, daß eine ganze Reihe von Kommunisten in der SPD sind. Die wühlen und arbeiten dort, gerade bei den unteren Funktionären. Das sind doch Kommunisten! Weiß der Kuckuck, woher sie kommen. Es ist merkwürdig, daß von den Leuten, die über die Zonengrenze kommen, ein ganz großer Teil spurlos verschwindet. Allein in Rheinland-Pfalz ist festgestellt worden, daß sich dort 20.000 herumtreiben, die über die Grenze gekommen sind. Wahrscheinlich sind es Kommunisten, die dort zu unterminieren versuchen. Also, da helfen gute Gespräche wirklich nichts. Es gibt kaum ein größeres Angebot als das, was ich Ihnen gemacht habe. Stellen Sie sich bitte einmal vor, der Staatssekretär in der aufzubauenden Wehrmacht [wäre] ein Sozialdemokrat, natürlich keiner, den sie ausgesucht haben, aber ein erwiesener Sozialdemokrat! Das ist doch, wenn nur ein Funke guten Willens auf der anderen Seite wäre, geradezu ein göttliches Geschenk; denn dieser Sozialdemokrat als Staatssekretär hat doch einen Einfluß in Personalsachen von größtem Ausmaß. Und so etwas wird ausgeschlagen!

Darum hat mich Herr Ollenhauer gebeten, ihn nicht zu fragen, damit nicht der Zwist bei ihnen dadurch losgeht. Er hat mir gesagt, ob ich mich begnügen wolle mit einem Staatssekretär, der ihnen nahestünde. Ich habe gesagt, dann nennen Sie mir jemand. Er hat mir keinen genannt. Nehmen Sie doch bitte, Herr Kaiser, die Dinge wie sie sind.

*Kaiser:* Ich habe nicht nur an eine Bemerkung von heute gedacht, sondern auch an andere Bemerkungen. (*Adenauer:* Bitte, nennen Sie die Bemerkungen!) Das wäre ein Verhängnis für unser Volk. Wir müssen herausstellen den inneren Unterschied. Von den Ländern her wird das nicht allein in Schach gehalten. Ich habe von Anfang an diesen erschreckenden Spannungszustand zwischen der SPD und uns miterlebt. Ich weiß, welche Schuld auf Seiten der SPD liegt. Ich habe den Schumacher selbst kennengelernt und habe auch erfahren, wie die SPD ursprünglich darüber dachte, nur bin ich von der Sorge erfüllt, wenn dieser Spannungszustand weiter so wirkt, so ist das keine sachliche Politik mehr, sondern sie wird getrieben aus Haß und Abneigung. Es wird nicht mehr sachlich entschieden; da kann die Politik von uns noch so gut sein.

Es wächst ein Zustand heran, der vieles kaputt machen kann, was sonst gut gemacht worden ist. Ich habe nur den Wunsch, Herr Bundeskanzler, daß das zu würdigen versucht wird. Es ist eine große und ernste Sorge. Darunter leiden auch auf der anderen Seite Männer ... (*Adenauer:* Meinen Sie, es wäre für mich keine große und ernste Sorge? Würde ich sonst dieses Angebot gemacht haben?) Es gibt auch in diesem Lager Kräfte, die der Auffassung [sind], man könnte mit der SPD überhaupt fertig werden. Es ist eben meine Erkenntnis, das wird nicht möglich sein; denn sie ist eine große politische Kraft und wird es auch bleiben, mit der zu rechnen ist.

*Adenauer:* Ich erkenne an, daß es notwendig ist, daß eine Sozialdemokratische Partei in Deutschland besteht, aber ich wünsche, daß diese Sozialdemokratische Partei in Deutschland sich ihrer Pflichten gegenüber dem Staat bewußt bleibt. Das wünsche ich!

*Tillmanns:* Ich möchte nur feststellen, daß nach meiner Meinung und nach meinem Eindruck diese Sorge um die Situation, wie sie bei der SPD entstanden ist, uns gemeinsam ist. Wir sollten uns in der Diskussion, wenn verschiedene Ansichten geltend gemacht werden, unsererseits nicht auseinandersetzen, sondern versuchen, die Sorgen ernst zu nehmen. Wir haben doch diese Sorgen alle miteinander.

Ich sehe die Situation bei der SPD so: Die SPD hat, als es zur Gründung dieser Bundesrepublik kam, damit gerechnet, daß sie die Führung haben und daß der erste Bundeskanzler Schumacher heißen würde. Das ist anders gekommen. Das war der erste große Schock, den sie erhielt. Unter diesem Schock hat sie in der ganzen ersten Wahlperiode des Bundestages gestanden. Die ganze emotionale Verhärtung kam daher. Sie setzte dann alle Hoffnungen auf die zweite Wahl. Diese zweite Wahl hat ihr eine noch größere Niederlage gebracht und ihre Opposition noch schlechter gemacht. Und nun geht dieser Staat, der gegen die SPD und ihre Vorstellungen entstanden ist, hin

und schafft auch noch eine Wehrmacht. Man muß einmal versuchen, das von dieser Seite aus zu verstehen.

Daß da natürlich gesagt wird, jetzt ist es aus mit uns, wenn eine neue Wehrmacht kommt, ist klar. Dadurch tritt auch eine weitere Verhärtung bei ihnen ein. In diese verhärtete Opposition – und das ist das Entscheidende – spielt und wirkt nun hinein die kommunistische Politik von Pankow, für die die Unterwanderung die gegebene Situation ist, um diesen Staat aus den Angeln zu heben. Das gilt vor allem für die Gewerkschaften bei ihrem Gedanken, daß diese Wehrmacht nicht in ihren Händen ist.

Nun die Frage, Herr Bundeskanzler, wenn das richtig gesehen ist, was sollen wir tun? Ich bin auch nicht der Meinung, daß man durch Entgegenkommen sehr viel wird erreichen können, aber ich meine doch, daß es für uns ein Gegenstand der Überlegung wäre, was an uns liegt zu versuchen – ich bin durchaus der Auffassung, daß das auch in der Vergangenheit geschehen ist –, die Atmosphäre zwischen Regierung und Opposition zu beeinflussen. Wir stehen in einer gewissen Schwierigkeit mit einigen unserer Koalitionskollegen bzw. Partnern. Diese Schwierigkeit gegenüber der FDP ist dadurch entstanden, daß die FDP bis zur oder in der Bundestagswahl 1953 den Versuch gemacht hat, mit uns zusammenzuarbeiten, und ihren Wählern gesagt hat, wir sind für die Adenauer-Politik, ihr könnt daher genausogut FDP wählen. Aber die Wähler haben gesagt: Wenn wir schon für Adenauer sind, dann wählen wir auch die Hauptfirma und nicht die Filiale. Das hat bei der FDP die Auffassung erzeugt: Unsere Propaganda war falsch, wir müssen jetzt bei jeder Gelegenheit zeigen, daß wir eine eigene Meinung haben. Da aber Herr Dehler es nicht wagt, in Opposition zu gehen, haben sie im Kabinett an diesem Tage diese und am anderen Tage jene Meinung. Daß die FDP sich gewisse Dinge uns gegenüber leistet, ist nur dadurch zu erklären, weil sie genau weiß, daß der Graben, der uns von der Opposition trennt, so tief ist, daß sie mit uns machen kann, was sie will; denn wir haben keine andere Möglichkeit politisch, als mit ihr zusammenzugehen.

Auch diese Überlegung sollte uns den Gedanken nahelegen, ob wir es nicht erreichen können – ich mache niemand einen Vorwurf –, zwischen der Regierung und der Opposition eine andere Atmosphäre, wie es beispielsweise in gewissen angelsächsischen Staaten der Fall ist, herzustellen. Ich behaupte gar nicht, daß das nun Wunder wirken würde, aber es ist doch naheliegend, wenn wir schon der Meinung sind, daß in der SPD verschiedene Auffassungen bestehen, daß wir nicht gerade so taktieren, um die gemäßigten Leute durch besondere Schärfe mit den Radikalen weiter zusammenzutreiben.

Es geht im Augenblick in der SPD um die Frage: Wollen wir beim Aufbau der neuen Wehrmacht mitarbeiten oder bleiben wir radikal in der Opposition bis zur äußersten Konsequenz? Da ist der Gegensatz sehr groß. Verstehen Sie mich nicht falsch, Herr Bundeskanzler, ich habe ein gewisses Verständnis dafür, daß der Vorstand der SPD nicht gerade sagen kann, wir sind einverstanden, daß ein Mann von uns Staatssekretär wird. Wenn die SPD das in der gegenwärtigen Situation sagen würde, dann wäre damit praktisch schon die Entscheidung in diesem Kampf gefallen. Ich

frage mich, ob die Entschließung, die der SPD-Vorstand gefaßt hat, unter Umständen nicht auch so zu deuten ist: Wenn der Mann ohne unsere Zustimmung kommt, dann ... (Adenauer: Das ist mir genauso recht!) Herr Bundeskanzler, ich würde nur aus der Tatsache „Wir können unsere Zustimmung nicht geben“ nicht zwingend folgern; denn da liegt doch noch eine Möglichkeit offen. Deshalb sollten wir den Versuch machen, wie Sie es in diesem Punkt getan haben, von uns aus den Faden weiterzuspinnen.

Ich kann nur erklären, daß wir die Wirksamkeit der kommunistischen Politik in diesem Augenblick nicht unterschätzen dürfen. Da ergeben sich für uns große Gefahren, die ich für so ernst halte, daß wir von uns aus alles tun sollten, auch wenn wir die Erfolge für relativ gering einschätzen, unter Aufrechterhaltung des Verhältnisses Regierung/Opposition zu einer anderen Atmosphäre zu kommen.

Adenauer: Damit kein Mißverständnis entsteht! Ich habe zuerst durch Herrn Globke einen Herrn fragen lassen, von dem ich wußte, daß er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist. Ich lasse den Namen weg. Darauf hat der Herr gesagt, ich muß erst meine Partei fragen. Und dann hat er später erklärt, meine Partei lehnt es ab, mir die Zustimmung zu geben. Dann habe ich mich durch Herrn Globke an Herrn Dudek gewandt. Und Herr Dudek hat gesagt, ich bin durchaus einverstanden, aber der Bundeskanzler muß die Einwilligung meiner Partei haben. Darauf habe ich gesagt, nein, das mußt du tun. Ich will das nicht tun, weil ich dich nicht in diese Situation versetzen will. Danach spricht mich Herr Ollenhauer an, hier in diesem Saal, und sagt, bitte tun Sie es doch nicht. Dann habe ich allerdings – das gebe ich zu, Herr Tillmanns, und Herr von Brentano hat gesagt, das war sehr gut – Herrn Ollenhauer einen Brief geschrieben: Sie haben die Bedenken geäußert, lassen Sie die Bedenken fallen. Darauf erwarte ich jetzt noch eine Antwort. Sie kennen mich doch dafür, ich verstehe die Lage des Herrn Ollenhauer durchaus, ich verstehe auch die Lage des Parteivorstandes. Sie haben es vollkommen richtig geschildert. Ich bin auch bereit, bei sich bietender Gelegenheit die Hände zur Versöhnung zu reichen. Es ist schon wieder etwas im Gange, aber es handelt sich nicht um eine Personalfrage.

Mehr als wir tun, können wir nicht tun. Ich bin davon überzeugt, daß sie jetzt alles auf die dritte Bundestagswahl gesetzt haben. So lange bleiben sie auch zusammen. Wenn ihnen die dritte Bundestagswahl zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit nicht so will, wie sie taktieren, dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, wo sie sich selbst sagen, wir müssen diese Elemente abstoßen.

Ein Wort zum Deutschen Gewerkschaftsbund! Ich bin in allen diesen für das Volk eintscheidenden Fragen durchaus einig mit dem Herrn Freitag. Wir haben uns restlos darüber ausgesprochen. Ich bin vollkommen mit ihm einig. Aber Herr Freitag wird ausgeschaltet von den anderen. Neulich war eine internationale Zusammenkunft der Gewerkschaften in Brüssel<sup>76</sup>, zu der sogar Vertreter der amerikanischen Gewerkschaft

76 Vermutlich Sitzung des kleinen Ausschusses des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) am 7. Februar 1955 zur Vorbereitung des IBFG-Kongresses vom 20. bis 28. Mai in Wien (dazu AdG 1955 S. 5206–5208). – Brüssel war Sitz des IBFG.

gekommen sind, um die Deutschen Gewerkschaften zur Vernunft zu bringen. Ich bin von einem Mitglied genau darüber unterrichtet. Sie sollten drei oder vier Vertreter dorthin entsenden. Und was taten sie? Sie kamen geschlossen hin mit 23 oder 24. Es war der ganze Vorstand aus Düsseldorf mit sämtlichen Vorsitzenden der Industrie-Gewerkschaften. Sie haben sich dort unmöglich benommen. Herr Freitag war auch dabei; er hat aber nicht zurückgehalten. Zu mir kam ein Amerikaner, der dabeigewesen ist, und erzählte, daß alle anderen den Kopf geschüttelt hätten. Das waren die Engländer, die Franzosen, die Belgier, die Holländer, die Norweger, die Schweden und die Dänen. Alle anderen haben über die deutschen Gewerkschaftler den Kopf geschüttelt. Was können wir daran ändern? Wir müssen es hinnehmen und ertragen in christlicher Ergebung und Geduld.

*Wirsching:* Ohne das, was Sie jetzt noch ausgeführt haben, wollte ich zum Ausdruck bringen, daß ich überrascht war über das, was Sie dem DGB an Stärke und Einfluß zubilligen. Vielleicht sehen Sie die Dinge zu sehr unter dem Gesichtspunkt des Ruhrgebietes. Bei uns im Süden sehen die Dinge etwas anders aus. (*Adenauer:* Bayern!) Bayern ist eine sehr zweifelhafte Sache gewesen. Sie haben alle erlebt, wie die Dinge mit dem Metallarbeiterstreik gegangen sind.<sup>77</sup> Es wurde betont, daß sich die SPD in einer Krise befindet. Ich möchte hinzufügen, das gilt ebenso für den DGB. Im DGB streiten sich auch die Menschen darüber, ob Industrie-Gewerkschaften oder Berufs-Gewerkschaften. Wir haben dafür zu sorgen, daß sich die Beamten – je länger, um so mehr – loslösen aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Ich tue das bei uns mit gutem Erfolg. Das Echo zum Personalvertretungsgesetz ist bei weitem nicht so, als ob das eine schlechte zweite Abstimmung gewesen sei. Ich komme auch aus den Christlichen Gewerkschaften. Aber ich würde nie einem Gesetz meine Zustimmung gegeben haben, das weitergeht als das, was in der zweiten Lesung zugestanden wurde.

Wir haben in Südwürttemberg etwas als Schrittmacher getan. Wir haben sofort aus dem Betriebsrätegesetz losgelöst ein besonderes Personalvertretungsgesetz, weil uns klar war, daß man dem Beamten niemals dasselbe zubilligen kann wie einem Betriebsrat eines wirtschaftlichen Unternehmens. Der DGB ist nicht so stark, wie Sie es ihm zubilligen. Er ist ein Koloß auf tönernen Füßen. Ich darf aus meinem Bereich erwähnen, daß z.B. in der Bezirksgruppe „Textil“ mit 6.000 Menschen, wo früher einige hundert zusammenkamen, heute nur noch 50 bis 60 – d.h. nur die gewählten Vertreter – zusammentreffen, und zwar deshalb, weil sie Spesen bekommen. Das Bild ist also bei uns anders als im Ruhrgebiet. Bis zu 30 % bezahlen keine Beiträge mehr in solchen Betrieben, wo sie nicht beim Lohn abgezogen, sondern kassiert werden. Ich glaube also, Sie sehen hinsichtlich des DGB zu schwarz.

---

<sup>77</sup> Der Bayerische DGB hatte am 16. Januar 1955 eine Großaktion des DGB gegen die Wiederbewaffnung gefordert (AdG 1955 S. 4967f.); am 22. Januar wurde ein Proteststreik der IG-Metall und Bergbau gegen Äußerungen von Hermann Reusch und des Deutschen Industrie-Instituts zur Mitbestimmung durchgeführt (vgl. Nr. 6 Anm. 13).

*Adenauer:* Ich weiß es nicht. Ich bin nur dahin unterrichtet worden, und ich glaube, gut unterrichtet worden, daß bei der nächsten Wahl des Vorstandes ungefähr alle verschwinden werden mit Ausnahme des Herrn Reuter. Herr Föcher ist ein schwerer Verlust für den DGB.

Aber nun, meine Damen und Herren, würde ich Sie bitten, mich für einige Minuten zu entschuldigen. Die Herren aus Niedersachsen bedürfen meiner.

*Der zweite Vorsitzende, Bundesminister Dr. Tillmanns, übernimmt den Vorsitz.*

*Tillmanns:* Ich nehme an, die Aussprache soll fortgesetzt werden. Wenn über die SPD genügend diskutiert worden ist, schlage ich folgendes vor: Der Herr Bundeskanzler hat von der Notwendigkeit der Stärkung der eigenen Partei gesprochen und vorgeschlagen, daß wir uns darüber ausführlich unterhalten sollen. Es ist der Wunsch des geschäftsführenden Vorstandes, daß wir einmal eine Sitzung des Bundesparteivorstandes eigens mit dieser Angelegenheit ausfüllen. Nach unserer Auffassung sollte diese Sitzung eingeleitet werden mit einem Referat des Bundesgeschäftsführers darüber, wie sich die Dinge entwickelt haben. Es ist für eine solche Diskussion wichtig, auch die Situation in den einzelnen Landesverbänden kennenzulernen.

Außerdem sind vom Bundesgeschäftsführer und vom geschäftsführenden Vorstand eine Reihe von Vorschlägen vorbereitet, die in einer solchen Vorstandssitzung besprochen werden könnten. Der letzte Bundesparteitag hat durch einen Beschuß den Auftrag gegeben, einen neuen Entwurf vorzulegen bzw. eine Überprüfung der Satzungen der Christlich-Demokratischen Union vorzunehmen. Auch diese Arbeit ist nahezu abgeschlossen. Es liegen von dem dazu beauftragten Ausschuß entsprechende Vorschläge vor. Da alle diese Dinge in einem engen Zusammenhang stehen und wir heute doch nicht das ganze Problem gründlich bearbeiten können, schlage ich vor zu beschließen, daß so schnell wie möglich – nicht erst in drei Monaten – eine Sitzung des Bundesparteivorstandes stattfindet, in der wir uns ausführlich mit diesem Problem beschäftigen. Herr Heck kommt auch in dieser Woche von seiner Reise zurück.

*Scharnberg:* Der Parteivorstand hat vor einiger Zeit den Auftrag gegeben, einen Ausschuß einzusetzen, der sich mit der Finanzierung der Partei beschäftigen soll. Mir wurde der Vorsitz dieses Ausschusses übertragen. Wenn ich über die Tätigkeit des Ausschusses einen kurzen Zwischenbericht geben soll, Herr Vorsitzender, dann bin ich dazu gerne bereit. (*Tillmanns:* Ich nehme an, der Vorstand hat den Wunsch!)

Wir haben den Auftrag so aufgefaßt, daß wir uns mit dem beschäftigen sollten, was von der gesetzgeberischen Seite aus getan werden kann, um die Finanzierung der Partei sicherzustellen. Es wird im wesentlichen darauf ankommen, neue Mitglieder zu werben und die Partei auf eine breitere Basis zu stellen. Das ist sehr wesentlich eine Frage der Finanzierung. Wenn die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, kann man nach dieser Richtung auch erfolgreicher arbeiten.

Wir haben uns im Ausschuß mit folgenden drei Problemen befaßt: 1. steuerliche Abzugsfähigkeit von Parteibeiträgen und Parteispenden, 2. staatliche Finanzierung

der politischen Parteien und 3. mit der Klage, die immer wieder ausgesprochen wird, daß die Finanzierung zu sehr zersplittet in viele Kanäle, wodurch der Effekt nicht erreicht wird.

Die Frage der Abzugsfähigkeit ist nicht einwandfrei geklärt, ebenso nicht die Frage der Steuerfreiheit der Fördervereinigungen. Der Ausschuß ist wohl übereinstimmend der Auffassung gewesen, daß die Abzugsfähigkeit der Spenden und Beiträge an politische Parteien sichergestellt werden muß. Ich habe im Auftrage des Ausschusses an Herrn Schäffer einen Brief geschrieben, bevor die Steuerreform vorlag, diese Sache zu berücksichtigen. Herr Schäffer schrieb, er könne das nicht, die Länderfinanzminister wollten den § 10b des Einkommen- und Körperschaftsteuergesetzes abbauen, so daß also diese Sache nicht gemacht werden könne. Ich habe an das Kabinett geschrieben; aber auch da kam die Sache nicht zustande. Wir haben uns schließlich, als die dritte Beratung der Steuerreform im Finanzausschuß des Bundestages war, vom Fraktionsvorstand eingeschaltet. Aber Herr Schäffer war dagegen. Wir haben dann die Sache beschlossen und sind mit den Fraktionen, mit Ausnahme der SPD, einig geworden und haben es durchgezogen.

Herr Schäffer hat uns wieder einen bösen Streich gespielt, indem er plötzlich in den „Finanzpolitischen Mitteilungen“ geschrieben hat, daß dieser Beschuß 20 Millionen kosten werde. Wenn das so wäre, dann wären wir in der Lage, 40 Millionen für die Parteien zu bekommen. Doch davon ist leider nicht die Rede. Diese Sache war ein bißchen unangenehm. Ich fürchte, daß die SPD damit manövriert. Das hat sie aber offenbar übersehen. Herr Schäffer hat die Sache etwas gestört, indem er plötzlich in Passau gesagt hat, diese ganze Finanzierungsart der politischen Parteien sei nicht richtig. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß es bessere Methoden gibt. Er wäre der Meinung, es müsse eine Staatsfinanzierung gemacht werden. Er hat gesagt, er sei mit dieser Sache nicht einverstanden. Es ist schwer, wie wir das häufig bei Herrn Schäffer haben, mit ihm klarzukommen. Jedenfalls ist nun die Konsequenz die – so ist mir berichtet worden –, daß einige Kreisorgane auf die Staatsfinanzierung warten und praktisch in der Finanzierung nicht mehr genügend tun.

Zur Staatsfinanzierung ist folgendes zu sagen: Der von Ihnen eingesetzte Ausschuß ist ungefähr zu 90 % der Meinung, daß wir ohne die Staatsfinanzierung nicht auskommen werden. Ich will die einzelnen Gründe hier nicht anführen, sondern nur sagen, daß die führenden Männer in der Partei und in der Fraktion große Bedenken dagegen haben. Man kann folgende Regel aufstellen: Alle diejenigen, die besonders nahe der Sorge um die Finanzierung stehen, sind für eine Staatsfinanzierung, alle diejenigen, die die politischen Auswirkungen demagogischer Art von der Opposition sehen, sind dagegen. Ich kann eigentlich nur, obwohl ich persönlich seit acht Jahren mit dem Gedanken einer Staatsfinanzierung hausieren gehe, den Herren Landesvorsitzenden sagen, ich glaube bis auf weiteres nicht daran, daß wir eine Staatsfinanzierung durchsetzen werden.

Infolgedessen ist der Rat, den man geben kann, nur der, auf die Kreise einzutreten.

wirken, nunmehr das, was sie auf dem Gebiet des § 10b<sup>78</sup> des Einkommen- und Körperschaftsteuergesetzes getan haben – daß die Beiträge abzugsfähig gemacht werden –, weiter auszuwerten. Ich stehe unter dem Eindruck, daß das nicht geschieht. Jeder Kreisgeschäftsführer sollte sich einmal die Liste seiner Mitglieder zur Hand nehmen. Er weiß, in welcher Steuerstufe die Leute sind. Er kann sagen: Du hast mir bisher 100 Mark gegeben, jetzt kannst du 50 % abziehen von der Geschichte, daher bekomme ich in Zukunft 200 Mark. (*Tillmanns*: Das haben wir schon einmal versucht. Da wurde uns als Antwort gegeben, als der Satz noch bis zu 80 % ging, zahlte der Staat den größten Teil, nachdem aber die Steuer auf 45 % heruntergesetzt worden [ist], zahlen wir den größten Teil selber, so daß wir also wegen der Steuerermäßigung nichts mehr geben können!) Ja, das war die Antwort von nicht gutartig denkenden Leuten. Wenn ich als Aktiengesellschaft oder als Körperschaft Steuer zahle, habe ich es hingekriegt, über die Fördervereinigung das abzugsfähig zu machen. Man muß den Leuten sagen, jetzt wissen wir, was ihr immer als Ausweg benutzt habt, bitte, zahlt jetzt auch entsprechend mehr.

Also, ob wir zu einer Staatsfinanzierung, die ich durchaus möchte, kommen werden, weiß ich nicht. Ich kann nur sagen, daß ich die Chance, sie im Moment durchzubekommen, sehr geringachte.

*Fay*: Ich möchte das Pferd von der anderen Seite her aufzäumen. Es gibt Landesparteien, die durch die Landtagswahlen und die Bundestagswahlen in Schulden geraten sind und daher ihre laufenden Ausgaben nicht mehr erfüllen können, weil die Fördergesellschaften nicht mehr das zahlen, was sie einmal versprochen haben. Sie sind also nicht mehr in der Lage, den Rahmen zu erfüllen, den sie erfüllen sollen. Man soll sich nicht einbilden, daß durch eine Mitgliederwerbung so viel aufkommt, daß davon die Landesparteien existieren könnten. Das mag vielleicht in Hamburg anders sein, jedenfalls in Hessen ist es nicht drin!

Wenn Sie mir sagen, woher wir das Geld nehmen sollen, dann verzichte ich gern auf den Gedanken der Parteifinanzierung durch den Staat. Wenn Sie mir eine Quelle nennen, bin ich gerne bereit, sie aufzuschließen. Aber ich sehe keine solche Quelle. Sie ist mir bis heute nicht genannt worden. Sie müssen sich in die Lage eines Landesvorsitzenden versetzen, der ungefähr 30 Mann Personal hat und am Anfang eines Monats nicht weiß, woher er die Gelder nehmen soll, um die Gehälter zu zahlen. Daran hängen auch die Frauen und Kinder der Angestellten. Wir haben doch soziale Verpflichtungen und müssen auch die Kindergelder zahlen. Schließlich ist die CDU in dieser Frage vorangegangen, und sie kann selbst dabei nicht nachstehen.

Es gibt nur eine Lösung, nämlich die staatliche Parteifinanzierung. Man möge um Gottes willen die grundsätzlichen Bedenken angesichts der vorhandenen Notlage zurückstellen! Die grundsätzlichen Bedenken sind nämlich gar nicht so groß, wenn man sie einmal bei Licht besieht. Es ist m.E. viel besser, daß die Parteien das

---

78 § 10b EStG in der Fassung vom 23. Dezember 1954 (BGBI I S. 441, hier S. 450) betrifft Sonderausgaben für steuerbegünstigte Zwecke.

Geld direkt vom Staat bekommen, als wenn sie es im Wege des Bettelganges über Steuervergünstigungen usw. doch vom Staat erhalten. Wie Sie mit Recht gesagt haben, halten uns die Leute gerade die steuerlichen Bedenken entgegen und sagen, ihr wart so großzügig, aber jetzt rentiert es sich nicht mehr für mich, der Partei etwas zu geben. Wir haben uns also damit einen Bumerang geschenkt. (*Zuruf:* Machen wir doch eine Steuergegenreform!) Die Gelder, die wir bisher bekommen haben, sind zu 50 % Steuergelder gewesen, nur mit dem Unterschied, daß sie im Wege des Bettelns aufgebracht wurden. Oft hing ein konkreter politischer Auftrag daran. Ich erinnere Sie an die Bundestagswahl im Jahre 1953, als die hessische CDU gesagt hat, in der Bundestagswahl gibt es kein Zusammengehen mit der FDP. Der Erfolg war der, daß am nächsten Tag, während des Wahlkampfes, mir jedes Mittel gesperrt wurde. Ich habe vom 10. Juli an keinen Pfennig zur Verfügung gehabt. Erst am 16. August, nachdem ich es gegen den Beschuß meiner Partei fertiggebracht hatte, im Kreis Waldeck ein Abkommen mit der FDP zu schließen<sup>79</sup>, habe ich wieder Geld bekommen, um Flugblätter finanzieren zu können. Wir knapsen heute noch an den Schulden aus den Bundestagswahlen.

Aus der Sicht eines Landesvorsitzenden sieht das also anders aus, als wenn ich nur Bundestagsabgeordneter bin. Wenn wir weiter so fortfahren, richten wir unsere Partei selbst zugrunde. Die SPD hat viel mehr Solidaritätsgeist als unsere sogenannten Christen. Bei der SPD zahlt man Mitgliederbeiträge, gestaffelt nach der Höhe des Einkommens. Ich habe es gewagt, das in Frankfurt vorzutragen. Man hat mich beinahe aufgefressen, das sei unmöglich, denn dann würde der andere erfahren, was man verdiene. Mit solchen Argumenten versucht man, diese Ideen aus dem Felde zu schlagen. Ich sehe keine andere Quelle.

*Gradl:* Wir haben uns über dieses Thema, wenn ich mich nicht irre, schon auf der Vorstandssitzung vor zwei Jahren in Baden-Baden unterhalten.<sup>80</sup> Damals machte es auf mich einen bis heute nicht mehr auszulöschen Eindruck, als uns Herr Fay dieses Beispiel ganz frisch mitteilte. Es war eine Erpressung, die an der größten deutschen Partei – das waren wir damals schon – im Falle Hessen geübt wurde.

Dieser Vorgang und die sehr häßlichen Auseinandersetzungen über die Parteifinanzierung beim Bundestagswahlkampf im Jahre 1953 mit der SPD und den Gewerkschaften – ausgelöst durch die Denkschrift, die damals der DGB oder die SPD<sup>81</sup> herausgebracht hat – (*Zuruf:* Die SPD!) haben schon damals diese Debatte bei uns in Bewegung gebracht, die seitdem nicht mehr eingeschlafen ist.

Eine ideale Lösung gibt es nicht. Wir werden gut daran tun, von vornherein mit Vorsicht und Nüchternheit an dieses Thema heranzugehen. Es ist nicht schön, daß wir bei wirtschaftlich potenten Kreisen betteln gehen müssen; denn in der Regel ist diese

79 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 613–617.

80 Am 15. Juli 1953 – PROTOKOLLE 1 S. 583–657.

81 Vermutlich das gelbe „Weißbuch“ unter dem Titel „Unternehmermillionen kaufen politische Macht“ (vgl. UiD 1953 vom 15. August 1953 S. 3).

Bettelei mit Auflagen verbunden, die vielleicht nicht immer direkt wörtlich gemacht werden, aber es stecken immer Erwartungen dahinter. Und das ist doch für eine Partei eine peinliche Situation. Das ist das Negative auf der einen Seite.

Auf der anderen Seite ist es in der Tat auch nicht schön, wenn man vor die Öffentlichkeit mit dem Verlangen treten muß, es müsse über den Bundestag gehen, daß Steuergroschen den Parteien für ihre Apparatur zur Verfügung gestellt werden. Sie werden fragen, gibt es denn einen dritten Weg? Nach meinem Empfinden gibt es einen eigentlichen dritten Weg nicht. Die schwierigste Situation ist für jede Partei der Wahlkampf. Ich könnte mir denken – ich nehme allerdings an, daß ich von Ihren Parteiverhältnissen und von der Organisation im Bund zu wenig versteh –, daß es möglich wäre, die laufenden Kosten einer Partei von wirklich gutmeinenden Spendern gedeckt zu bekommen. Aber es müßte auch möglich sein, der Öffentlichkeit klarzumachen, daß die Parteien für die Durchführung des Wahlkampfes vom Staat Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Dafür gibt es einen Maßstab, und zwar einen einmaligen Betrag je Kopf aufgrund des letzten Wahlergebnisses. Ich habe ausgerechnet, wenn man für die vier Jahre der Dauer der Bundestagswahl nur eine Mark verlangte, so ergäbe das für uns allein eine Summe von über 27 Millionen DM. Auf den einzelnen gerechnet macht das überhaupt nichts aus, aber auf die Masse gerechnet ist das ein Betrag, der die Partei im Wahlkampf unabhängig macht und ihr genügend Bewegungsfreiheit gibt.

Vielleicht sollte man eine Lösung in der Richtung suchen, daß man die normale Parteifinanzierung dem Aufkommen durch Mitgliederbeiträge und Spenden überläßt, daß man aber die Kosten der Wahlkämpfe beim Bund und in den Ländern durch einen Beitrag nach einem einheitlichen Schlüssel auf der Basis der letzten Wahlergebnisse deckt. Dann wären z.B. die Kommunisten von jeder Finanzierung ausgeschlossen, weil sie keine Mandate haben.

*Kiesinger:* Die Erfahrungen sind umgekehrt. Es hat sich als erheblich leichter herausgestellt, einen Wahlkampf zu finanzieren, als die laufenden Kosten zu tragen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir tatsächlich die wichtigsten Dinge nicht anpacken können, weil uns die Gelder für die laufenden Kosten fehlen. (*Gradl:* Herr Fay hat gesagt, daß er die Kosten des Wahlkampfes bis heute noch nicht bezahlt hat!) Ich spreche von den Erfahrungen der Bundespartei, die immerhin ihre Bedeutung haben. Jetzt ist es so: Die Wirtschaft nimmt Interesse am Wahlkampf, und dafür gibt sie Geld, aber es ist ein stoßartiges Interesse. Das Geld, das wir über die Fördergesellschaften gehabt haben, kann so viel sein, daß man damit etwas anfangen kann. Sobald aber die Wahl vorüber ist, ist das Ergebnis – wie gegenwärtig –, daß wir in einer außerordentlich beengten Lage sind, so daß wir tatsächlich die wichtigsten Dinge nicht anpacken können.

Wenn Kritik geübt wurde, daß dieses und jenes nicht geschehe, so muß man sagen, es kann nicht geschehen, weil kein Geld da ist. Ich bedaure, daß der Bundes-schatzmeister nicht zugegen ist. Ich nehme an, daß er alles das, was ich sage, hier bestätigen würde. Es erhebt sich die Frage, wie kann man das ändern? Es ist eine

furchtbar ärgerliche Sache, abhängig zu sein von solchen Stoßaktionen, wie es die Wahlen sind. Im großen und ganzen konnten Ansinnen und Aufträge bisher abgelehnt werden. In einem einzigen Falle – ich war noch Landesgeschäftsführer<sup>82</sup> – habe ich einen größeren Betrag abweisen müssen, weil eine Zumutung gemacht wurde, die ich nicht übernehmen konnte.

Ich gehöre zu denen, die von der politischen Sicht her immer größte Bedenken gegen die Parteifinanzierung durch Steuergroschen hatten, weil die Steuern außerordentlich unbeliebt sind. Ich denke dabei weniger an die augenblickliche Opposition, sondern vielmehr an die künftige Entwicklung, wenn nämlich gesagt werden würde, seht euch die Kerle an, die haben sich ein für allemal durch diese Finanzierung festgelegt. Das könnte zu großen Schwierigkeiten führen.

Man kann natürlich, wenn man das Argument umdreht und diese sehr unpopuläre Maßnahme durchführt, in kürzester Frist so viel Geld für die Partei aufbringen, daß es möglich wäre, Dinge, die man jahrelang geplant hat und aus Mangel an Geld hat aufschieben müssen, nun in ganz großem Stil in Angriff zu nehmen. Ich gebe zu – ich habe mich mit Herrn Scharnberg darüber unterhalten –, daß auch dieser Aspekt einiges für sich hat: Wenn man so lange in dieser Mühle steht und aus diesem Teufelszirkel nicht herauskommt und die Dinge immer wieder scheitern am Geld, dann wird man allmählich ein wenig weicher und sagt sich, ich will noch einmal den Gedanken überlegen, damit wir es fertigbringen.

Im letzten Jahr habe ich bei der englischen Konservativen Partei die Dinge an Ort und Stelle studiert und festgestellt, daß man dort Millionen von zahlenden Anhängern hat, zwei Millionen! Das ist bei uns nach meiner Meinung völlig ausgeschlossen. Ich bin zwar der Meinung, daß es möglich wäre, bis zu einem gewissen Grade Mitglieder zu sammeln, aber die Abneigung, als Parteimitglied einzutreten, ist nach wie vor außerordentlich groß. Das zeigen sehr intensive Versuche in einzelnen Gegenden der Bundesrepublik.

Ich für meinen Teil bin bereit, das ganze Problem noch einmal in allen Aspekten durchzudenken. Ich schlage vor, daß wir die beiden Gruppen, wie Sie meinten, nochmals zusammenbringen. Wir sollten uns dann in einer besonderen Arbeitssitzung mit diesem Problem beschäftigen. Ich gestehe, ich bin durch die Finanzmisere des letzten Jahres etwas weich geworden und weiß im Moment nicht recht, welches das kleinere oder das größere Übel ist.

*Tillmanns:* Ich darf folgendes feststellen: 1. ist der Bundesschatzmeister und 2. der Bundesgeschäftsführer nicht anwesend. Ich weiß, daß in der Bundesgeschäftsstelle mit den Geschäftsführern der Landesverbände Vorschläge ausgearbeitet worden bzw. in der Ausarbeitung begriffen sind. Wir müssen diese Probleme in einer besonderen Sitzung nochmals ausführlich besprechen. Wir kommen heute doch nicht zu einem endgültigen Ergebnis. Sollen wir nun in der Diskussion zu Ende kommen?

---

82 Kiesinger war von 1948 bis 1951 Landesgeschäftsführer der CDU von Württemberg-Hohenzollern (vgl. KIESINGER S. 334–339).

*Scharnberg:* Ich darf ganz kurz auf das erwidern, was gesagt worden ist. Hamburg hat auch seine Sorgen. Auch da klappt nicht alles, obwohl wir eine gute Fördervereinigung haben. Nun darf ich die Gründe anführen, die zwingend dafür sprechen, daß man sich mit diesem Problem auseinandersetzt. Da ist zunächst die Verfassungsbestimmung, die besagt, daß über die Herkunft der Gelder, mit denen die politischen Parteien finanziert werden, öffentlich Rechenschaft zu geben ist.<sup>83</sup> Das tun wir nicht. Das Parteiengesetz machen wir nicht. Im Gegensatz dazu tut es die SPD, und zwar mit Vorbedacht, und wir werden beim nächsten Wahlkampf eine Interpellation bekommen: Wie sieht das bei euch aus? Diese Interpellation ist immerhin etwas Unangenehmes.

Im übrigen kommt folgendes hinzu: Die SPD hat in ihrem Jahrbuch veröffentlicht, daß sie 7 Millionen DM Beiträge erhält.<sup>84</sup> Ich kann nur sagen, daß die Zahl, die für Hamburg in diesem Buche steht, ungefähr das Fünfzehnfache von dem ist, was wir bekommen bei immerhin fast der gleichen Wählerzahl. Ich bin auch davon überzeugt – ich wundere mich darüber, daß es noch nicht passiert ist –, daß die Gewerkschaften, die in den großen Aufsichtsräten vertreten sind, sagen werden, bitte, zeigt einmal, was ihr Brüder für die politischen Parteien tut, und sorgt dafür, daß die SPD gleichermaßen behandelt wird!

Wer die Dinge bei den Fördergesellschaften kennt, der weiß, daß ein sehr hoher Prozentsatz der Gelder von ganz wenigen Firmen kommt. Darin steckt eine große Gefahr. Gott sei Dank sind diese Firmen politisch verständig. Aber wenn da plötzlich ein politisch törichter Mann an die Spitze kommt und anfängt, politische Forderungen zu stellen – wie wir es erlebt haben –, dann ist die Sache in einer hochgradigen Weise gefährlich, so daß man ernsthaft darüber nachdenken muß.

Wie sieht die Sache bei uns aus, wenn wir einmal nicht mehr die Mitarbeit des Bundeskanzlers haben? Wie sieht es aus, wenn wir nicht mehr die Mitarbeit von Herrn Pferdmenges haben? Das gibt doch ein Loch in der Rechnung, das ungeheuer groß ist! Wenn wir unsere Arbeit wirklich richtig machen wollen, dann müssen wir viel mehr Gelder zur Verfügung haben.

Was tun wir denn augenblicklich? Wir bekommen keine neuen Mitglieder. Warum? Weil wir nicht imstande sind, unseren Mitgliedern etwas zu bieten. Wir müssen doch den jungen Leuten an einem hübschen Ort die Möglichkeit bieten, einen politischen Schulungskursus mitzumachen. Sonst bekommen wir die Jugend nicht. Wir müssen aber auch den älteren Leuten eine Stätte bieten, wo sie sich treffen und austauschen können. Wir müssen den Leuten die Möglichkeit geben, in politischen Versammlungen aufzutreten und mitzuwirken.

83 Art. 21 GG Abs. 1 Satz 4: Sie (die Parteien) müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.

84 Vgl. Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1954/55. Bonn o.D. 1954 beliegen sich die Beitragseinnahmen demnach auf DM 7.051.872,50, 1955 auf DM 7.194.987,50. Die Beitragseinnahmen des Bezirks Hamburg-Nordwest betrugen 1954 DM 764.861,70, 1955 DM 772.617,10 (S. 206, 213f.).

Das sind alles Gründe dafür, daß man sich mit dieser Angelegenheit einmal ernsthaft befassen muß. Nun gebe ich allerdings zu, daß die parlamentarischen Bedenken sehr gewichtig sind. Daß wir die SPD dafür nicht kriegen, ist ganz klar. Ich fürchte, wir werden auch die FDP nicht dafür bekommen; denn sie hat nicht die Sorgen, wie wir sie haben. (*Wuermeling*: Sie hat beinahe auch die Absetzbarkeit nicht mitgemacht!) Ob es der BHE macht, weiß ich nicht. Es wird eine Sache sein, die parlamentarisch durchgezogen werden muß von der CDU und der DP. Es wird auch in unseren eigenen Reihen ganz bestimmt keine übereinstimmende Meinung zu erzielen sein. Infolgedessen sage ich als Realist, so sehr ich die Notwendigkeit betone, man wird es kaum durchsetzen können. Ich habe schon vor geraumer Zeit darum gebeten, daß einige Herren des Ausschusses sich mit den Herren vom geschäftsführenden Vorstand und der Fraktionsleitung aussprechen sollten. Der Schatzmeister und der Bundesgeschäftsführer müssen dabeisein. Dann muß in Gründlichkeit dieses Thema besprochen werden.

*Bitter*: Ich will Sie nicht langweilen mit einer Replik über die Auffassung der Kommunalpolitischen Vereinigung. Ich persönlich bin der Meinung, daß man das Ganze auf einen sehr kurzen Nenner bringen kann. Wenn es der CDU gelingt, die Landesgeschäftsführer und die Kreisgeschäftsführer zu bekommen, die nahe am Volke stehen und die auch gewillt sind, Kleinarbeit zu leisten, dann brauchen Sie diese Sorgen nicht mehr zu haben. Wenn Sie aber diese Leute nicht haben, dann werden die Sorgen bleiben, auch wenn Sie ein Parteienfinanzierungsgesetz machen. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Ich stehe seit über 40 Jahren in der praktischen Arbeit um diese Dinge. Was die SPD uns voraus hat, ist nicht die Kartei der Mitglieder, sondern es sind ihre lebendigen Funktionäre, die diesen Apparat organisatorisch tragen. Darüber dürfen Sie sich nicht täuschen. Ich verstehe es, daß wir als junge Partei noch nicht in der Lage waren, in diesem kurzen Anlaufen die Männer zu finden, um die es sich dreht. Das ist eine Wachstumsfrage, die eine ganze Generation beansprucht.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang auf etwas anderes aufmerksam machen. Unser christliches Volk ist politisch, berufsständisch und kulturell-kirchlich organisiert. Ich habe einmal ausgerechnet, wie hoch die Beiträge einer Familie sind, wo der Vater im Arbeiterverein und in den Gewerkschaften, die Mutter im Mütterverein, die Tochter in der Jungfrauenkongregation und der Sohn im Gesellenverein ist. Nehmen Sie demgegenüber den Etat einer sozialdemokratischen Familie, die mit diesen berufsständischen Vereinen im kirchlichen Raum nichts zu tun hat. Da liegt die Differenz zwischen 80 und 90 %. Das wollen Sie bitte nicht unterschätzen. Beim evangelischen Volksteil sind die Dinge nicht so kraß.

Wir kommen nicht daran vorbei, diesen Dingen wirklich ein Studium zu widmen. Das ist zu 90 % eine Personalfrage. Bei zünftigen Kreisgeschäftsführern, die über eine gute Erfahrung verfügen, ist es heute noch so, daß sie über die entsprechenden Mittel verfügen, um den Wahlkampf durchzuführen. Ich weiß, die Leute wachsen einem nicht aus der Hand.

Zusammenfassend möchte ich sagen, wir von der Kommunalpolitischen Vereinigung besitzen eine Menge von Erfahrungen, und ich würde Sie bitten, Herr Vorsitzender, unsere Erfahrungen in den Rahmen Ihrer Betrachtungen und Besprechungen mit einzubeziehen.

*Von Brentano:* Ich möchte nicht in das Für und Wider eingreifen, aber Sie bitten, eine Frage zu prüfen: Glauben Sie, daß irgendeine Möglichkeit besteht, eine staatliche Finanzierung der Parteien zu bewirken, ohne daß der Staat Einfluß nimmt auf die Verwendung der Gelder? Es ist ganz undenkbar, daß der Staat z.B. dem BHE eine Millionenzahl aus Steuermitteln zur Verfügung stellt, um es dem Ermessen eines kleinen Kreises von Funktionären zu überlassen, das Geld zu verwenden. Ich glaube, hier liegt das schwierigste Problem, daß eine Staatsfinanzierung implizite dahin führt, daß die Verwendung der Gelder in irgendeiner Weise kontrolliert wird und somit der Staat auch einen Einfluß nimmt auf die Parteien, der gefährlich sein könnte.

Wir kommen an dieser Frage nicht vorbei; denn es ist undenkbar, daß Millionenbeträge gegeben werden, die nicht vom Rechnungshof kontrolliert werden, und daß es dem einzelnen überlassen bleibt, die Gelder für Wahlzwecke oder für eigensüchtige Zwecke zu verwenden. Damit wird die Schwierigkeit sichtbar.

*Fay:* Das dürfte eigentlich kein Problem sein. Ich habe in Hessen die Hessische Akademie für christliche Kommunalpolitik e.V. aufgezogen. Wir bekommen vom Lande Hessen DM 20.000,- jährlich für die kommunalpolitische Arbeit. Wir brauchen lediglich am Ende des Rechnungsjahres einen Brief zu schreiben, in dem steht, wir haben 53 Tagungen mit soundso viel Teilnehmern durchgeführt, und damit ist die Sache erledigt. Sogar in Hessen ist das möglich!

*Von Brentano:* Der Betrag ist nicht so hoch. Aber wenn Millionenbeträge gegeben werden, von denen vielleicht die Funktionäre einige hunderttausend Mark in die Tasche stecken, dann ist das etwas anderes.

*Tillmanns:* Die nächste Vorstandssitzung wird sich noch einmal mit dieser Frage beschäftigen müssen. Deswegen könnten wir jetzt die Diskussion darüber zurückstellen. Ich nehme an, daß der Vorstand dem Vorschlag von Herrn Scharnberg zustimmt, daß sich zur Vorbereitung die Herren, die sich um die Sache bemüht haben, mit der Bundesgeschäftsstelle zusammenfinden, wobei auch die Erfahrungen der Kommunalpolitischen Vereinigung berücksichtigt werden. (*Wuermeling:* Von dieser Diskussion darf nichts an die Öffentlichkeit dringen, damit die Angelegenheit nicht beeinflußt und benachteiligt wird. – *Scharnberg:* Es wäre gut, wenn die Landesvorsitzenden und die Kreisgeschäftsführer dahin instruiert würden, daß sie sich nicht auf die Staatsfinanzierung verlassen!) Ja, ich möchte diesen Wunsch des Herrn Scharnberg nachdrücklich unterstützen. Wir sollten alle Möglichkeiten ausschöpfen in der Annahme, daß sie nicht zustande kommt. Kommt sie trotzdem zustande, dann ist es um so besser.

Ich hatte vorgeschlagen, daß wir die ganze Frage der Parteiorganisation und der inneren Stärkung der Partei zum Gegenstand einer Vorstandssitzung machen, die sobald wie möglich einberufen werden soll. Sind Sie damit einverstanden?

*Von Fisenne:* Ich habe die Bitte, das Material des Büros rechtzeitig den Landesverbänden zur Verfügung zu stellen. Es ist den Verbänden nicht möglich, von sich aus ein Programm zu entwickeln. Das Material kann ja vertraulich behandelt werden. Dann kommt auf der Sitzung auch etwas heraus.

*Von Hassel:* Ich bitte Sie, noch eine Frage für die Sitzung zu prüfen. Die Sozialdemokraten geben uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag ein typisches Beispiel dafür, daß sie außerordentlich gut geschult sind in jeder Beziehung. Sie sind der Diskussion viel besser gewachsen als unsere älteren Leute, geschweige denn als der Nachwuchs. Besteht nicht auch für uns die Möglichkeit, irgendeine Schulung, wenn auch in einer bescheideneren Form als bei der SPD, durchzuführen, damit wir gute Nachwuchskräfte bekommen, die der Diskussion der SPD gewachsen sind? Wir allein können einen solchen Apparat nicht in Ordnung bekommen. Das ist nur möglich, wenn die Gesamtpartei sich darüber Gedanken macht.

*Tillmanns:* Der geschäftsführende Vorstand hat sich schon lange mit dieser Frage intensiv befaßt. Wir sind auch schon weit in der Angelegenheit. Es ist eine der dringendsten Aufgaben, die wir durchführen müssen. Wir haben ein bestimmtes Projekt im Auge und auch schon einen Mann, der die Sache leiten soll. Aber das einzige, woran es fehlt, ist Geld. Bei dem, was vorliegt, handelt es sich um eine Summe von DM 400.000,-. Das würde jährlich DM 30.000,- kosten. Aber selbst diese DM 30.000,- haben wir im Augenblick nicht.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer erscheint wieder.*

Herr Bundeskanzler! Ich hatte vorgeschlagen, daß wir sobald wie möglich eine Vorstandssitzung abhalten, in der über das ganze Problem der inneren Organisation der CDU und was damit zusammenhängt gesprochen werden soll. Der Bundesgeschäftsführer soll ein Referat halten über den gegenwärtigen Stand der Dinge und über die bevorstehenden Aufgaben. Den Mitgliedern des Vorstandes soll das erarbeitete Material schriftlich zugestellt werden.

Nun möchte ich fragen, ob zu dem Referat des Herrn Bundeskanzlers jetzt noch das Wort gewünscht wird?

*Wackerzapp:* Ich habe noch eine Frage! Es handelt sich um eine Angelegenheit, die bei der Wahl eine gewisse Rolle spielt, nämlich darum, welche Mittel jetzt vom Kontrollausschuß und vom Bundesausgleichsamts für die Vertriebenen zur Verfügung gestellt werden, insbesondere für den Hausrat.<sup>85</sup> Der Kontrollausschuß hat getagt. Der

85 Bis zum Mai 1955 waren Hausratshilfemittel auf dem Wege einer stark vorangetriebenen Vorfinanzierung in Höhe von insgesamt 2.190 Millionen D-Mark aus dem Ausgleichsfonds abgeflossen, so daß der Kassenbestand erschöpft war. (Hausratshilfe wurde für Haushaltsverluste bei der Vertreibung gewährt.) – Die Bank Deutscher Länder hatte mit Schreiben vom 30. März 1955 an den Präsidenten des Bundesausgleichsamts sowie vom 18. April 1955 an den Bundesminister der Finanzen vor dieser Ausgabenpolitik gewarnt (vgl. dazu die Debatte im Bundestag vom 5. Mai 1955 – Sten.Ber. 2.WP Bd.24 S. 4404–4412).

Etat des Bundesausgleichsamts ist in der Klemme, weil er etwa eine Milliarde DM braucht zur Vorfinanzierung, die aber nicht gegeben wird, weil die Bank Deutscher Länder dagegen Widerspruch erhoben hat. Ich kann auf die Einzelheiten nicht eingehen. Wenn diese Vorfinanzierungsmittel nicht gegeben werden, dann würden für die Hausratshilfe gegenüber dem Vorjahr von 1,1 Milliarden jetzt nur noch 300 Millionen zur Verfügung gestellt werden können.

Es sind etwa sechs Millionen Menschen, die bedürftig sind. Wenn die erfahren, daß die Aufwendungen, die bisher in Höhe von einer Milliarde gemacht wurden, auf ein Drittel absinken, dann wird das außerordentlich großen Verdruß zur Folge haben. Die SPD wird damit hetzen gehen, aber auch der BHE, der sich immer stark dafür gemacht hat, daß die Hausratshilfe gezahlt werden muß.

Der Kontrollausschuß hat an die Bundesregierung die Bitte gerichtet, sie möge ihren Einfluß auf die Bank Deutscher Länder dahin geltend machen, daß im Wege der Vorfinanzierung das Möglichste getan wird. Diese Angelegenheit spielt auch für den Wahlkampf in Rheinland-Pfalz bei den Vertriebenen eine große Rolle.

*Adenauer:* Soweit ich im Bilde bin, ist bei der Ausgleichsbank sehr viel mehr Geld im vergangenen Jahr ausgegeben worden, als vorgesehen war. Das ist das Ergebnis. Die Bank Deutscher Länder hat Sorge für die Währung, weil so große Mengen von Geld plötzlich ausgeschüttet werden, um laufende Bedürfnisse davon zu kaufen. Ich muß das hier sagen – ungefähr sind die Ziffern richtig –, hier im Bundeskanzleramt haben 16 Beamte oder Angestellte eigene Autos, davon 14 Vertriebene. Das sind doch unmögliche Dinge! Die Hausratshilfe wird nicht für die Zwecke ausgegeben, für die sie ursprünglich vorgesehen war, sondern für andere Zwecke. Das erregt mit Recht nicht nur Anstoß bei den anderen, sondern auch die ganze Lage und Sache bekommt eine inflatorisch wirkende Steigerung der Kaufkraft. Wir wollen über das Problem im Kabinett sprechen. Der Vorstand der CDU sollte jedoch von diesem sehr diffizilen Problem die Finger lassen.

*Von Hassel:* Die Frage ist Gegenstand der Beratungen im Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat. Es ist so, daß der Plafond für den Lastenausgleich um ein Wesentliches erhöht werden soll, wenn ich nicht irre, um 600 Millionen, und zwar in der Form, daß die Vermögensteuer – die bisher in einer Größenordnung von 200 bis 280 Millionen in Anspruch genommen worden ist – jetzt bis zu 600 Millionen ausgeschöpft werden soll. Im Vermittlungsausschuß ist ein Vermittlungsvorschlag gemacht worden, wonach zwar auf eine Erhöhung des Plafonds beim Lastenausgleich hingewirkt wird, ohne aber die Gesamtbelastung auf die Länder zu legen. Der Bundestag hat die Vermögensteuer als eine Ländersteuer firmiert, sie aber gleichzeitig bis zum Jahre 1979 für den Lastenausgleich vorgesehen.

Der Vermittlungsausschuß ist am vorigen Donnerstag zusammengetreten und hat diese Frage behandelt. Nach einem Vorschlag soll eine Verbesserung des Lastenausgleichs kommen, ohne die Länder in dem Ausmaß zu belasten, wie es ursprünglich vom Bundestag vorgesehen war. Sie können damit rechnen, daß diese Frage innerhalb der üblichen Frist von drei Wochen abgeschlossen werden wird.

Interessant ist, daß der Vermittlungsvorschlag im Ausschuß vom BHE kommt, und zwar vom Finanzminister Schaefer<sup>86</sup> aus Schleswig-Holstein.

**Wackerzapp:** Was sich im Vermittlungsausschuß tut, das geht darum, daß die laufenden Ausgaben finanziert werden. (*Von Hassel:* Die laufenden Unterhaltungen, die aus dem normalen Aufkommen aufgebracht werden sollen.) Was wir brauchen, ist eine Vorfinanzierung, um die Hausratshilfe leisten zu können. Bei der Hausratshilfe bekommt ein Ehepaar etwa DM 1.000,-. Es handelt sich um Millionen von Interessenten. Daß hier und da die Hausratshilfe verwendet wird, um einen Radioapparat zu kaufen, das kommt vor, aber bei dem größten Teil geht es darum, daß sich die Leute Wäsche usw. beschaffen wollen. Und wenn dadurch die Konjunktur auf dem Textilmarkt angekurbelt wird, so schadet das nichts.

Es geht darum, den Eindruck zu vermeiden, als wenn durch den Bedarf der Vertriebenen die Währung in Gefahr komme. Die Währung kommt viel eher in Gefahr durch die Lohnerhöhungen bei den Arbeitern, weil sich das auf einen Personenkreis von zwölf Millionen Menschen bezieht, die zusammen ein Einkommen von einer Milliarde haben. Bei den Vertriebenen geht es nur um eine halbe Milliarde. Ich bitte dringend darum, hier die Möglichkeiten zu sehen. Ich darf daran erinnern, daß der Lastenausgleich darauf aufgebaut war, unbedingt eine Vorfinanzierung zu leisten. Sie war auf sechs Milliarden geschätzt worden, die in weiteren sechs Jahren getilgt werden sollten. Wir wollen nur eine Vorfinanzierung in dem Sinne haben, wie es angedeutet worden ist.

**Tillmanns:** Ich schlage vor, das Anliegen von Herrn Wackerzapp in der Weise zu behandeln, daß der geschäftsführende Vorstand zusammen mit der Fraktion sich sofort dieser Sache annimmt. Ich habe im Gedächtnis, daß eine Vorlage über diese Angelegenheit in der nächsten Zeit behandelt wird. Wir können jetzt nicht weiter darüber diskutieren, weil auch die Sachverständigen nicht zur Verfügung stehen.

**Bauknecht**<sup>87</sup>: Es ist schon spät geworden, aber, Herr Bundeskanzler, ich muß auf einen Punkt eingehen, den Sie mit Recht als denjenigen angesprochen haben, der noch vor der nächsten Wahl erledigt werden muß. Sie haben gesagt, die landwirtschaftlichen Dinge müssen in Ordnung gebracht werden. Im Augenblick steht ein Gesetz an. Wenn das zu unserer Befriedigung über die Bühne geht, möchte ich mir davon etwas erhoffen. Der Entwurf geht jetzt an das Kabinett.

Ich habe Ihnen am Freitag einen Brief geschrieben, das Kabinett möge sich mit der Sache beschäftigen; denn ich halte diese Dinge für besonders notwendig, weil sich gewisse Anzeichen draußen zeigen, daß die Bauern irgendwie in einer Mißstimmung sind. Das ist nicht zuletzt zurückzuführen auf das schlechte Erntejahr.

---

<sup>86</sup> Dr. Carl Anton Schaefer (1890–1974), 1953–1961 Finanzminister in Schleswig-Holstein (1953–1954 auch Justizminister), bis 1958 GB/BHE, dann CDU.

<sup>87</sup> Bernhard Bauknecht (1900–1985), Mitgründer der CDU, 1947–1949 MdL von Württemberg-Hohenzollern, 1949–1969 MdB (1953–1969 Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), 1959 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes.

Immerhin werden die Einkommensmöglichkeiten anstatt besser geringer. Hier muß in der Landwirtschaft eine Umkehr erfolgen.

Sie haben den Herrn Lübke als den Mann bezeichnet, der wohl der fähigste sei im Bundesgebiet. Ich will das nicht abstreiten, nur möchte ich hoffen, daß die Bauern der gleichen Meinung wären. Das ist ja der Jammer! Es geht nicht allein darum, das sogenannte Lübke-Programm<sup>88</sup> durchzuführen, das sich in der Hauptsache mit sozialen und soziologischen Maßnahmen in der Landwirtschaft und mit der Verbesserung der Agrarstruktur beschäftigt, sondern es geht auch darum, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen die allgemeine Lage global zu verbessern. Wir hoffen, dies durch das Paritätsgesetz<sup>89</sup> zu erreichen.

Wir sehen jetzt betrübliche Erscheinungen. Es ist so, daß alte Reichsnährstandsleute wieder in die vordere Front rücken. Da möchte ich besonders Westfalen nennen. Der Herr von Oer<sup>90</sup>, den Sie kennen, wurde in geheimer Wahl mit über zwei Dritteln Stimmen zum Präsidenten gewählt. Weiter zeigt sich jetzt in Nordwürttemberg eine Organisationsbildung, die auf die früheren Nationalsozialisten hinausläuft. Sie zahlen hohe Beiträge für diesen Bauernring, der sich dort bildet. Die Leute in der jetzigen Verbandsführung werden als müde Leute und dergleichen bezeichnet. Der Bauerverband wird immer mit der CDU gleichgesetzt. Ich mache darauf aufmerksam, daß das politische Folgen für die CDU haben kann. Ich schätze, daß sich die Gesamtwählerzahl der CDU zu einem Drittel aus bürgerlichen Kreisen zusammensetzt.

Es wäre auch notwendig, unserem Freund Erhard die Zügel anzulegen, der mit seinen dauernden weltweiten Aspekten die heimische Landwirtschaft zugrunde richtet; ich will nicht sagen, zugrunde richten will, aber er schlägt politisch sehr viel Porzellan kaputt. Es heißt dann immer: Erhard ist CDU-Mann. Sie kennen alle diese Dinge. Ich möchte nur noch einmal darauf aufmerksam gemacht haben. Es ist der Wunsch meiner Berufsfreunde in der CDU, dafür zu sorgen, daß vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres dieses Paritätsgesetz über die Bühne geht, weil sonst praktisch wieder ein Jahr verloren ist.

Ich sage das alles, weil die Dinge ernsthafter sind, als man es im allgemeinen annimmt. Die beiden Merkmale in Westfalen und Norwürttemberg geben mehr als zu denken.

*Adenauer:* Ich gebe Herrn Bauknecht recht. Ich habe in der vorigen Woche eine längere Aussprache mit Herrn Lübke über die Lage der Landwirtschaft gehabt, und

---

88 Lübke hatte sein Programm zur Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft u.a. auf dem CDU Parteitag in Köln am 29. Mai 1954 vorgestellt („Die deutsche Landwirtschaft in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Zeit“ in CDU, 5. Bundesparteitag S. 69–78).

89 Bezeichnung für das Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955 (BGBI I S. 565), das u.a. zum Ziel hatte, die Einkommen der Bauern der allgemeinen Entwicklung anzupassen.

90 Antonius Frhr. von Oer (1896–1968), 1946 Vizepräsident und 1955–1968 Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (CDU).

zwar zusammen mit Herrn Rehwinkel<sup>91</sup>, der aus einem anderen Grunde da war. Ich habe mit Herrn Erhard gesprochen, weil auch Herr Rehwinkel meiner Erinnerung nach sich darüber beklagt hatte, daß Herr Erhard in Neuenahr<sup>92</sup> (*Bauknecht*: Und wie!) so und so gesprochen hätte. Nun hatte ich kurz vorher mit dem Herrn Bundespräsidenten gesprochen. Und der Herr Bundespräsident erzählte mir, daß er sich darüber gefreut habe, daß der Herr Erhard so scharfe Töne gegen die Industrie gefunden hätte. (*Zurufe*: Aha!) Also, er scheint seinen Segen nach allen Richtungen zu geben. Ich habe Herrn Erhard gesagt, haben Sie wirklich so gegen die Landwirtschaft gesprochen? Das dürfen Sie nicht tun; denn einem großen Teil der Landwirte geht es nicht gut. Er war sich dessen nicht bewußt. (*Bauknecht*: Er weiß es meistens nachher nicht mehr!) Der eine ist so, der andere so!

Herr Lübke hat mir auch geklagt über die Rede Erhard. Ich habe den Herren Lübke und Erhard gesagt, sie müßten sich über diese Rede aussprechen. Ich habe Herrn Erhard auch gesagt, daß auf die Interessen der Landwirtschaft mehr Rücksicht genommen werden müsse und daß es sich nicht allein um die gewerbliche Wirtschaft, sondern um die gesamte Wirtschaft handele. Ich werde die Sache im Auge behalten und kann nur sagen, daß eine Verständigung zwischen den beiden Herren eingeleitet ist. Herr Lübke ist sich über die Bedeutung der ganzen Frage sehr im klaren, so daß ich hoffe, hier doch etwas fertigzubringen.

Sie haben recht, die Lage der Landwirtschaft wird bei einem großen Teil der Bevölkerung nicht richtig beurteilt. Herr Lübke sprach mit mir auch über den Getreide- und Brotpreis. Ich glaube, das würde eineinhalb Pfennig fürs Brot ausmachen. Die eineinhalb Pfennig werden gar nicht berücksichtigt. Ich sage Ihnen offen: Wenn ich sehe, wie heute in der industriellen Wirtschaft bis zum jüngsten Mann alle Leute mit acht Stunden Arbeit einen Haufen Geld verdienen, auf der anderen Seite aber der kleine Bauer schwer arbeiten muß, um am Leben zu bleiben, dann ist das das größte Unrecht, das es überhaupt gibt. Und wenn ich lese, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund gestern nichts anderes sagen konnte als „weniger arbeiten und höhere Löhne“, so frage ich, wohin soll das denn führen? Den Leuten fehlt jede Verantwortung für das Allgemeine.

Ich habe gestern Herrn Pinay, der von Remagen aus anfuhr, am Zuge noch begrüßt und bin dann von Remagen nach Hause gefahren. Was ich da unterwegs an Autos, an Motorrädern, an Camping, an Strohhüten und Tamtam gesehen habe, das war wirklich nicht schön. Diese Leute waren zum großen Teil schon vormittags betrunken. Ich habe wirklich Ärgernis daran genommen – es waren sehr viele Arbeitnehmer dabei –, wenn ich daran denke, wie auf dem Lande gearbeitet wird.

91 Edmund Rehwinkel (1899–1977), seit 1947 Präsident des Niedersächsischen Landvolks, 1959–1969 Präsident des DBV.

92 Am 22. April 1955 vor der Volltagung des DIHT. Erhard hatte sich u.a. in scharfer Form gegen die Forderung der Landwirtschaft nach einem Paritätsgesetz ausgesprochen („Die Welt“ v. 23. April 1955).

*Tillmanns:* Darf ich nun vorschlagen, zum letzten Punkt „Verschiedenes“ der Tagesordnung zu kommen.

## VERSCHIEDENES

*Tillmanns:* Hierzu möchte ich bitten, daß sich der Vorstand zunächst schlüssig wird über den Termin der nächsten Sitzung des Bundesparteiausschusses. Die letzte Sitzung des Bundesparteiausschusses war Anfang Februar. Es ist damals der Beschuß gefaßt worden, generell alle sechs Wochen eine Vorstandssitzung abzuhalten. Im Anschluß an jede zweite Vorstandssitzung – d.h. alle zwölf Wochen – soll der Bundesparteiausschuß tagen. Es war unmöglich, diesen Rhythmus einzuhalten.

Nun haben wir in der letzten Sitzung des Bundesparteiausschusses einen sehr wichtigen Punkt der Tagesordnung, nämlich die Behandlung der Innenpolitik, vertagen müssen, weil keine Zeit mehr dazu da war. Der Ausschuß hat dann beschlossen, so schnell wie möglich eine neue Sitzung einzuberufen. Ich möchte nun bitten, daß wir uns darüber schlüssig werden, wann diese Sitzung stattfinden soll.

Der Vorschlag geht dahin, als Termin den Montag nach der Wahl in Rheinland-Pfalz vorzusehen, das wäre am 16. Mai. Das ist der nächste Termin, den wir ausfindig machen könnten. Wenn das nicht möglich ist, müßte die Sitzung bis nach Pfingsten vertagt werden. Ich habe aber Bedenken, die Tagung so lange hinauszuschieben. (*Wuermeling:* Wir bekommen montags Schwierigkeiten mit den Ministerpräsidenten!)

*Adenauer:* Ich warne dringend davor, am Tage nach einer Wahl den Parteiausschuß einzuberufen. Die maßgebenden Leute dieses Landes können dann nicht dabeisein; denn sie müssen sofort verhandeln.

*Tillmanns:* Dann müssen wir die Sitzung des Bundesparteiausschusses bis nach Pfingsten vertagen. Ich halte mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß wegen der Nichteinhaltung des Termins in weiten Kreisen der CDU eine Mißstimmung herrscht. (*Gradl:* Soll gleichzeitig auch Sitzung des Bundesparteivorstandes sein?) Wenn schon der Parteiausschuß tagt, dann muß auch der Vorstand tagen, aber das Schwergewicht sollten wir zunächst auf den Parteiausschuß legen.

*Adenauer:* Ich würde vorschlagen die zweite Hälfte der Pfingstwoche. Sie bekommen vor Pfingsten die Herren nicht mehr zusammen.

*Tillmanns:* Das würde heißen am 3. und 4. Juni.

*Scharnberg:* Für diejenigen Parteiausschußmitglieder, die Bundestagsabgeordnete sind, ist dies die freie Woche.

*Fay:* Am 2. und 3. Juni ist bundeskommunalpolitische Tagung in Würzburg.

*Adenauer:* Dann nehmen Sie die Woche nach Pfingsten!

*Tillmanns:* Wir kommen so niemals zu einer Sitzung des Bundesparteiausschusses. Wir können nicht auf alle Termine Rücksicht nehmen. Wir sollten die Woche vor Pfingsten nehmen (*Adenauer:* Am Donnerstag vor Pfingsten kommt doch keiner!) Aber die Woche nach Pfingsten macht auch Schwierigkeiten. Dann müssen wir in die

Woche vom 5. bis 11. Juni gehen. (*Adenauer*: Wenn Sie jetzt schon die Einladung herausgehen lassen, daß es ein bestimmter Termin ist, dann ist das Murren nicht so groß! – *Fay*: Am 2. und 3. Juni ist in Würzburg die kommunalpolitische Tagung!) Es bleibt nichts anderes übrig als die Woche vor Pfingsten! (*Adenauer*: Warum wollen Sie denn nicht den 6. und 7. Juni nehmen?) Wegen der Ministerpräsidenten! (*Adenauer*: Dann müssen die Herren Ministerpräsidenten mal ihre Kabinettsitzungen verlegen!) Es wäre vielleicht möglich, den 7. zu nehmen, dann haben die Ministerpräsidenten den Montag frei. (*Adenauer*: Ich wollte, ich wäre Ministerpräsident! – *Lensing*: Am 7. ist Sitzung in Nordrhein-Westfalen!) Der Parteiausschuß ist ein so großes Gremium, daß man Rücksicht nehmen muß auf eine geeignete Zeit. Wir müssen die Sitzung des Parteiausschusses möglichst am Wochenende abhalten. Aber wir müssen nun zu einem Termin kommen!

Ich würde nunmehr vorschlagen, den 3. und 4. Juni. Das ist das Wochenende nach Pfingsten. Ist der Vorstand damit einverstanden? Erhebt sich kein Widerspruch! Dann wollen wir in Aussicht nehmen für Freitag, den 3., den Vorstand und für Samstag, den 4., den Parteiausschuß.

Ich wäre Ihnen nun dankbar, wenn wir uns über den Ort und die Zeit des nächsten Bundesparteitages einigen könnten. Auf dem letzten Bundesparteitag in Köln ist in Aussicht genommen worden, ohne daß ein bestimmter Beschlüß gefaßt wurde, den diesjährigen Bundesparteitag entweder im Frühjahr in Niedersachsen, und zwar mit Rücksicht auf die Wahl, oder im Herbst in Baden-Württemberg, ebenfalls mit Rücksicht auf die Wahl, abzuhalten. Der erste Abschnitt ist inzwischen erledigt. Die Wahl in Niedersachsen hat stattgefunden, so daß also noch Baden-Württemberg, und zwar Stuttgart, übrigbleibt. Wir sind auch noch nicht in Württemberg gewesen. (*Wuermeling*: In Baden doch!) Es ist von der Bundesgeschäftsstelle versucht worden festzustellen, welche geeigneten Tagungsstätten in Frage kämen. Die Erkundigungen haben ergeben, daß das Ausstellungsgelände auf dem Killesberg in Stuttgart am geeignetsten ist. Dort werden nach Meinung der Sachverständigen die Voraussetzungen am besten erfüllt. Die Verhandlungen mit der Ausstellungsleitung haben ergeben, daß als Termin der 3. bis 6. November in Frage kommt. Das Gelände ist bis zum 31. Oktober mit der Ausstellung belegt. Ich bin der Auffassung, das scheint kein großer Unterschied zu sein, sondern mit Rücksicht auf die Wahl in Baden-Württemberg würde das ein geeigneter Termin sein.

Also, der Vorschlag geht dahin, den diesjährigen Parteitag vom 3. bis 6. November in Stuttgart im Ausstellungsgelände auf dem Killesberg abzuhalten.

*Scharnberg*: Ich bin der Meinung, den Parteitag nicht in eine Zeit zu verlegen, wo mit größter Wahrscheinlichkeit schlechtes Wetter sein wird.

*Tillmanns*: Wir können vor dem Oktober den Parteitag nicht abhalten. Im September sind noch Ferien. Wenn wir an Stuttgart festhalten, kommt nur dieses Gelände in Frage. Wenn wir auf den Monat Oktober dringend Wert legen, dann müssen wir einen anderen Ort als Stuttgart nehmen. Bisher ist aber kein anderer Vorschlag gemacht worden.

*Adenauer:* Sie kennen wahrscheinlich nicht das Lokal da oben. Ich gebe Herrn Scharnberg recht. Wenn wir im November da oben sitzen, dann ist das deprimierend für den ganzen Parteitag. (*Heiler:* Wieweit sind die Hallen heizbar? – *Eplée:* Wie wäre es mit der zweiten Hälfte des Monats September? Vielleicht ist dieser Termin mit Stuttgart überhaupt nicht in Betracht gezogen worden!)

*Müllenbach:* Die Ausstellung in Stuttgart dauert bis zum 2. Oktober. Sie beginnt im Juli. Für die Abbauarbeiten muß mindestens mit drei Wochen gerechnet werden. Ein früherer Termin ist also nicht möglich. Ich habe mit den Leuten verhandelt. Ein Termin im Oktober ist nicht möglich. Die anderen Tagungsstätten in Stuttgart sind völlig ungeeignet.

*Tillmanns:* Das Haus Zimmer(?) im Stadtzentrum scheidet aus. Der Kursaal in Cannstadt faßt nur 400 Personen; er hat auch keine Nebenräume für Ausschußsitzungen usw. Wenn wir also an Stuttgart festhalten, kommt nur der Anfang November in Frage. (*Adenauer:* In Baden-Baden bietet sich jede Möglichkeit!) Ich darf feststellen, der Bundesparteivorstand legt dringend Wert darauf, daß der Parteitag im Oktober stattfindet? (*Adenauer:* Nicht im November!) Es soll in Baden-Württemberg eine andere Stadt gesucht werden, eventuell Baden-Baden. Aber es kann im Oktober genauso schlechtes Wetter sein wie im November. (*Cillien:* Die zweite Hälfte September wäre viel besser!) Also, möglichst Ende September, und zwar in einer anderen Stadt in Baden-Württemberg. (*Scharnberg:* In Freudenstadt wäre es wunderbar! – *Adenauer:* Ich weiß nicht, ob es da geeignete Räume gibt!) Bezuglich der Gestaltung des Parteitages war vom geschäftsführenden Vorstand überlegt worden, da in diesem Jahr die CDU als Ganzes auf ein zehnjähriges Bestehen zurückschaut, daß der Parteitag unter diesem Kennwort „10 Jahre CDU“ stehen soll.

Dies bietet gute Gelegenheit, uns gerade auf die weltanschaulichen Grundsätze und auf das Fundament der CDU zu konzentrieren. Aber damit wird der Parteitag nicht ganz ausgefüllt. Wir werden daher auch zu aktuellen Fragen Stellung nehmen müssen.

Ich möchte fragen, ob der Parteivorstand mit diesem Vorschlag, den Parteitag unter dieses Motto „10 Jahre CDU“ zu stellen, einverstanden ist? Das scheint der Fall zu sein. Dazu müssen noch nähere Vorschläge ausgearbeitet werden.

Wird zum Punkt „Verschiedenes“ noch das Wort gewünscht? Wenn nicht, dann haben wir noch das Communiqué über die heutige Sitzung zu erledigen. Es ist ein Entwurf gefertigt worden, der wie folgt lautet:

„Der Parteivorstand der CDU trat am Montag unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Adenauer zu einer ganztägigen Arbeitssitzung zusammen, (*Adenauer:* Ersten Vorsitzenden, würde ich sagen!) in der die innen- und außenpolitische Lage eingehend erörtert wurde. Bundeskanzler Dr. Adenauer gab zu Beginn einen ausführlichen Überblick über die politische Entwicklung der letzten Zeit und umriß die großen Probleme, die in Zukunft gelöst werden müssen.“

Oberstes Ziel unserer Politik ist und bleibt, so erklärte Dr. Adenauer, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, die im Zuge einer allgemeinen weltpolitischen

Entspannung erreicht werden muß. Deshalb müssen wir mit allen unseren Kräften auf eine solche Entspannung hinarbeiten.

Auf dem Gebiete der Innenpolitik werden nunmehr nach den Worten Dr. Adenauers zwei besonders bedeutsame Probleme in den Vordergrund treten: die Sozialreform und die Aufstellung der deutschen Armee. (*Adenauer*: Ich würde sagen Wehrmacht!)

In der Aussprache (*Süsterhenn*: Kann man nicht die Landwirtschaft erwähnen?) wurde mit großer Genugtuung zum Ausdruck gebracht, daß auf außenpolitischem Gebiet jetzt die Früchte der langjährigen, unbirrten und zielstrebigen Politik reiften, deren Verantwortung von der CDU getragen wurde. Das Inkrafttreten der Pariser Verträge stellt ein historisches Ereignis dar. Die Verträge bringen 50 Millionen Menschen der Bundesrepublik die volle Souveränität und Handlungsfreiheit und setzen die Bundesrepublik damit in die Lage, noch weit wirksamer als bisher die Politik der Wiedervereinigung zu betreiben.

Begrüßt wurde in diesem Zusammenhang, daß durch die soeben abgeschlossenen Verhandlungen mit dem französischen Außenminister Pinay der Weg zu einer neuen Phase enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Frankreich eröffnet worden ist und damit auch die Saarfrage eine Regelung gefunden hat.

Einen großen Raum nahm die Aussprache über die innenpolitische Lage und die bevorstehenden innenpolitischen Aufgaben ein. Die CDU wird in Zukunft im Bewußtsein ihrer Verantwortung als stärkste Partei der Bundesrepublik ihre Tätigkeit im wesentlichen politisch und organisatorisch verbreitern und vertiefen. (*Adenauer*: „In Zukunft“ würde ich streichen!)

Zu Problemen, die mit der Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht zusammenhängen, wurde betont, daß die neue Armee kein politisches Instrument werden dürfe und die alleinige Endverantwortung für ihren Aufbau und ihre Tätigkeit in den Händen der zivilen Instanzen liegen müsse.

Mit Bedauern wurde festgestellt, daß die SPD ihre Politik der ständigen Verneinung fortsetzt, indem sie aus staatspolitischen Gründen die dringend wünschenswerte und vom Bundeskanzler angestrebte Zusammenarbeit in der Wehrfrage ablehnt. Ferner wurde mit großer Sorge auf die wachsende radikale Strömung in den Gewerkschaften mit ihren ungerechtfertigten Machtansprüchen hingewiesen. (*Zuruf*: Diesen Satz kann man weglassen!)

Zur Sozialreform wurde erklärt, daß sie sich nicht in einer Zusammenfassung und Überarbeitung der geltenden Vorschriften erschöpfen dürfe, sondern es müsse eine neue Konzeption geboten werden. (*Adenauer*: Ich würde sagen, in den letzten Jahrzehnten!) Auch eine grundlegende Klärung der finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Ländern ist nach Auffassung des Bundesparteivorstandes unbedingt erforderlich.

Eine wichtige Aufgabe der nahen Zukunft ist das Wahlgesetz, bei dessen Ausarbeitung die geeigneten Instanzen der Bundestagsfraktionen eng zusammenarbeiten sollen. (*Adenauer*: Das interessiert die Öffentlichkeit nicht!)

Einstimmig nahm der Bundesparteivorstand Leitsätze der CDU zum Elternrecht an, die vom Bundeskulturausschuß ausgearbeitet worden sind.“

**Das ist der Entwurf!**

*Adenauer:* Die Leitsätze werden veröffentlicht?

*Von Lojewski:* Die werden angehängt.

*Tillmanns:* Vielleicht kann der Entwurf noch einmal überarbeitet werden. Es sind einige Änderungswünsche aufgetaucht.

Wir werden wieder zusammenkommen, wenn der Bundesparteiausschuß tagt, dessen Termin wir festgelegt haben. Da das erst nach den Pfingstfeiertagen sein wird, darf ich vorschlagen, daß wir uns voneinander verabschieden in dem Wunsche, in den nächsten Tagen eine gewisse Entspannung zu finden. Ich halte die heutige Sitzung für einen Gewinn, weil wir uns in großer Ausführlichkeit über die Stellung unserer Partei zu den anderen Parteien ausgesprochen haben. Wenn sich auch gezeigt hat, daß unsere Auffassungen nicht in allen Punkten von vornherein identisch waren, so glaube ich doch, daß die Aussprache gut war und daß sie von großem Nutzen sein wird für die weitere politische Arbeit, der wir alle miteinander verpflichtet sind. Ich danke Ihnen allen recht herzlich, vor allen Dingen dem Herrn Bundeskanzler. Damit können wir die Sitzung schließen.

*Adenauer:* Darf ich noch folgendes sagen: Es sind zwar, soweit ich sehe, keine Herren von Rheinland-Pfalz hier. (*Zuruf:* Doch, Herr Süsterhenn!) Ich habe Herrn Zimmer gebeten, sich um die CDU an der Saar besonders zu kümmern. Nach allen Nachrichten, die ich bekomme, geht das einfach mit dem Herrn Ney nicht mehr so weiter.

Herr Ney will keinen Ausschuß neben sich haben. Er will alles allein machen. Die ganze Arbeit der CDU geht nicht voran. Es ist mir berichtet worden, daß die SPD an der Saar schon eine Druckerei mit ein paar Rotationsmaschinen gekauft hat, um eine Tageszeitung herauszugeben. Sie ist an eine Regierungsstelle gegangen, um Geld dafür zu bekommen. Der Herr Ney will ein Käseblättchen drucken lassen in einer Druckerei seines Bruders. Das sind doch unmögliche Verhältnisse.

Ich möchte Sie, Herr Süsterhenn, dringend bitten, den Herren Zimmer und Altmeier zu sagen, sie möchten dem Herrn Ney einige Leute an die Seite stellen. So geht es nicht weiter. Er ist der Sache nicht gewachsen und duldet überhaupt keinen neben sich. Es ist aber Gefahr im Verzuge, denn sobald alle das Saarabkommen ratifiziert haben, können wir kein Geld mehr geben. Das ist bisher auch immer da verzögert worden. Die Sozialdemokraten sind x-mal lebendiger als die CDU an der Saar.

*Tillmanns:* Die Sitzung war bereits geschlossen. Soll nun noch weitergesprochen werden?

*Kaiser:* Es haben darüber Besprechungen stattgefunden. Wir müssen das mit in Kauf nehmen. Es wäre dazu noch einiges zu sagen. Aber so können wir den Ney nur ergänzen. Wir können ihn nicht abschießen.

*Tillmanns:* Gibt es eine neue Nachricht aus Niedersachsen?

*Fricke:* Ich bin angerufen worden. Die Information von Herrn Oberländer war verfrüht. Die Sitzung der Fraktion des BHE ist vor 20 Minuten zu Ende gegangen. Er hat behauptet, daß Herr Hellwege über die Einigung vom letzten Freitag Märchen erzählt habe. Man hat sich noch nicht geeinigt. Der Beschuß des BHE lautet: Die bisherigen Verhandlungen mit den drei Parteien CDU, DP und FDP werden so nicht akzeptiert, sondern es soll weiter verhandelt werden.

*Adenauer:* Ist die Mitteilung des Herrn Ripken<sup>93</sup>, daß sie ein Zusammengehen mit der DRP ablehnen, richtig?

*Fricke:* Darüber wußte mein Gewährsmann nichts. Ich habe ihn verständigt, daß morgen die weitere Besprechung stattfinden soll und daß sich die Herren Oberländer und Hellwege einschalten.

*Adenauer:* Es kam eben, während ich oben war, die Mitteilung, daß die Fraktion des BHE eine Lösung mit der DRP abgelehnt habe. Man kann vielleicht zu gegebener Zeit in die Zeitung bringen, daß die SPD so etwas vorschlägt und daß es der BHE ablehnt, mit der Gesellschaft zusammenzugehen.

*Tillmanns:* Damit darf ich die Sitzung endgültig schließen.

## 8

Bonn, 3. Juni 1955

*Sprecher:* Adenauer, Albers, Bach, Blank, Cillien, Eplée, Fay, Gradl, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Hellwig, Johnen, Kaiser, Kiesinger, Krone, [von Lojewski], Majonica, Müller, [Pferdmenges], Scharnberg, Schröder, Simpfendorfer, Strickrodt, Strauß, Tillmanns, Wehking, Wuermeling, Zimmer.

*Bericht über die politische Lage. Zusammenhang von Entspannung und Wiedervereinigung; Freiwilligengesetz. Abschließender Bericht der vom Vorstand eingesetzten Kommission über Änderung und Erweiterung des Parteistatuts. Organisatorische Aufgaben innerhalb der CDU; Parteifinanzierung, weltanschauliche Grundlagen; Parteitag.*

*Beginn: 11.00 Uhr*

*Ende: 19.00 Uhr*

*Adenauer:* Meine Damen und meine Herren! Ich muß mich doch stellen, damit ich mich deutlich mache. Wenn ich müde bin, dann setze ich mich. Ich heiße Sie

---

93 In der Vorlage: Repgen(?). – Dr. Georg Ripken (1900–1962), 1951–1958 Ministerialdirektor und seit 1954 Staatssekretär im Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates bzw. des Bundesrates und der Länder, 1958–1961 MdB (bis 1960 DP, dann CDU).